

Forum
Empirische
Sozialforschung

KONRAD
ADENAUER
STIFTUNG



Gemeinsam oder allein? Deutschlands Sicherheit

Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage zu Einstellungen
zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik 2021

Sabine Pokorny



www.kas.de

Gemeinsam oder allein? Deutschlands Sicherheit

Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage zu Einstellungen
zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik 2021

Sabine Pokorny

Impressum

Herausgeberin:

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2021, Berlin

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbenden oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

Umschlagfoto: © Timon Studler/unsplash

Gestaltung und Satz: yellow too, Pasiak Horntrich GbR

Die Printausgabe wurde bei der Druckerei Kern GmbH, Bexbach, klimaneutral produziert und auf FSC-zertifiziertem Papier gedruckt.

Printed in Germany.

Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).

ISBN 978-3-95721-980-0

Auf einen Blick

- › Das persönliche Sicherheitsgefühl ist mitten in der Corona-Pandemie im Januar 2021 sehr hoch. 72 Prozent der Befragten fühlen sich sehr oder eher sicher. Nur 8 Prozent fühlen sich sehr oder eher unsicher.
- › Obwohl die Befragung zu einer Hochphase der Corona-Pandemie im Januar 2021 stattfand, finden sich auf Platz eins der Bedrohungsfaktoren nicht die Folgen der Pandemie, sondern der Klimawandel (große oder sehr große Angst: 67 Prozent). Erst auf Platz zwei der Bedrohungen liegen die Corona-Folgen (62 Prozent), dicht gefolgt von einem rechtsextremistischen Terroranschlag (59 Prozent). Eine Wirtschaftskrise (45 Prozent) findet sich erst auf Platz neun und Fremdenfeindlichkeit (55 Prozent; Platz fünf) wird von deutlich mehr Menschen als Bedrohung wahrgenommen als Zuwanderung nach Deutschland (23 Prozent; Platz 13).
- › Die Wählerinnen und Wähler der AfD fühlen sich am unsichersten, haben besonders häufig Angst vor einem islamistischen oder einem linksextremistischen Terroranschlag, vor Zuwanderung, vor einer Wirtschaftskrise und vor dem Ausspähen wichtiger Daten durch Hacker. Gleichzeitig äußern die Anhängerinnen und Anhänger der AfD am seltensten Angst vor dem Klimawandel, vor einem rechtsextremistischen Terroranschlag, vor Fremdenfeindlichkeit und weltweitem militärischen Wettrüsten.
- › Sicherheitspolitische Grundorientierungen unterscheiden sich deutlich nach Parteianhängerschaft:
 - › Die Anhängerschaften der Grünen und der FDP sind tendenziell eher internationalistisch und multilateralistisch eingestellt.
 - › Die Wählerinnen und Wähler der AfD sind am seltensten militaristisch, stärker isolationistisch und unilateralistisch eingestellt.
 - › Die Wählerinnen und Wähler der Linken sind stark multilateralistisch geprägt.
 - › Die Anhängerschaften der Union und der SPD liegen fast immer im Durchschnitt. Lediglich der Multilateralismus ist unter Unionswählerinnen und -wählern leicht überdurchschnittlich häufig vertreten.
- › Eine Beteiligung Deutschlands an der internationalen Politik findet in der deutschen Bevölkerung breiten Rückhalt. Gut zwei Drittel meinen, Deutschland sollte eher eine aktive Politik verfolgen und bei der Bewältigung von internationalen Problemen, Krisen und Konflikten mithelfen.
- › Die NATO wird überwiegend positiv wahrgenommen. Drei Viertel der Deutschen meinen, die Mitgliedschaft in der NATO erhöhe Deutschlands Sicherheit.

- › Beim Wunsch nach einer sicherheitspolitischen Zusammenarbeit liegt Frankreich vor den USA und Großbritannien. Mit allen drei Ländern wünscht sich eine deutliche Mehrheit eine Kooperation. Nur eine Minderheit möchte hingegen, dass Deutschland sicherheitspolitisch mit Russland, China oder der Türkei kooperiert.
- › 73 Prozent der Befragten verurteilen das militärische Vorgehen Russlands im Ukraine Konflikt auf der Krim. 70 Prozent wünschen sich eine Stärkung des transatlantischen Bündnisses.
- › Es gibt eine große Unterstützung für die EU, die als Projekt für Frieden, Sicherheit und Wohlstand wahrgenommen wird:
 - › 72 Prozent verbinden Frieden mit der EU.
 - › 56 Prozent denken bei der EU an Sicherheit.
 - › 52 Prozent assoziieren Wohlstand mit der EU.
 - › In fast allen Parteienanhängerschaften verbinden 2021 mehr Menschen die EU mit Frieden, Sicherheit und Wohlstand als 2018. Nur bei den Anhängerinnen und Anhängern der AfD ist der Anteil, der dies mit der EU verbindet, seit 2018 gesunken.
 - › 79 Prozent meinen, die europäische Integration sollte weitergehen und die Länder sollten in der Europäischen Union weiter zusammenwachsen.

Die Studie

Im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung hat Infratest dimap vom 15. bis 28. Januar 2021 eine repräsentative, standardisierte Telefonumfrage unter 1.003 Befragten durchgeführt (Umfrage 1027 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.). 367 Interviews wurden dabei in den ostdeutschen Flächenländern geführt. Die Befragung erfolgte telefonisch im Dual-Frame-Modus.

Die Daten wurden nach sozialstrukturellen Merkmalen gewichtet. Zusätzlich wurde die durch die Stichprobe entstandene Überrepräsentation Ostdeutschlands durch Gewichtung ausgeglichen. Die Umfrage ist repräsentativ für die wahlberechtigte deutschsprachige Wohnbevölkerung ab 18 Jahren.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	6
2. Die Studie	7
3. Interesse an Sicherheits- und Verteidigungspolitik	8
4. Sicherheits- und Bedrohungswahrnehmung	11
4.1 Persönliches Sicherheitsgefühl	11
4.2 Bedrohungsfaktoren	14
5. Sicherheitspolitische Grundeinstellungen	34
6. Einstellungen zu Bundeswehr und Verteidigung	41
7. Einstellungen zur internationalen Rolle Deutschlands	46
7.1 Internationales Engagement Deutschlands	46
7.2 Deutschlands internationale Zusammenarbeit	48
8. Einstellungen zur Europäischen Union	68
8.1 Assoziationen zur Europäischen Union	68
8.2 Europäische Integration	71
8.3 Europäische Sicherheitspolitik	73
9. Fazit	80
Literatur	81
Die Autorin	83



Einleitung

Das Thema Sicherheitspolitik ist vielschichtig und komplex, das Gleiche gilt für die Bedrohungslagen. Zu militärischen Konflikten kommen terroristische Anschläge, neben wirtschaftlichen Auseinandersetzungen werden zunehmend Hacker-Angriffe zu einer Bedrohung. Dazu bestimmt die Corona-Pandemie die Weltpolitik und der Klimawandel ist allseits präsent.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat deshalb untersucht, welche Bedrohungslagen die Menschen wahrnehmen und welche ihnen mehr oder weniger Sorgen bereiten. Zudem beschäftigt sich die vorliegende Studie mit sicherheitspolitischen Grundorientierungen und Einstellungen zur Europäischen Union. Auch die Haltung zu Deutschlands internationaler Rolle wird untersucht. Die Zusammenarbeit mit einigen Ländern hat sich in den letzten Jahren gewandelt, beispielsweise durch den Brexit oder die Präsidentschaftswahlen in den USA, um nur zwei Beispiele zu nennen. Daher wird auch die Einstellung zu Großbritannien, den USA, Frankreich, Russland, China und zur Türkei als Partnerländer Deutschlands untersucht.

Die Ereignisse in Afghanistan im Zusammenhang mit dem Abzug der Bundeswehr waren zum Zeitpunkt der Studie im Januar 2021 nicht absehbar, daher wurde dieser Themenkomplex nicht erfasst. Nach aktuellen Umfragedaten gab es nur einen sehr kurzfristigen Einfluss auf das Meinungsklima (Politbarometer August II 2021). Daher ist es unwahrscheinlich, dass sich hierdurch sicherheitspolitische Grundorientierungen verändert haben.



Die Studie

Im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung hat Infratest dimap vom 15. bis 28. Januar 2021 eine repräsentative, standardisierte Telefonumfrage unter 1.003 Befragten durchgeführt (Umfrage 1027 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.). 367 Interviews wurden dabei in den ostdeutschen Flächenländern (Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen, Sachsen-Anhalt und Sachsen) geführt. Die Befragung erfolgte telefonisch im Dual-Frame-Modus. 40 Prozent der Interviews wurden über Mobilfunk und 60 Prozent über Festnetz geführt. Die Stichprobe wurde nach dem Zufallsprinzip aus den ADM-Auswahlrahmen für Festnetz- und Mobilfunkstichproben gezogen. Eine gezogene Telefonnummer wurde bei Nichterreichen bis zu zehnmal kontaktiert, um auch schwer erreichbare Personen in der Befragung zu berücksichtigen.

Die Erstellung des Fragebogens und die Datenanalyse erfolgten durch die Konrad-Adenauer-Stiftung.

Die Daten wurden nach sozialstrukturellen Merkmalen gewichtet. Zusätzlich wurde die durch die Stichprobe entstandene Überrepräsentation Ostdeutschlands durch Gewichtung ausgeglichen.¹ Die Analyse erfolgt ausschließlich mit den gewichteten Daten. Die Umfrage ist repräsentativ für die wahlberechtigte deutschsprachige Wohnbevölkerung ab 18 Jahren.²

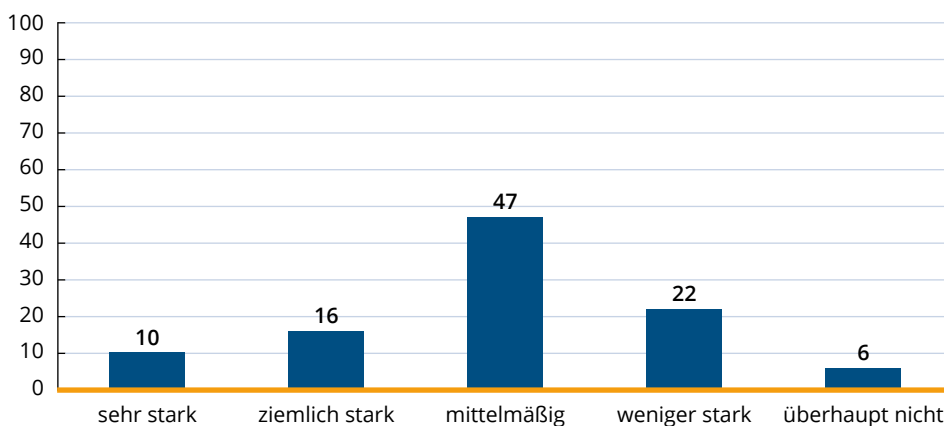
-
- 1 Eine „politische“ Gewichtung nach Parteipräferenzen erfolgt nicht. Daher können die Ergebnisse insbesondere von der Präferenz bei einer angenommenen Bundestagswahl am kommenden Sonntag („Sonntagsfrage“) von den Ergebnissen anderer Umfragen abweichen.
 - 2 Die Schwankungsbreite liegt bei 1,4 bis 3,1 Prozentpunkten.

3

Interesse an Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Das Interesse an Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist eher gering ausgeprägt. Lediglich jede und jeder Zehnte interessiert sich sehr stark für Sicherheits- und Verteidigungspolitik, weitere 16 Prozent ziemlich stark. Mit 47 Prozent gibt fast die Hälfte der Befragten an, sich mittelmäßig zu interessieren. Ein gutes Fünftel interessiert sich weniger stark und 6 Prozent überhaupt nicht für Sicherheitspolitik. Nun wäre es nahelegend, das geringe Interesse mit der thematischen Dominanz der Corona-Pandemie zum Zeitpunkt der Umfrage im Januar 2021 zu erklären. Ein Vergleich mit Daten des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) von 2017 zeigt jedoch lange vor der Pandemie ein noch geringeres Interesse an Verteidigungspolitik.³ 2017 gaben 3 Prozent an, sich sehr stark für Verteidigungspolitik zu interessieren, 11 Prozent eher stark. 38 Prozent hatten ein mittleres Interesse, während sich 34 Prozent wenig und 13 Prozent gar nicht für Verteidigungspolitik interessierten (ZMSBw 2020; eigene Berechnungen). Die Pandemie ist also nicht ursächlich für das eher geringe Interesse der Bevölkerung an Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Abbildung 1: Interesse an Sicherheits- und Verteidigungspolitik



Quelle: Umfrage 1027 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent.

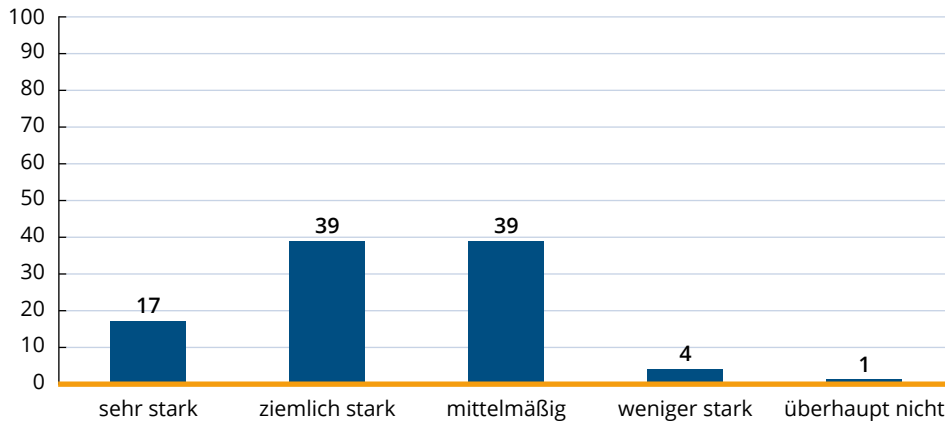
Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.

Frage: Wie stark interessieren Sie sich für Sicherheits- und Verteidigungspolitik?

Das allgemeine Politikinteresse ist dagegen deutlich größer. 17 Prozent interessieren sich sehr stark und 39 Prozent ziemlich stark für Politik. Insgesamt geben damit über die Hälfte der Befragten ein ziemlich oder sehr starkes politisches Interesse an. Weitere 39 Prozent interessieren sich mittelmäßig für Politik. Lediglich 4 bzw. 1 Prozent geben an, sich weniger stark bzw. überhaupt nicht für Politik zu interessieren. Das allgemeine politische Interesse ist also sehr wohl vorhanden, erstreckt sich aber nicht in gleichem Maße auf den Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik.



Abbildung 2: Politisches Interesse



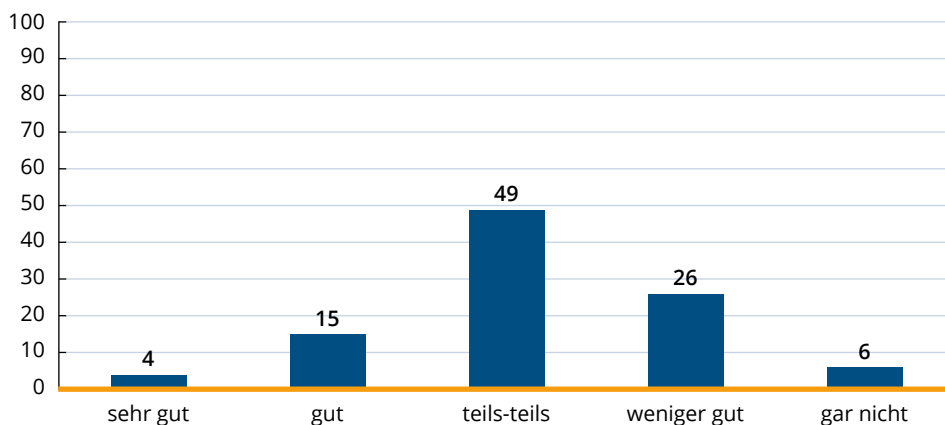
Quelle: Umfrage 1027 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent.

Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.

Frage: Einmal ganz allgemein gesprochen: Wie stark interessieren Sie sich für Politik?

Passend zum geringen Interesse an Sicherheitspolitik sind auch nach Selbsteinschätzung der Befragten ihre Kenntnisse eher gering. Lediglich 4 Prozent sagen, sie würden sich mit Fragen der Sicherheitspolitik sehr gut auskennen. 15 Prozent meinen, sie kennen sich in diesem Bereich gut aus. Insgesamt meint also nur ein knappes Fünftel, sehr gute oder gute Kenntnisse im Bereich Sicherheitspolitik zu besitzen. Knapp die Hälfte stuft die eigenen Kenntnisse mit teils-teils im mittleren Bereich ein. Ein gutes Viertel kennt sich nach eigener Auskunft weniger gut und 6 Prozent gar nicht in der Sicherheitspolitik aus.

Abbildung 3: Selbsteingeschätzte Kenntnisse im Bereich Sicherheitspolitik



Quelle: Umfrage 1027 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent.

Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.

Frage: Wie ist das bei Ihnen persönlich, kennen Sie sich mit Fragen der Sicherheitspolitik sehr gut, gut, teils-teils, weniger gut, gar nicht aus?

-
- 3 Die Frageformulierung und die Antwortkategorien in der Umfrage des ZMSBw weichen von denen der Konrad-Adenauer-Stiftung leicht ab. Auch die Erhebungsmethode ist eine andere (CAPI versus CATI). Der Grundbefund beider Umfragen ist jedoch vergleichbar.



Sicherheits- und Bedrohungswahrnehmung

Das Sicherheitsempfinden kann in drei Aspekte aufgeteilt werden: ein weltweites, ein nationales und ein persönliches Sicherheitsempfinden (Biehl/Rothbart 2018: 102). Untersuchungen zeigen, dass es durchaus Unterschiede zwischen der persönlichen, nationalen und weltweiten Sicherheitswahrnehmung gibt, wobei das weltweite Sicherheitsgefühl am geringsten, das persönliche Sicherheitsempfinden am höchsten ausgeprägt ist (s. u. a. Steinbrecher et al. 2021: 25ff.; Biehl/Rothbart 2018: 112). Die vorliegende Studie beschränkt sich auf das persönliche Sicherheitsgefühl, da es die unmittelbare Betroffenheit der Befragten umfasst. Für die nationale und weltweite Sicherheitswahrnehmung geben die Studien des ZMSBw tiefere Einblicke (s. Steinbrecher et al. 2021 sowie die Vorgängerstudien).

Das Sicherheitsempfinden wird durch wahrgenommene Bedrohungen beeinflusst. Beides zusammen – Sicherheitsgefühl und Bedrohungswahrnehmung – wird wiederum „neben realen (objektiven) Gefahren vor allem [durch] individuelle und soziale Merkmale sowie Prädispositionen, persönliche Erfahrungen, politische Faktoren und nicht zuletzt [von] den modernen Massenmedien“ (Biehl/Rothbart 2018: 103f.) beeinflusst. Nicht alle diese Aspekte können in der vorliegenden Studie untersucht werden. Die Studie fokussiert sich daher auf den Zusammenhang zwischen Sicherheitsempfinden und Bedrohungswahrnehmungen sowie den Einfluss politischer Einstellung anhand der Sonntagsfrage und soziodemografischer Faktoren.

4.1 Persönliches Sicherheitsgefühl

In einer Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach ist das Sicherheitsgefühl in Deutschland von 2020 zu 2021 deutlich gestiegen. Demnach fühlen sich 82 Prozent (sehr) sicher in Deutschland, nur 13 Prozent fühlen sich weniger oder gar nicht sicher (Institut für Demoskopie Allensbach 2021). Hier scheint die Pandemie das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung erhöht zu haben. Wenn nicht nach der Sicherheit in Deutschland, sondern nach der persönlichen Sicherheit gefragt wird, zeigt sich in den Studien des ZMSBw ein Anstieg des Unsicherheitsgefühls im Jahr 2015 auf 23 Prozent. Seitdem ist die persönliche Unsicherheit wieder rückläufig, sodass sie schon 2020 auf 9 Prozent gesunken ist (Steinbrecher et al. 2021: 30).

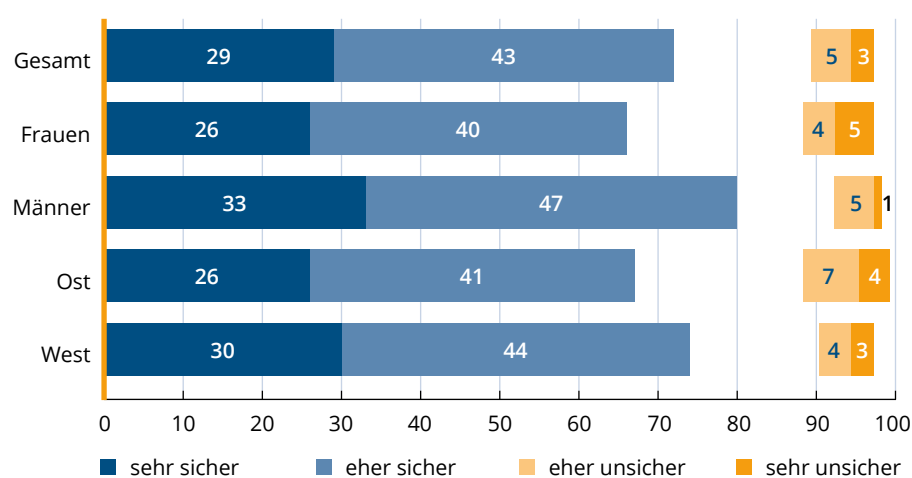
Auch in der vorliegenden Studie fällt das persönliche Unsicherheitsempfinden sehr gering aus. Lediglich 8 Prozent fühlen sich eher oder sehr unsicher. Dagegen sagen 72 Prozent, sie fühlten sich persönlich zurzeit sehr oder eher sicher. Das Sicherheitsempfinden ist also mitten in der Corona-Pandemie sehr hoch.

Allerdings zeigt sich ein deutlicher Unterschied zwischen Männern und Frauen. 80 Prozent der Männer, aber nur 66 Prozent der Frauen fühlen sich sehr oder eher sicher. Der Befund passt zu den Ergebnissen einer anderen Untersuchung der Konrad-Adenauer-

Stiftung, die feststellt, dass Frauen Kriminalität zu einem höheren Anteil als (sehr) großes Problem wahrnehmen als Männer (Roose 2021: 4) und sich häufiger als Männer abends und nachts im öffentlichen Raum (wie z. B. an Haltestellen) unsicher fühlen (Roose 2021: 7).

Auch zwischen Ost- und Westdeutschland gibt es eine Differenz, die jedoch nicht so groß ausfällt wie zwischen Männern und Frauen. 67 Prozent der Ostdeutschen und 74 Prozent der Westdeutschen fühlen sich sehr oder eher sicher.

Abbildung 4: Persönliches Sicherheitsgefühl nach Geschlecht und Region



Quelle: Umfrage 1027 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent.

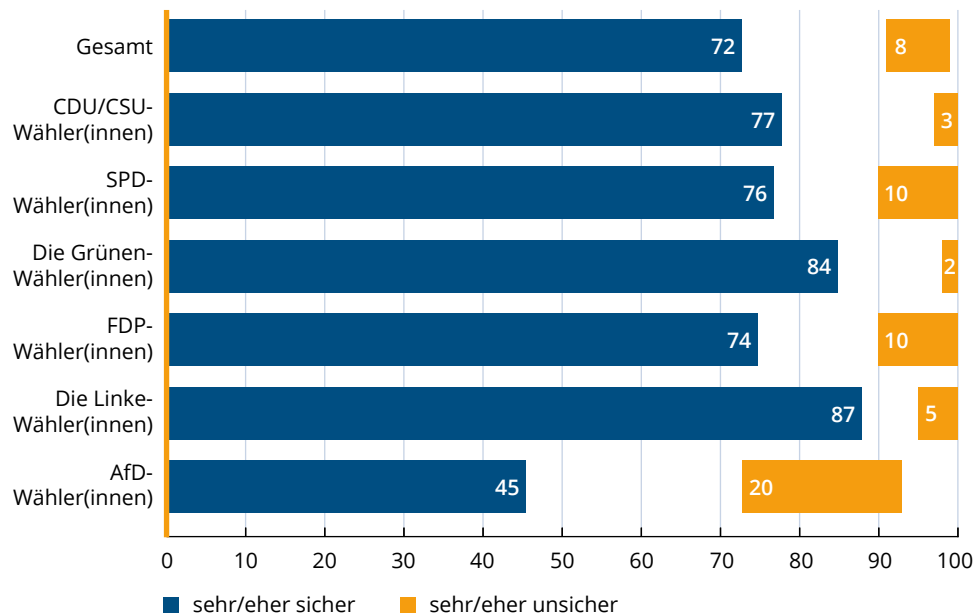
Fehlende Werte zu 100 Prozent „teils-teils“ und „weiß nicht/keine Angabe“.

Frage: Wie sicher fühlen Sie sich persönlich zurzeit?

Auch die Unterscheidung nach Wählerschaften⁴ zeigt interessante Differenzen. Am sichersten fühlen sich die Wählerinnen und Wähler der Linken. 87 Prozent der Linken-Wählerschaft geben an, sich persönlich sehr oder eher sicher zu fühlen, dicht gefolgt von den Wählerinnen und Wählern der Grünen, von denen sich 84 Prozent sehr oder eher sicher fühlen. Auch bei den Wählerschaften der Union (77 Prozent), der SPD (76 Prozent) und der FDP (74 Prozent) ist das persönliche Sicherheitsempfinden weitverbreitet. Lediglich bei den Wählerinnen und Wählern der AfD fühlt sich mit 45 Prozent weniger als die Hälfte sehr oder eher sicher. 28 Prozent fühlen sich teils sicher/teils unsicher (grafisch nicht dargestellt), während ein Fünftel der AfD-Wählerschaft sich eher oder sehr unsicher fühlt. Das ist mit Abstand das stärkste Unsicherheitsgefühl von allen Wählerschaften.



Abbildung 5: Persönliches Sicherheitsgefühl nach Wählerschaft



Quelle: Umfrage 1027 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent.
Fehlende Werte zu 100 Prozent „teils-teils“ und „weiß nicht/keine Angabe“.
Frage: Wie sicher fühlen Sie sich persönlich zurzeit?

In multivariaten Analysen zeigt sich, dass die eher geringen Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland nicht bestehen bleiben, wenn für weitere Einstellungen kontrolliert wird. Das leicht unterschiedliche Sicherheitsgefühl zwischen Ost und West wird also durch andere Einstellungen wie die Demokratiezufriedenheit und das politische Interesse hervorgerufen (grafisch nicht ausgewiesen). Je zufriedener Menschen mit der Demokratie sind, desto sicherer fühlen sie sich. Auch das allgemeine politische Interesse hat einen positiven Einfluss, d.h. je politisch interessierter Befragte sind, desto sicherer fühlen sie sich. Der Unterschied zwischen Männern und Frauen bleibt auch nach Kontrolle dieser Einstellungen bestehen.

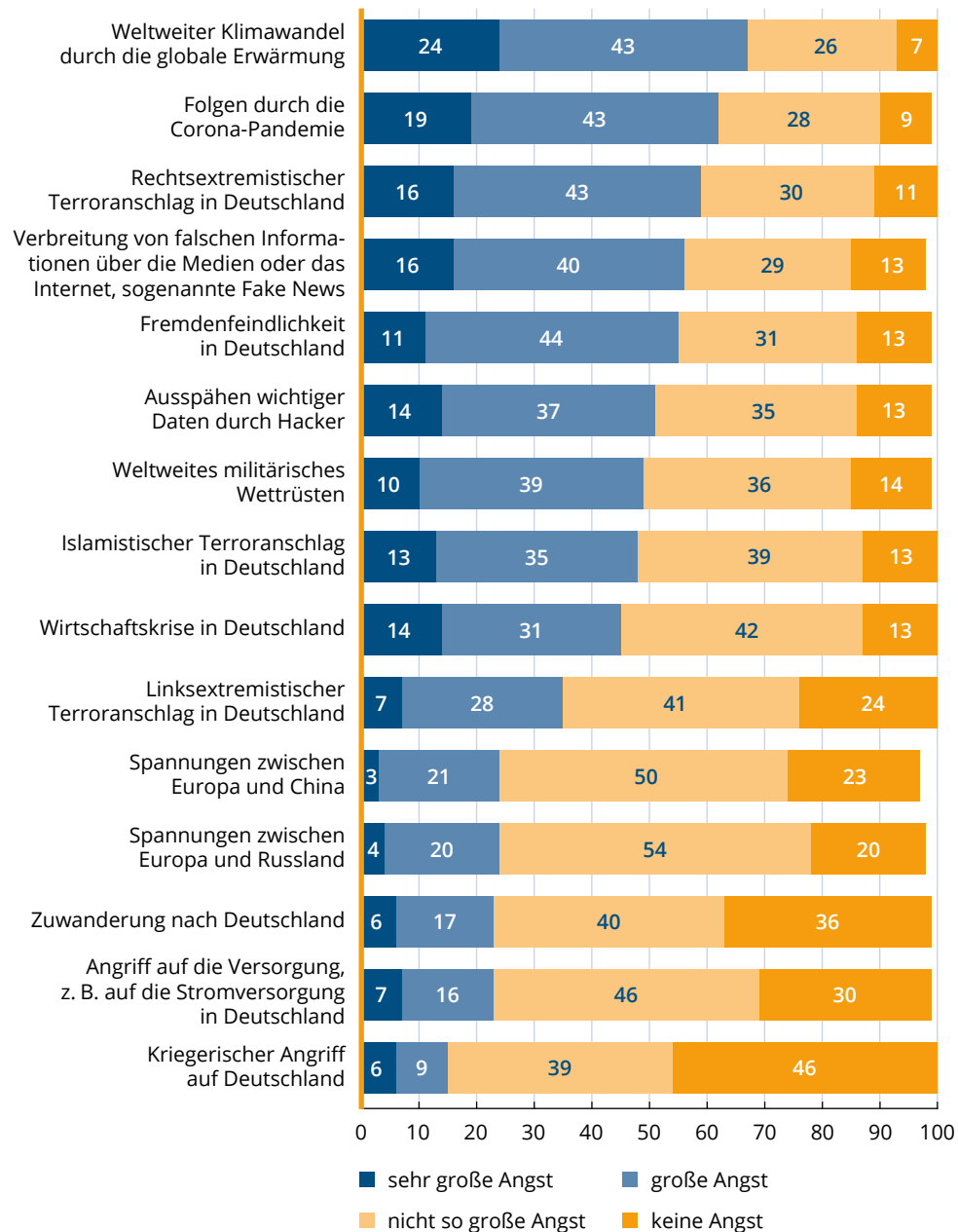
4.2 Bedrohungsfaktoren

Neben dem allgemeinen Sicherheitsgefühl wurden auch einzelne Bedrohungsfaktoren abgefragt. Obwohl die Befragung während einer Hochphase der Corona-Pandemie im Januar 2021 stattfand, finden sich auf Platz eins der Bedrohungsfaktoren nicht die Folgen der Pandemie, sondern der Klimawandel. Erst auf Platz zwei der Bedrohungen liegen die Corona-Folgen, dicht gefolgt von einem rechtsextremistischen Terroranschlag. Eine Wirtschaftskrise findet sich erst auf Platz neun und Fremdenfeindlichkeit wird von deutlich mehr Menschen als Bedrohung wahrgenommen (Platz fünf) als Zuwanderung nach Deutschland (Platz 13). Eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung kommt zu ähnlichen Ergebnissen (Zick 2021: 27). Mit einer etwas anderen Frageformulierung und einer anderen Liste an Bedrohungen landet dort Rechtsextremismus auf Platz eins, gefolgt vom Klimawandel auf Platz zwei. Die Corona-Pandemie kommt erst auf dem vierten Platz und Zuwanderung findet sich an zwölfter und letzter Stelle.

Gut zwei Drittel der Befragten geben in der vorliegenden Studie an, große oder sehr große Angst vor dem weltweiten Klimawandel zu haben.⁵ Damit ist der Klimawandel die am häufigsten genannte Bedrohung, vor der die Menschen (sehr) große Angst haben. Vor den Folgen der Corona-Pandemie haben 62 Prozent große oder sehr große Angst, das ist nur geringfügig weniger als vor dem Klimawandel, aber trotzdem erstaunlich inmitten der Pandemie. Auf Platz drei folgt ein rechtsextremistischer Terroranschlag, vor dem 59 Prozent der Befragten große oder sehr große Angst äußern. Auch vor der Verbreitung von falschen Informationen über die Medien oder das Internet, sogenannter Fake News, hat über die Hälfte der Befragten (sehr) große Angst (56 Prozent). Auch hier handelt es sich also um eine weitverbreitete Bedrohungswahrnehmung. Direkt dahinter folgt mit 55 Prozent die (sehr) große Angst vor Fremdenfeindlichkeit in Deutschland. Ebenfalls knapp mehrheitsfähig ist die große oder sehr große Angst vor dem Ausspähen wichtiger Daten durch Hacker mit 51 Prozent. Knapp jede und jeder Zweite hat zudem (sehr) große Angst vor einem weltweiten militärischen Wettrüsten (49 Prozent). Ähnlich hoch ist der Anteil an Befragten, die große oder sehr große Angst vor einem islamistischen Terroranschlag in Deutschland haben (48 Prozent). Erstaunlicherweise äußern nur 45 Prozent (sehr) große Angst vor einer Wirtschaftskrise, obwohl zum Zeitpunkt der Befragung einige Bereiche wie Gastronomie, Hotellerie, Einzelhandel, Museen und Theater geschlossen waren. Noch deutlich weniger Sorge bereitet den Menschen ein links-extremistischer Terroranschlag in Deutschland, vor dem 35 Prozent (sehr) große Angst haben. Internationale Bedrohungsszenarien spielen eine verhältnismäßig geringe Rolle. Gleichauf in der Liste der Bedrohungsfaktoren mit Zuwanderung liegen Spannungen zwischen Europa und Russland sowie zwischen Europa und China. Jeweils 24 Prozent der Befragten äußern hier große oder sehr große Angst. Rund jede und jeder Zweite gibt hingegen an, nicht so große Angst vor Spannungen zwischen Europa und China bzw. Russland zu haben. Eine ähnlich geringe Rolle unter den Bedrohungsfaktoren spielt die Zuwanderung nach Deutschland, vor der 23 Prozent große oder sehr große Angst haben. Gleiches gilt für Angriffe auf die Versorgung, z. B. auf die Stromversorgung in Deutschland. Am wenigsten Sorge bereitet den Menschen ein kriegerischer Angriff auf Deutschland. Lediglich 15 Prozent äußern große oder sehr große Angst vor einem kriegerischen Angriff, wohingegen mit 46 Prozent nahezu jede und jeder Zweite keine Angst davor hat.



Abbildung 6: Bedrohungsfaktoren



Quelle: Umfrage 1027 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent.

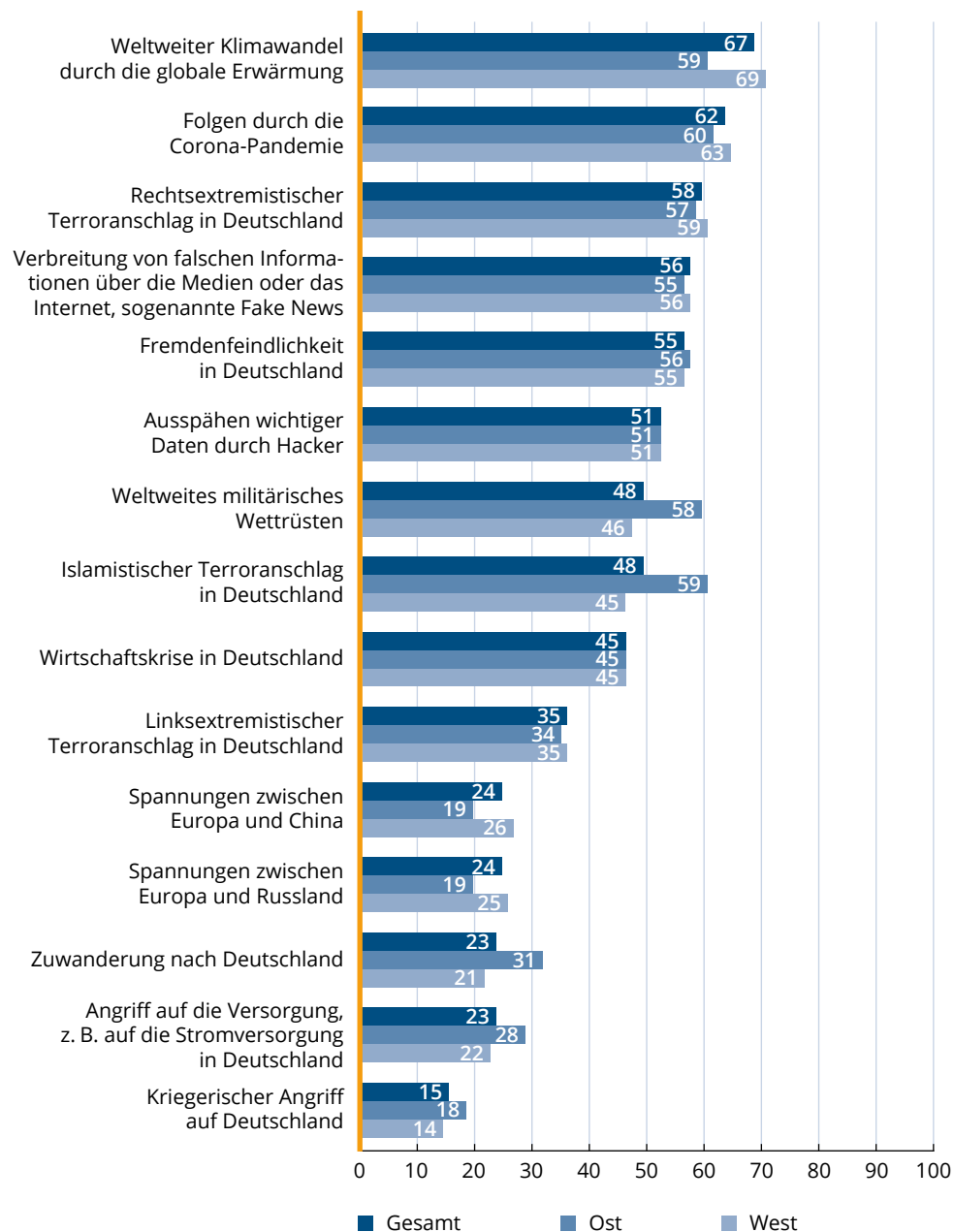
Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.

Frage: Geben Sie bitte nun zu den folgenden Dingen an, ob Ihnen diese sehr große, große, nicht so große oder keine Angst machen.

Die Unterscheidung zwischen Ost- und Westdeutschland ergibt insgesamt sehr viele Gemeinsamkeiten, aber auch ein paar interessante Unterschiede. Die Angst vor dem weltweiten Klimawandel ist in Westdeutschland (69 Prozent) verbreiteter als in Ostdeutschland (59 Prozent). Zudem haben Westdeutsche häufiger als Ostdeutsche

Angst vor Spannungen zwischen Europa und China (26:19 Prozent) sowie vor Spannungen zwischen Europa und Russland (25:19 Prozent). Dagegen äußern Ostdeutsche häufiger als Westdeutsche Angst vor einem weltweiten militärischen Wettrüsten (58:46 Prozent), vor einem islamistischen Terroranschlag in Deutschland (59:45 Prozent), vor Zuwanderung nach Deutschland (31:21 Prozent) sowie vor einem Angriff auf die Versorgung, wie z. B. die Stromversorgung (28:22 Prozent).

Abbildung 7: Bedrohungsfaktoren nach Region (Antworten: „sehr große“ und „große Angst“)

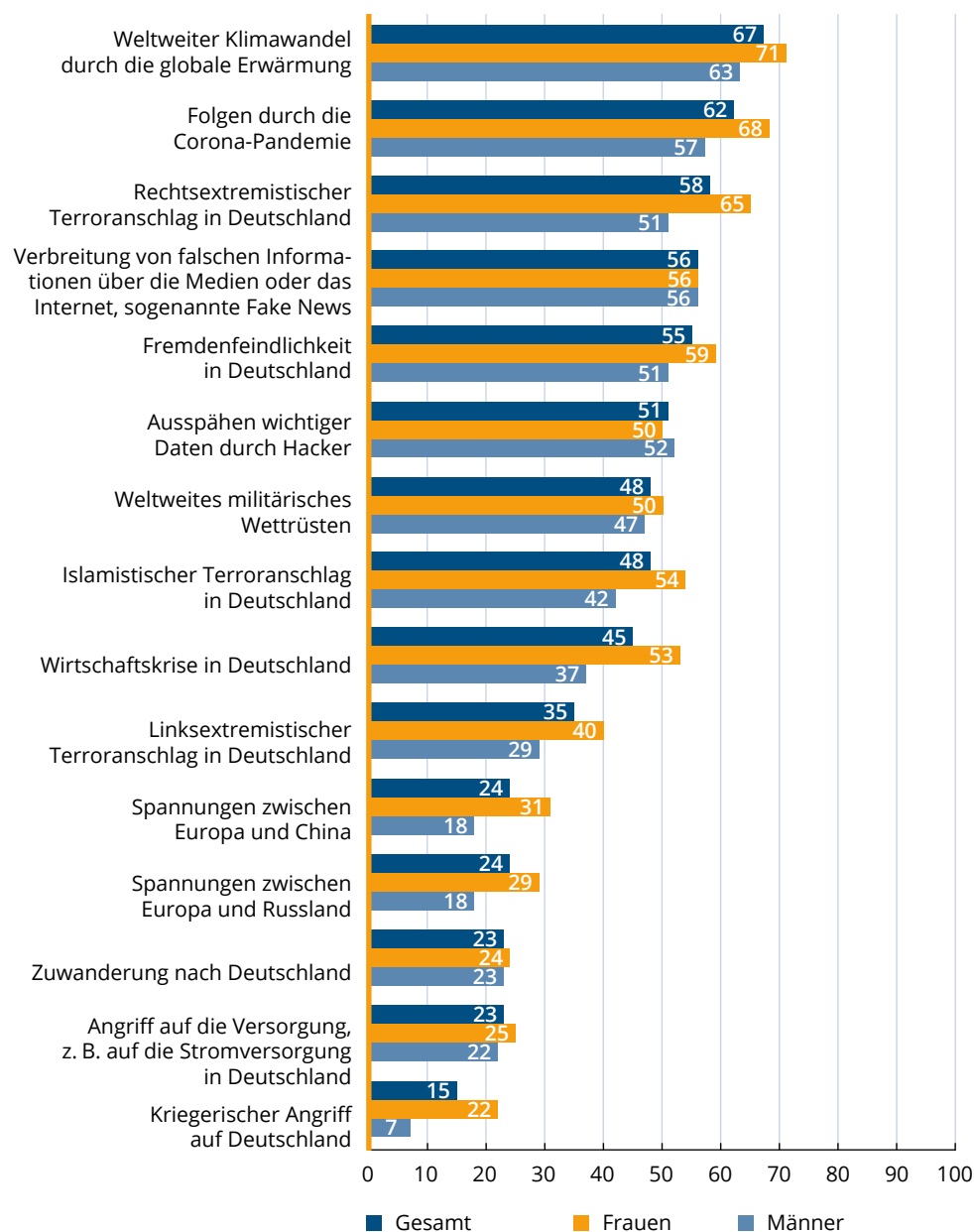


Quelle: Umfrage 1027 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent.
Frage: Geben Sie bitte nun zu den folgenden Dingen an, ob Ihnen diese sehr große, große, nicht so große oder keine Angst machen.



Bei der Unterscheidung zwischen Frauen und Männern ist die Tendenz recht eindeutig: Frauen haben vor fast allen Bedrohungsfaktoren häufiger Angst als Männer. Lediglich bei der Verbreitung von falschen Informationen, dem Ausspähen wichtiger Daten durch Hacker, einem weltweiten militärischen Wettrüsten, Zuwanderung und einem Angriff auf die Versorgung gibt es keine Geschlechterdifferenz. Bei allen anderen Bedrohungsfaktoren äußern Frauen zwischen 8 und 16 Prozentpunkte häufiger als Männer große oder sehr große Angst.

Abbildung 8: Bedrohungsfaktoren nach Geschlecht
(Antworten „sehr große“ und „große Angst“)

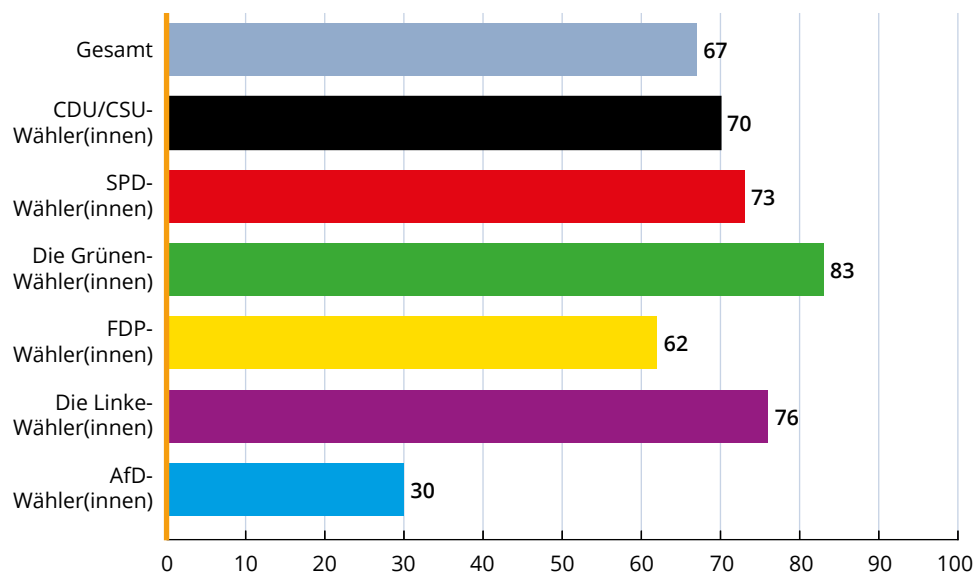


Quelle: Umfrage 1027 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent.

Frage: Geben Sie bitte nun zu den folgenden Dingen an, ob Ihnen diese sehr große, große, nicht so große oder keine Angst machen.

Bei allen abgefragten Bedrohungsfaktoren gibt es Unterschiede zwischen den verschiedenen Parteianhängerinnen und -anhängern. Wählerinnen und Wähler der SPD (73 Prozent), der Linken (76 Prozent) sowie der Grünen (83 Prozent) bereitet der Klimawandel überdurchschnittlich häufig Angst. Bei den Wählerinnen und Wählern der Grünen liegt der Wert ganze 16 Punkte über dem Durchschnitt. Umgekehrt äußern Anhängerinnen und Anhänger der FDP (62 Prozent) leicht seltener als der Durchschnitt Angst vor dem Klimawandel. Am geringsten ausgeprägt ist diese Angst bei den Wählerinnen und Wählern der AfD, von denen lediglich 30 Prozent angeben, sie hätten große oder sehr große Angst vor einem weltweiten Klimawandel.

Abbildung 9: Bedrohungsfaktoren nach Wählerschaft: Weltweiter Klimawandel durch die globale Erwärmung (Antworten „sehr große“ und „große Angst“)

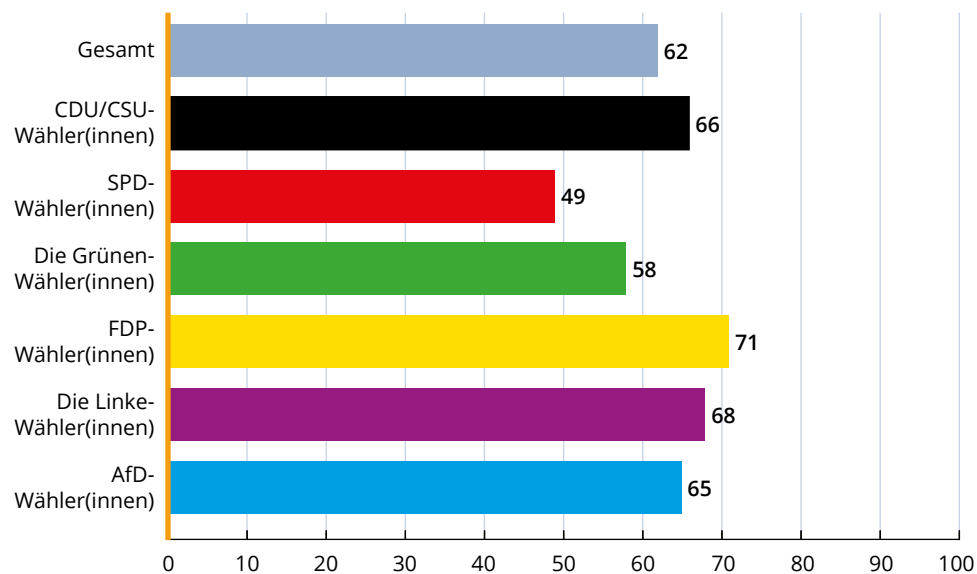


*Quelle: Umfrage 1027 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent.
Frage: Geben Sie bitte nun zu den folgenden Dingen an, ob Ihnen diese sehr große, große, nicht so große oder keine Angst machen.*



Im Gegensatz zum Klimawandel sorgen sich die Wählerinnen und Wähler der FDP (71 Prozent) von allen Anhängerschaften am häufigsten über die Folgen der Corona-Pandemie. Auch die Wählerinnen und Wähler der Linken (68 Prozent) äußern diese Sorge leicht überdurchschnittlich. Am geringsten ausgeprägt ist die Angst vor den Folgen der Pandemie in der Anhängerschaft der SPD (49 Prozent).

Abbildung 10: Bedrohungsfaktoren nach Wählerschaft: Folgen durch die Corona-Pandemie (Antworten „sehr große“ und „große Angst“)

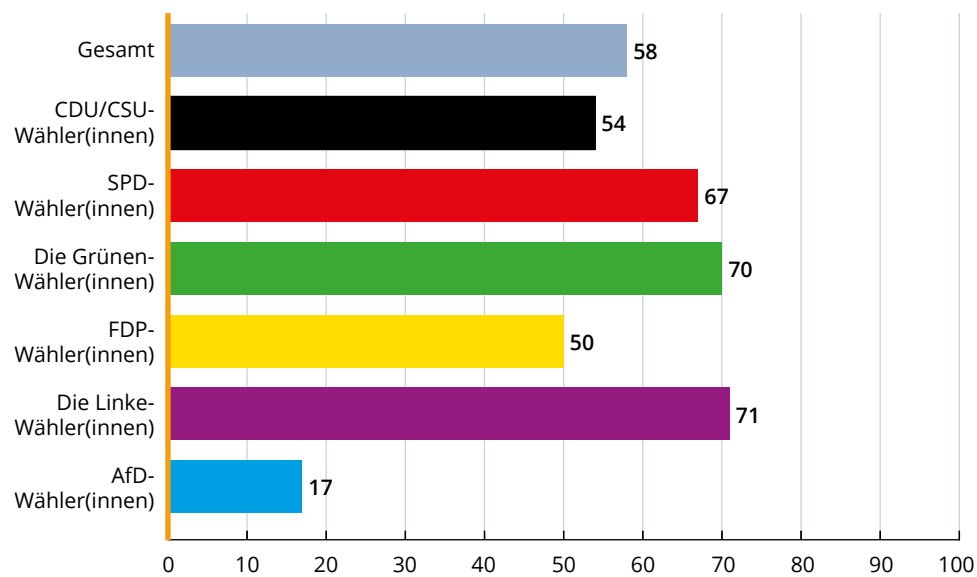


Quelle: Umfrage 1027 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent.

Frage: Geben Sie bitte nun zu den folgenden Dingen an, ob Ihnen diese sehr große, große, nicht so große oder keine Angst machen.

Vor einem rechtsextremistischen Terroranschlag in Deutschland fürchten sich vor allem die Anhängerschaften der Linken (71 Prozent), der Grünen (70 Prozent) und der SPD (67 Prozent). Unterdurchschnittlich ist diese Sorge hingegen verbreitet bei den Wählerinnen und Wählern der FDP (50 Prozent) und vor allem der AfD, von denen lediglich 17 Prozent Angst vor einem rechtsextremistischen Terroranschlag äußern.

Abbildung 11: Bedrohungsfaktoren nach Wählerschaft: Rechtsextremistischer Terroranschlag in Deutschland (Antworten „sehr große“ und „große Angst“)



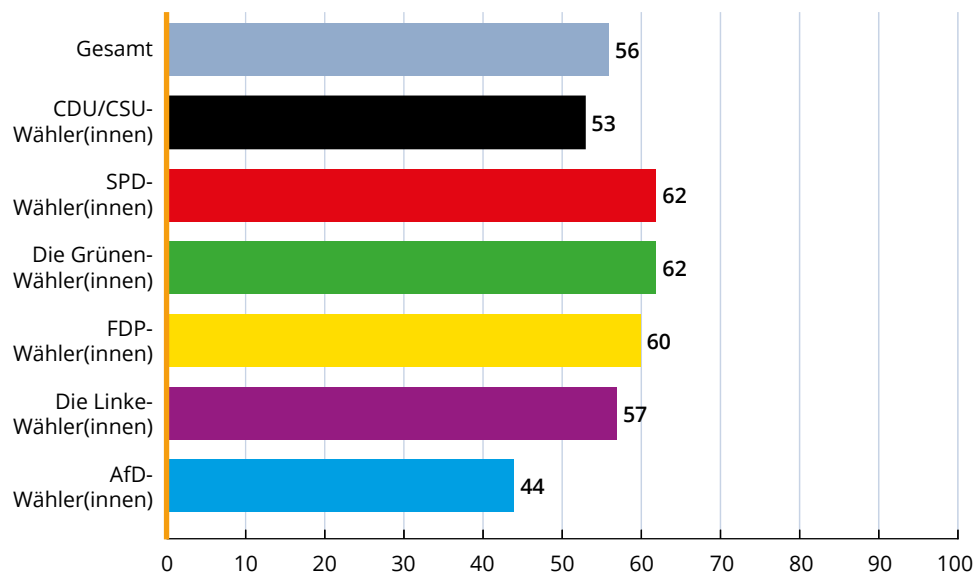
Quelle: Umfrage 1027 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent.

Frage: Geben Sie bitte nun zu den folgenden Dingen an, ob Ihnen diese sehr große, große, nicht so große oder keine Angst machen.



Die Anhängerschaften der SPD und der Grünen (je 62 Prozent) haben etwas häufiger Angst vor der Verbreitung von falschen Informationen über die Medien oder das Internet (Fake News) als der Durchschnitt. Unterdurchschnittlich häufig ist die Sorge vor Fake News bei den Wählerinnen und Wählern der AfD (44 Prozent) verbreitet.

Abbildung 12: Bedrohungsfaktoren nach Wählerschaft: Verbreitung von falschen Informationen über die Medien oder das Internet, sogenannte Fake News (Antworten „sehr große“ und „große Angst“)

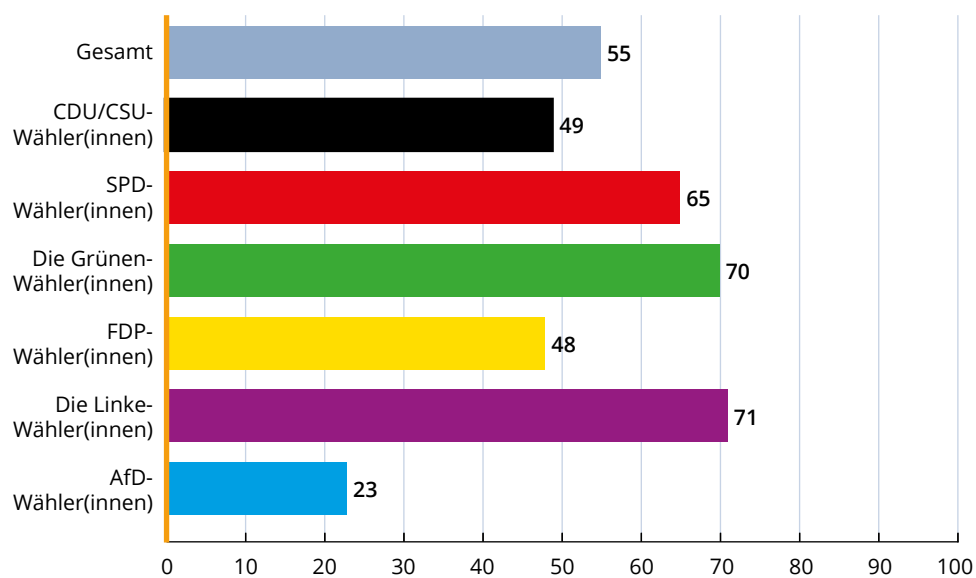


Quelle: Umfrage 1027 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent.

Frage: Geben Sie bitte nun zu den folgenden Dingen an, ob Ihnen diese sehr große, große, nicht so große oder keine Angst machen.

Fremdenfeindlichkeit bereitet vor allem den Wählerinnen und Wählern der Linken (71 Prozent), der Grünen (70 Prozent) und der SPD (65 Prozent) Sorge. Die Anhängerinnen und Anhänger von CDU/CSU (49 Prozent) sowie der FDP (48 Prozent) sind hingegen leicht unterdurchschnittlich über Fremdenfeindlichkeit besorgt, während die Wählerinnen und Wähler der AfD (23 Prozent) mit Abstand am seltensten Angst vor Fremdenfeindlichkeit äußern.

Abbildung 13: Bedrohungsfaktoren nach Wählerschaft: Fremdenfeindlichkeit in Deutschland (Antworten „sehr große“ und „große Angst“)



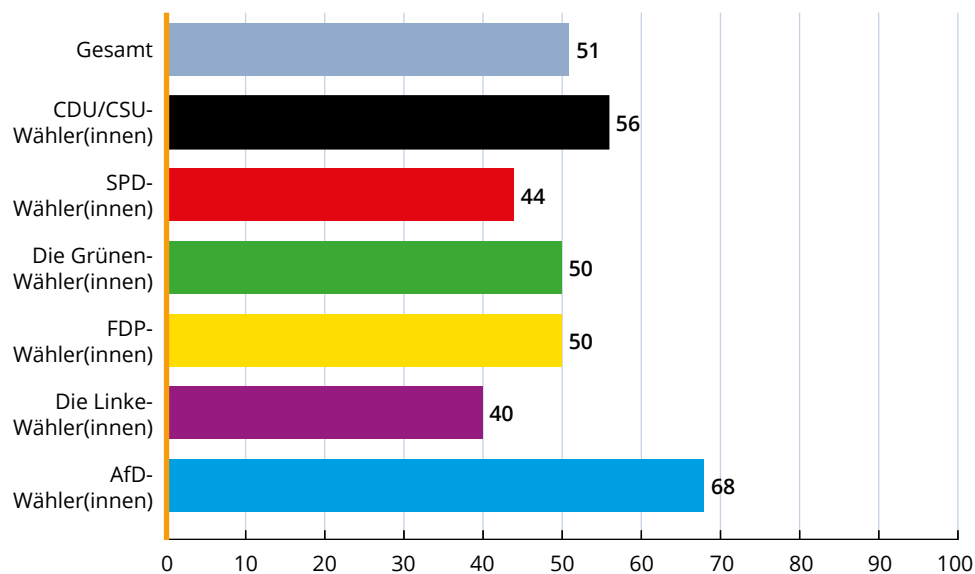
Quelle: Umfrage 1027 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent.

Frage: Geben Sie bitte nun zu den folgenden Dingen an, ob Ihnen diese sehr große, große, nicht so große oder keine Angst machen.



Stattdessen fürchtet sich die Anhängerschaft der AfD (68 Prozent) deutlich überdurchschnittlich häufig vor dem Ausspähen wichtiger Daten durch Hacker. Auch die Anhängerinnen und Anhänger der Union (56 Prozent) sind hier leicht häufiger besorgt als der Durchschnitt. Am seltensten äußern die Anhängerschaften der SPD (44 Prozent) und der Linken (40 Prozent) Angst vor Hackern und dem Ausspähen von Daten.

Abbildung 14: Bedrohungsfaktoren nach Wählerschaft: Ausspähen wichtiger Daten durch Hacker (Antworten „sehr große“ und „große Angst“)

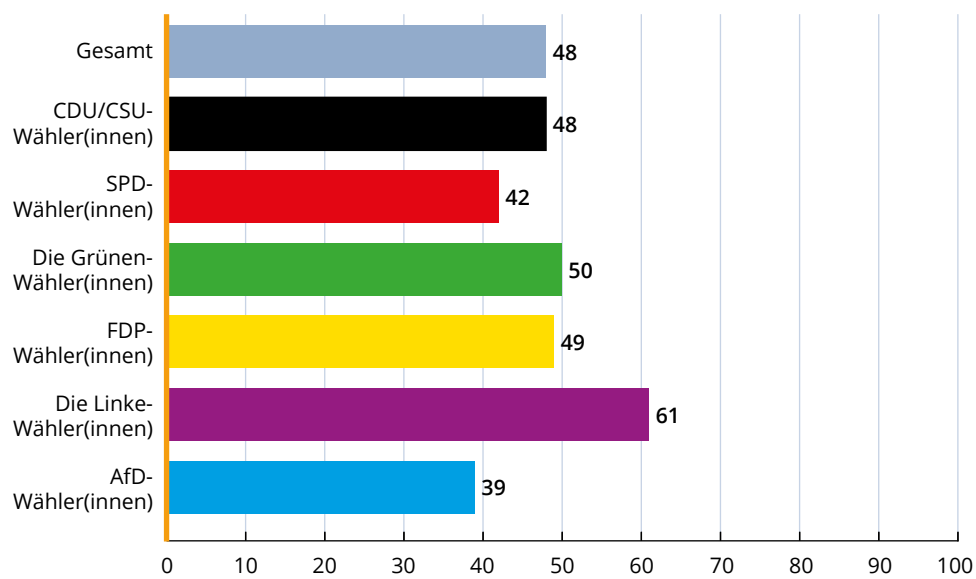


Quelle: Umfrage 1027 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent.

Frage: Geben Sie bitte nun zu den folgenden Dingen an, ob Ihnen diese sehr große, große, nicht so große oder keine Angst machen.

Weltweites militärisches Wettrüsten stellt vor allem aus Sicht von Linken-Wählerinnen und -Wählern (61 Prozent) eine Bedrohung dar. Die Anhängerinnen und Anhänger der SPD (42 Prozent) sowie der AfD (39 Prozent) sorgen sich hingegen am seltensten über weltweites Wettrüsten.

Abbildung 15: Bedrohungsfaktoren nach Wählerschaft: Weltweites militärisches Wettrüsten (Antworten „sehr große“ und „große Angst“)



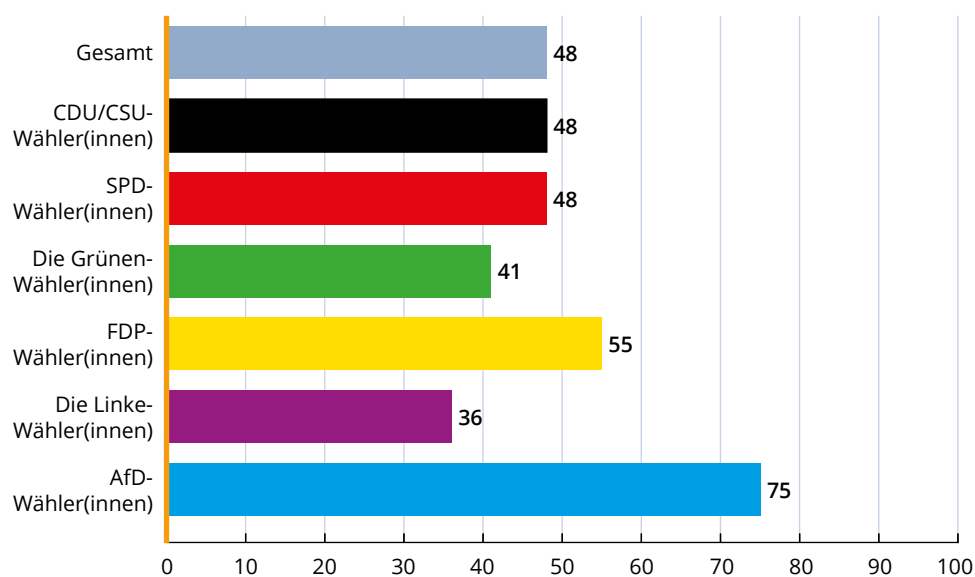
Quelle: Umfrage 1027 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent.

Frage: Geben Sie bitte nun zu den folgenden Dingen an, ob Ihnen diese sehr große, große, nicht so große oder keine Angst machen.



Die Angst vor einem islamistischen Terroranschlag in Deutschland ist besonders unter Wählerinnen und Wählern der AfD (75 Prozent) verbreitet. Drei von vier AfD-Wählerinnen und -Wählern geben an, sehr große oder große Angst vor einem islamistischen Terroranschlag zu haben. Auch die Anhängerinnen und Anhänger der FDP sind mit 55 Prozent leicht häufiger besorgt als der Durchschnitt, es könne zu einem islamistischen Anschlag kommen. Unterdurchschnittlich verbreitet ist diese Sorge dagegen bei den Anhängerschaften der Grünen (41 Prozent) und der Linken (36 Prozent).

Abbildung 16: Bedrohungsfaktoren nach Wählerschaft: Islamistischer Terroranschlag in Deutschland (Antworten „sehr große“ und „große Angst“)

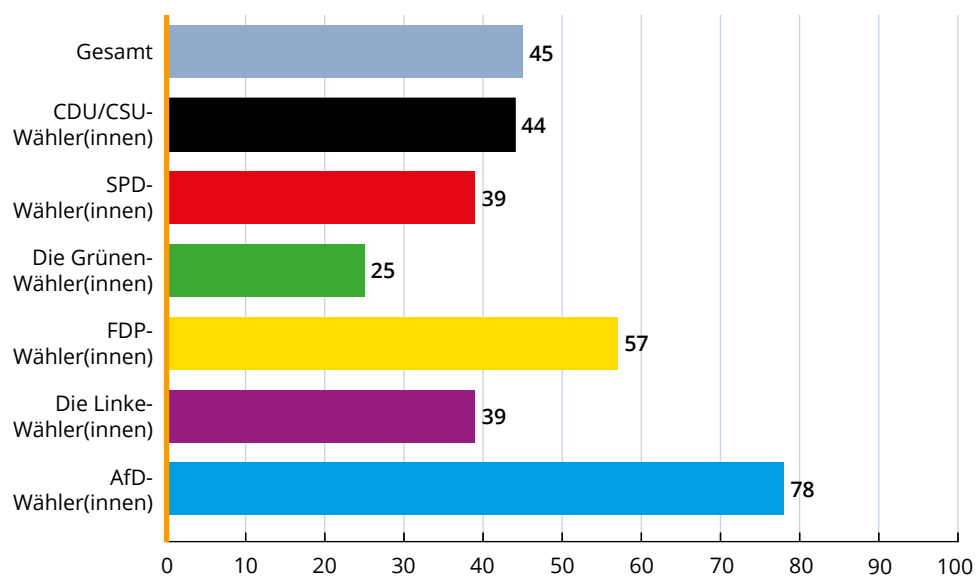


Quelle: Umfrage 1027 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent.

Frage: Geben Sie bitte nun zu den folgenden Dingen an, ob Ihnen diese sehr große, große, nicht so große oder keine Angst machen.

Auch vor einer Wirtschaftskrise haben vor allem AfD-Wählerinnen und -Wähler (78 Prozent) Angst, aber auch unter den Wählerinnen und Wählern der FDP (57 Prozent) findet sich eine Mehrheit mit Angst vor einer Wirtschaftskrise. Leicht unterdurchschnittlich häufig sehen die Anhängerschaften der SPD und der Linken (je 39 Prozent) eine Wirtschaftskrise als Bedrohung. Am geringsten ist die Sorge vor einer wirtschaftlichen Krise bei den Wählerinnen und Wählern der Grünen verbreitet, von denen sich nur ein Viertel davor sorgt.

Abbildung 17: Bedrohungsfaktoren nach Wählerschaft: Wirtschaftskrise in Deutschland
(Antworten „sehr große“ und „große Angst“)



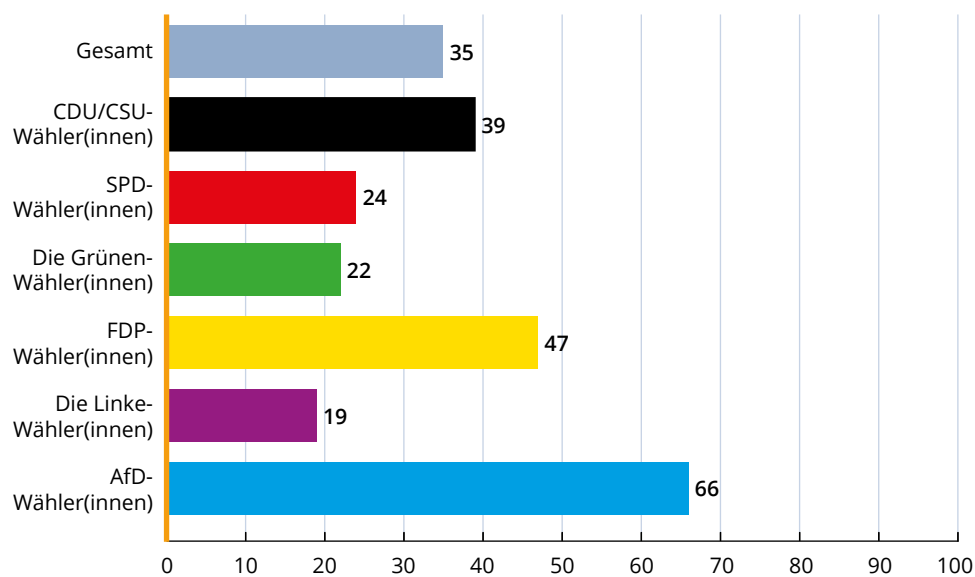
Quelle: Umfrage 1027 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent.

Frage: Geben Sie bitte nun zu den folgenden Dingen an, ob Ihnen diese sehr große, große, nicht so große oder keine Angst machen.



Auch einen linksextremistischen Terroranschlag sehen vor allem die Wählerinnen und Wähler der AfD als Bedrohung. Zwei Drittel der AfD-Anhängerinnen und -Anhänger haben sehr große oder große Angst vor einem linksextremistischen Terroranschlag in Deutschland. Auch bei FDP-Wählerinnen und -Wählern (47 Prozent) ist die Sorge überdurchschnittlich stark verbreitet. Deutlich unter dem Durchschnitt liegt die Angst vor einem linksextremistischen Terroranschlag bei den Wählerinnen und Wählern der SPD (24 Prozent), der Grünen (22 Prozent) und der Linken (19 Prozent).

Abbildung 18: Bedrohungsfaktoren nach Wählerschaft: Linksextremistischer Terroranschlag in Deutschland (Antworten „sehr große“ und „große Angst“)

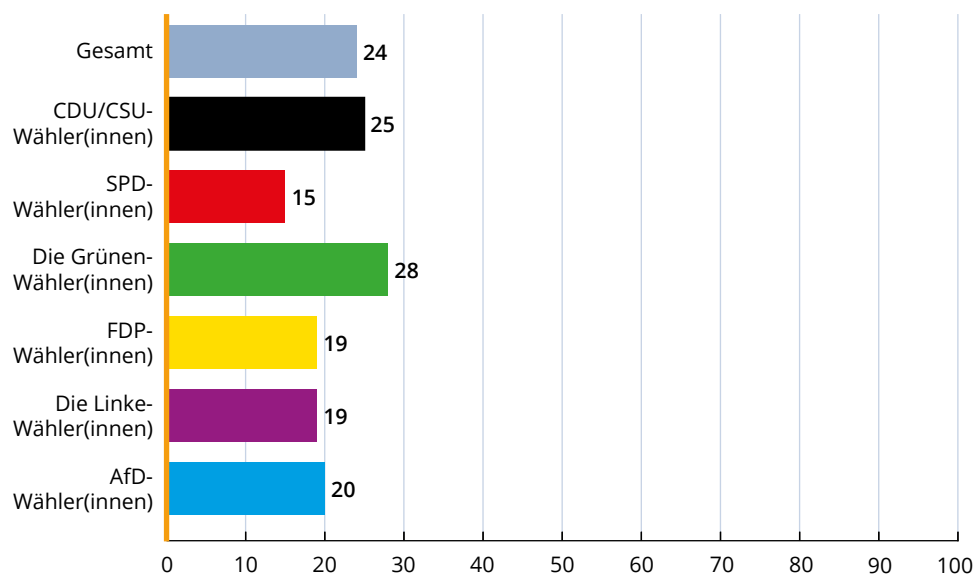


Quelle: Umfrage 1027 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent.

Frage: Geben Sie bitte nun zu den folgenden Dingen an, ob Ihnen diese sehr große, große, nicht so große oder keine Angst machen.

Spannungen zwischen Europa und China werden von etwas weniger FDP- und Linken-Wählerinnen und -Wählern (je 19 Prozent) als Bedrohung gesehen als im Durchschnitt. Am seltensten berichten die Wählerinnen und Wähler der SPD (15 Prozent) von Angst vor Spannungen zwischen Europa und China, am häufigsten die Anhängerinnen und Anhänger der Grünen (28 Prozent). Insgesamt sind die Unterschiede zwischen den Parteienanhängerschaften aber sehr gering.

Abbildung 19: Bedrohungsfaktoren nach Wählerschaft: Spannungen zwischen Europa und China (Antworten „sehr große“ und „große Angst“)



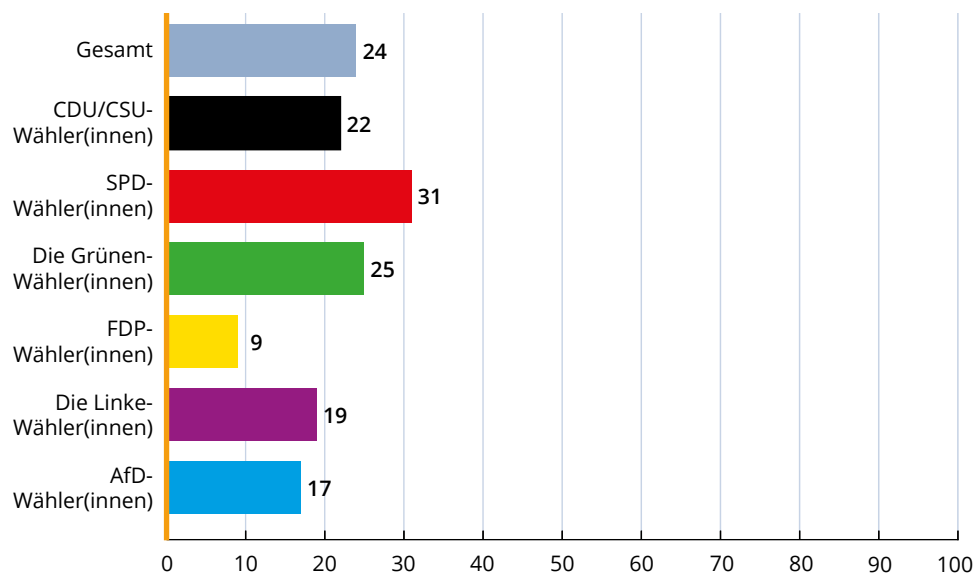
Quelle: Umfrage 1027 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent.

Frage: Geben Sie bitte nun zu den folgenden Dingen an, ob Ihnen diese sehr große, große, nicht so große oder keine Angst machen.



Die Anhängerschaft der SPD macht sich zwar kaum Sorgen über Spannungen zwischen Europa und China, sehr wohl aber über Spannungen zwischen Europa und Russland. 31 Prozent der SPD-Wählerinnen und -Wähler haben sehr große oder große Angst vor Spannungen zwischen Europa und Russland, das ist der höchste Wert aller Parteienanhängerschaften. Leicht unterdurchschnittlich häufig sehen die Wählerinnen und Wähler der Linken (19 Prozent) und der AfD (17 Prozent) Spannungen zwischen Europa und Russland als Bedrohung, während die Anhängerschaft der FDP (9 Prozent) mit Abstand am seltensten Angst davor äußert.

Abbildung 20: Bedrohungsfaktoren nach Wählerschaft: Spannungen zwischen Europa und Russland (Antworten „sehr große“ und „große Angst“)



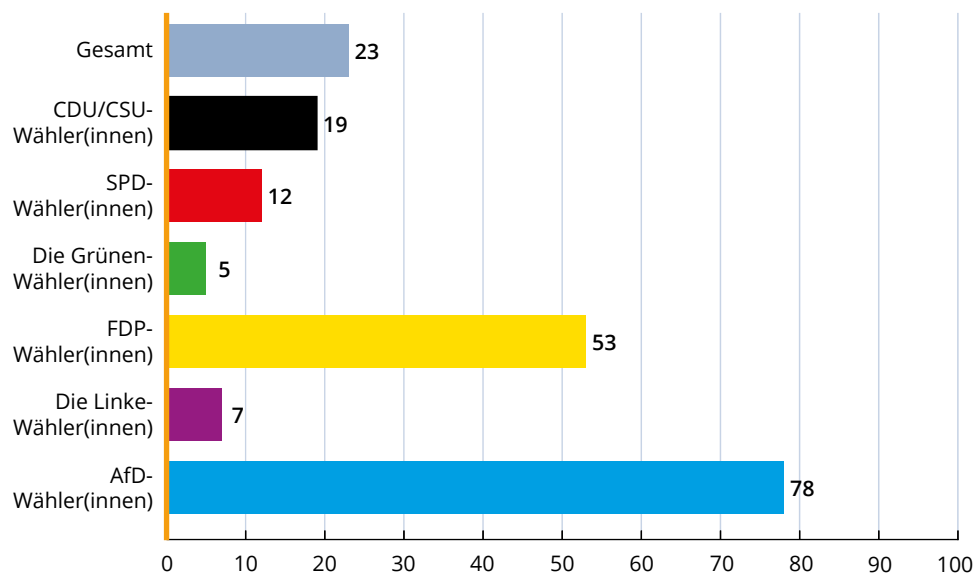
Quelle: Umfrage 1027 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent.

Frage: Geben Sie bitte nun zu den folgenden Dingen an, ob Ihnen diese sehr große, große, nicht so große oder keine Angst machen.

Bei der Zuwanderung nach Deutschland fallen die Unterschiede zwischen den Parteianhängerschaften besonders groß aus. Zwischen AfD-Wählerinnen und -Wählern, die am häufigsten zustimmen, und Grünen-Wählerinnen und -Wählern, die am seltensten zustimmen, liegen 73 Prozentpunkte Differenz!

Die Wählerinnen und Wähler der AfD (78 Prozent) und der FDP (53 Prozent) sehen Zuwanderung deutlich überdurchschnittlich als Bedrohung. Gut die Hälfte der FDP-Wählerinnen und -Wähler sowie gut drei Viertel der AfD-Wählerinnen und -Wähler haben sehr große oder große Angst vor Zuwanderung nach Deutschland im Gegensatz zu knapp einem Viertel der Gesamtbevölkerung. Unterdurchschnittlich verbreitet ist die Angst vor Zuwanderung bei den Anhängerschaften der SPD (12 Prozent), der Linken (7 Prozent) und der Grünen (5 Prozent).

Abbildung 21: Bedrohungsfaktoren nach Wählerschaft: Zuwanderung nach Deutschland
(Antworten „sehr große“ und „große Angst“)



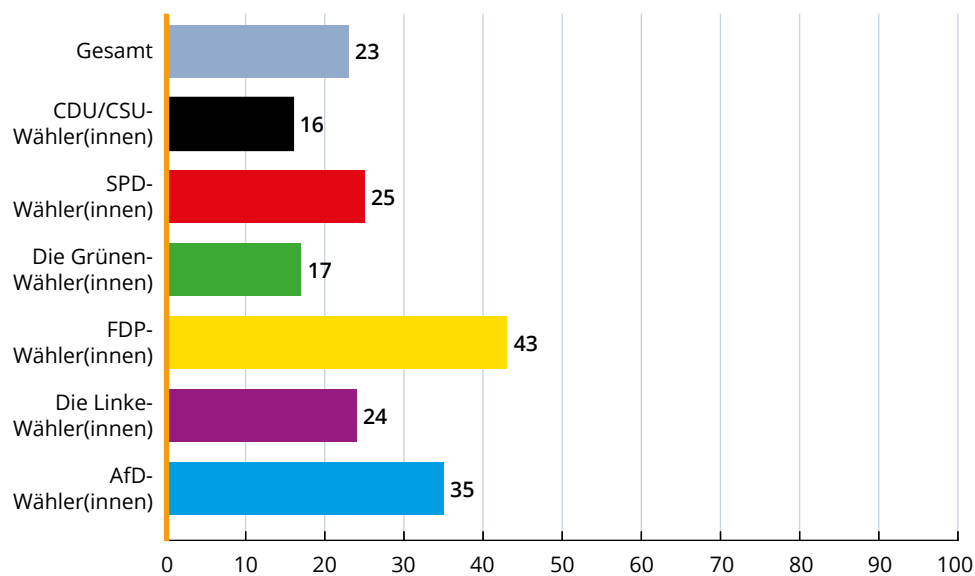
Quelle: Umfrage 1027 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent.

Frage: Geben Sie bitte nun zu den folgenden Dingen an, ob Ihnen diese sehr große, große, nicht so große oder keine Angst machen.



Über einen Angriff auf die Versorgung, z. B. die Stromversorgung in Deutschland, sorgen sich erneut überdurchschnittlich viele FDP- (43 Prozent) sowie AfD-Wählerinnen und -Wähler (35 Prozent), wenn auch viel weniger ausgeprägt als beim Thema Zuwanderung. Seltener als der Durchschnitt haben die Wählerinnen und Wähler der Grünen (17 Prozent) und der Union (16 Prozent) Angst vor einem Angriff auf die Versorgung.

Abbildung 22: Bedrohungsfaktoren nach Wählerschaft: Angriff auf die Versorgung, z. B. auf die Stromversorgung in Deutschland (Antworten „sehr große“ und „große Angst“)

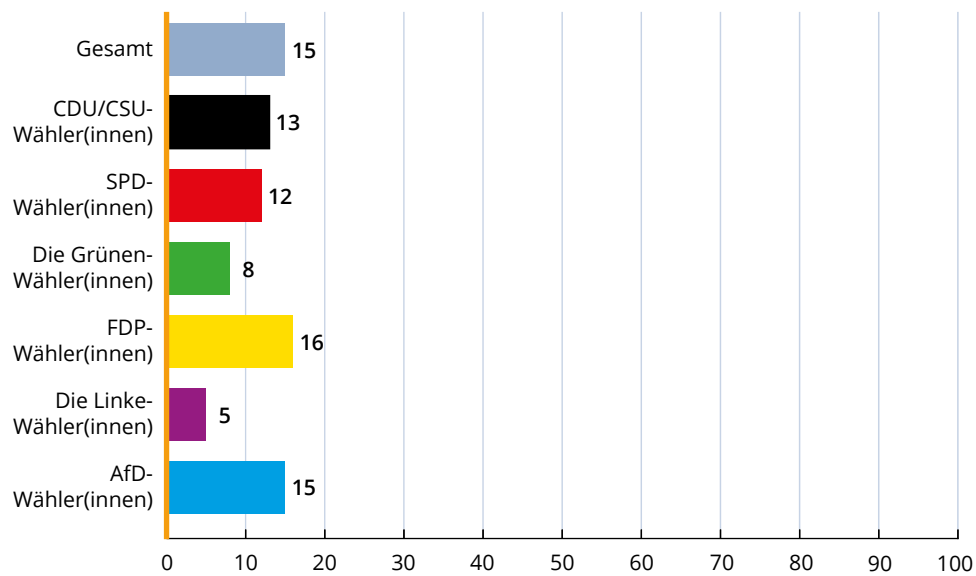


Quelle: Umfrage 1027 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent.

Frage: Geben Sie bitte nun zu den folgenden Dingen an, ob Ihnen diese sehr große, große, nicht so große oder keine Angst machen.

Vor einem kriegerischen Angriff auf Deutschland fürchtet sich in allen Parteianhängerschaften nur eine kleine Minderheit. Am geringsten ist der Anteil bei den Wählerinnen und Wählern der Grünen (8 Prozent) und der Linken (5 Prozent), am höchsten, aber immer noch im durchschnittlichen Bereich, unter den Anhängerinnen und Anhängern der FDP (16 Prozent) und der AfD (15 Prozent).

Abbildung 23: Bedrohungsfaktoren nach Wählerschaft: Kriegerischer Angriff auf Deutschland (Antworten „sehr große“ und „große Angst“)



Quelle: Umfrage 1027 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent.

Frage: Geben Sie bitte nun zu den folgenden Dingen an, ob Ihnen diese sehr große, große, nicht so große oder keine Angst machen.



Für multivariate Analysen wurde ein Teil der Bedrohungsfaktoren zu Indizes zusammengefasst.⁶ Der erste Index enthält außenpolitische Bedrohungen:⁷

- › Weltweites militärisches Wettrüsten
- › Kriegerischer Angriff auf Deutschland
- › Spannungen zwischen Europa und Russland
- › Spannungen zwischen Europa und China

Der zweite Index umfasst innenpolitische Bedrohungsfaktoren:⁸

- › Rechtsextremistischer Terroranschlag
- › Linksextremistischer Terroranschlag
- › Islamistischer Terroranschlag
- › Wirtschaftskrise
- › Folgen der Corona-Pandemie
- › Angriff auf die Versorgung, z. B. Stromversorgung

Die übrigen Items sind einzeln in die Analysen eingegangen. Neben den schon erwähnten Einflüssen der Demokratiezufriedenheit und des Geschlechts beeinflussen die innenpolitischen Bedrohungen, die Angst vor Zuwanderung sowie die Angst vor einem Ausspähen der Daten durch Hacker das persönliche Sicherheitsempfinden. Je größer die Angst vor diesen Bedrohungen ist, desto geringer fällt das persönliche Sicherheitsgefühl aus. Die außenpolitischen Bedrohungen, die Angst vor Fremdenfeindlichkeit, Fake News und dem Klimawandel haben hingegen keinen signifikanten Einfluss auf das persönliche Sicherheitsgefühl.

4 Die Wählergruppen werden anhand der sogenannten Sonntagsfrage gebildet.

5 Im Sicherheitsreport von Allensbach geben nur 54 Prozent an, der Klimawandel bereite ihnen große Sorgen (Institut für Allensbach 2021). Da die Frageformulierung deutlich von der Formulierung der vorliegenden Umfrage abweicht, sind die Werte nicht direkt vergleichbar.

6 Die hier verwendete Einteilung weicht von anderen Studien zur Bedrohungswahrnehmung ab, da teils unterschiedliche Bedrohungen erhoben wurden (s. z. B. Steinbrecher et al. 2021; Biehl/Rothbart 2018).

7 Cronbach's Alpha liegt bei 0,719.

8 Cronbach's Alpha liegt bei 0,752.

5

Sicherheitspolitische Grundeinstellungen

Die Haltung zu konkreten Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik wird unter anderem durch sicherheitspolitische Grundorientierungen geprägt. Dabei werden vier Grundeinstellungen angenommen (Mader 2015: 71):

1. Isolationismus versus Internationalismus: Heraushalten oder Beteiligung des eigenen Landes bei der Lösung internationaler Probleme,
2. Pazifismus versus Militarismus: grundsätzliche Haltung gegenüber dem Einsatz militärischer Mittel,
3. Unilateralismus versus Multilateralismus: Einstellung gegenüber der Zusammenarbeit des eigenen Landes mit (Partner-)Ländern,
4. Anti-Atlantizismus versus Atlantizismus: Haltung gegenüber der transatlantischen Partnerschaft, im Falle Deutschlands also gegenüber dem Verhältnis zu den USA.

Frühere Studien⁹ kommen zu dem Ergebnis, dass die „deutsche [...] Bevölkerung im Durchschnitt als anti-militaristisch, anti-atlantizistisch, multilateralistisch und internationalistisch bezeichne[t]“ werden kann (Steinbrecher et al. 2021: 59). In der Tendenz gilt das auch für die vorliegende Studie.

Beim Militarismus sind die Befragten dreigeteilt. 30 Prozent stimmen der Aussage „Es gibt Situationen, in denen man in anderen Ländern militärisch eingreifen muss“ voll und ganz oder eher zu. 32 Prozent stimmen dem teils-teils zu (grafisch nicht dargestellt), während 37 Prozent eher oder überhaupt nicht zustimmen. Ein knappes Drittel ist also eher militaristisch eingestellt, während etwas mehr als ein Drittel eine anti-militaristische Haltung zeigt.

Der Internationalismus wurde mit zwei entgegengesetzten Aussagen erhoben. Der ersten Aussage „Deutschland sollte sich in der Weltpolitik stärker engagieren“ stimmen 46 Prozent und damit fast jede und jeder Zweite voll und ganz oder eher zu. 28 Prozent stimmen teils-teils zu. Lediglich 15 Prozent stimmen der Aussage eher oder überhaupt nicht zu und sind eher isolationistisch eingestellt. Die zweite Aussage wurde entgegengesetzt formuliert, sodass eine Ablehnung der Aussage inhaltlich für eine internationalistische Grundorientierung steht, Zustimmung hingegen für eine isolationistische Haltung. Ein knappes Viertel stimmt der Aussage zu „Bei internationalen Konflikten sollte sich Deutschland grundsätzlich heraushalten“. Ein knappes Drittel stimmt dieser Aussage teils-teils zu. Eine internationalistische Haltung vertreten dagegen 43 Prozent, die der Aussage eher oder überhaupt nicht zustimmen.

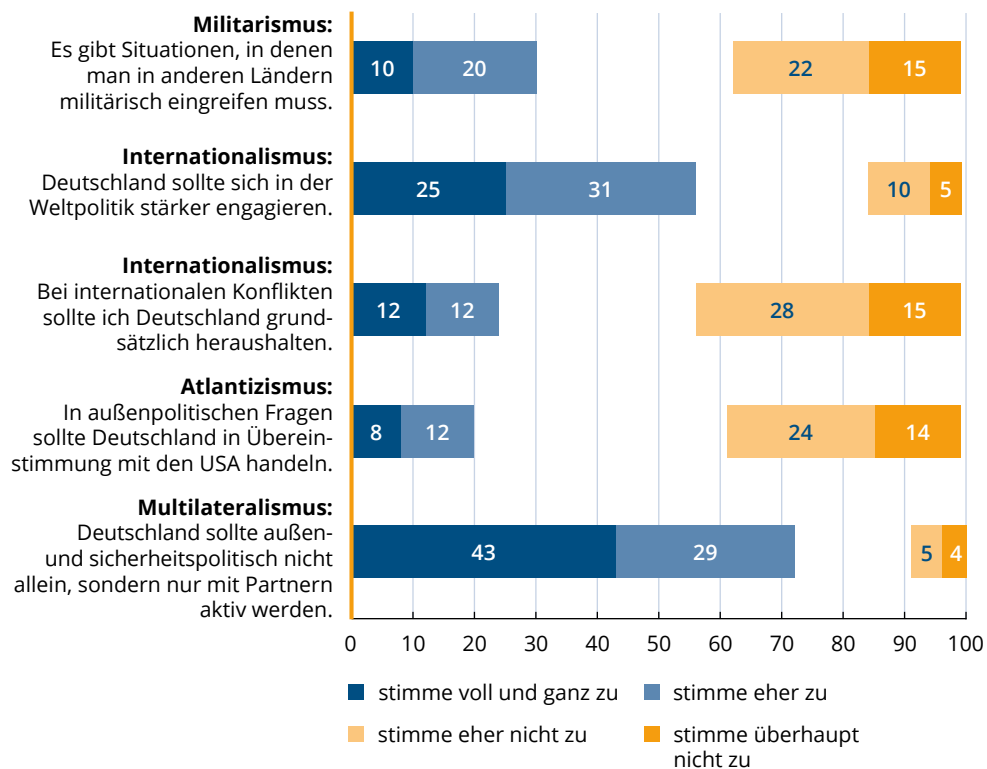
Ein Fünftel vertritt die Auffassung, Deutschland sollte in außenpolitischen Fragen in Übereinstimmung mit den USA handeln und gilt damit als atlantizistisch eingestellt.



41 Prozent stimmen dem teils-teils zu, wohingegen 38 Prozent eine anti-atlantizistische Haltung vertreten. Zum Zeitpunkt der Umfrage war Donald Trump als Präsident der USA zwar abgewählt, der Amtswechsel fiel jedoch genau in die Befragungszeit. Daher ist unklar, ob sich die Haltung zu den USA inzwischen verändert hat. Im zweiten Quartal 2016, also vor der Präsidentschaft von Donald Trump, stimmte noch ein gutes Drittel der Aussage zu, Deutschland solle in außenpolitischen Fragen in Übereinstimmung mit den USA handeln. Gleichzeitig meinten aber auch 78 Prozent, Deutschland sollte seine Interessen gegenüber den USA selbstbewusster vertreten (Steinbrecher et al. 2016: 35). Eine gewisse Zurückhaltung beim Atlantizismus zeigte sich also auch schon vor Trumps Amtszeit.

Dagegen ist der Multilateralismus weitverbreitet. Mit 72 Prozent meint eine deutliche Mehrheit, Deutschland sollte nicht allein, sondern nur mit Partnern aktiv werden. Lediglich 9 Prozent stimmen dem nicht zu und 19 Prozent stimmen teils-teils zu.

Abbildung 24: Sicherheitspolitische Grundorientierungen

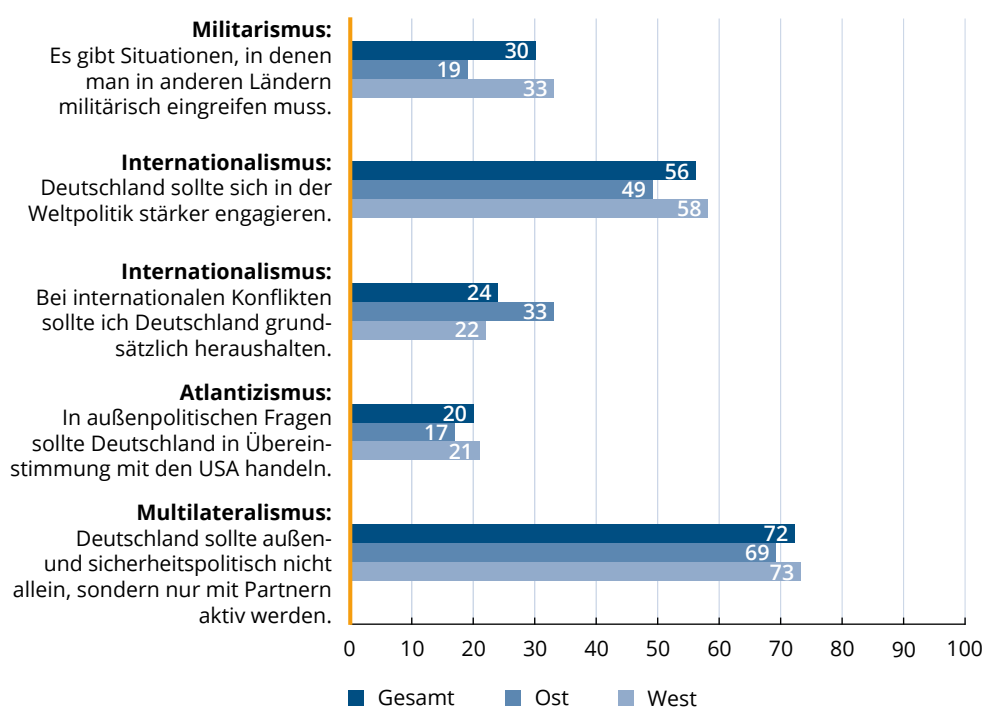


Quelle: Umfrage 1027 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent.
Fehlende Werte zu 100 Prozent „teils-teils“ und „weiß nicht/keine Angabe“.

Frage: Im Folgenden nenne ich Ihnen verschiedene Aussagen zur Außen- und Sicherheitspolitik. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie Ihnen voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils-teils zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

Westdeutsche sind militaristischer eingestellt als Ostdeutsche (33:19 Prozent). Zugleich stimmen Westdeutsche häufiger zu als Ostdeutsche, dass Deutschland sich in der Weltpolitik stärker engagieren sollte (58:49 Prozent). Entsprechend sind Westdeutsche auch seltener als Ostdeutsche der Meinung, Deutschland sollte sich bei internationalen Konflikten grundsätzlich heraushalten. Beim Atlantizismus und Multilateralismus unterscheiden sich Ost- und Westdeutsche nicht nennenswert voneinander.

Abbildung 25: Sicherheitspolitische Grundorientierungen nach Region
(Antworten „stimme voll und ganz/eher zu“)



Quelle: Umfrage 1027 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent.

Frage: Im Folgenden nenne ich Ihnen verschiedene Aussagen zur Außen- und Sicherheitspolitik. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie Ihnen voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils-teils zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

Die sicherheitspolitischen Grundorientierungen unterscheiden sich deutlich nach Parteianhänger-schaft. Die Anhänger-schaften der Grünen und der FDP sind tendenziell eher internationalistisch und multilateralistisch eingestellt. Die Wählerinnen und Wähler der AfD sind dagegen am seltensten militaristisch, stärker isolationistisch und unilateralistisch eingestellt. Die Wählerinnen und Wähler der Linken sind stark multilateralistisch geprägt. Die Anhänger-schaften der Union und der SPD liegen fast immer im Durchschnitt. Lediglich der Multilateralismus ist unter Unionswählerinnen und -wählern leicht überdurchschnittlich häufig vertreten.



Militarismus ist unter den Wählerinnen und Wählern der Grünen (37 Prozent) und der FDP (36 Prozent) am weitesten verbreitet. Dennoch stimmt auch hier nur ein gutes Drittel zu. Die größte Zurückhaltung in Bezug auf militärische Interventionen äußern dagegen die Wählerinnen und Wähler der AfD (10 Prozent) und der Linken (21 Prozent).

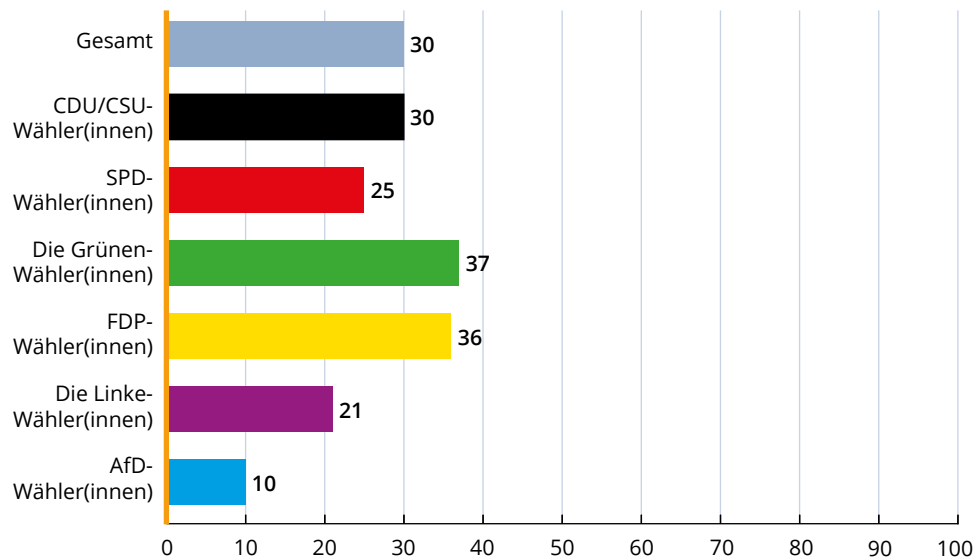
Mehr internationales Engagement wünschen sich ebenfalls vor allem die Anhängerschaften der Grünen (68 Prozent) und der FDP (66 Prozent). Am wenigsten Zustimmung bekommt ein stärkeres internationales Engagement Deutschlands unter den Wählerinnen und Wählern der AfD (33 Prozent).

Dazu passend vertreten AfD-Wählerinnen und -Wähler mit Abstand am häufigsten die Auffassung, Deutschland sollte sich bei internationalen Konflikten grundsätzlich heraushalten (61 Prozent). Auch unter Linken-Anhängerinnen und -Anhängern ist diese Sichtweise überdurchschnittlich stark verbreitet (36 Prozent). Nur unterdurchschnittliche Zustimmung bekommt die isolationistische Sichtweise dagegen bei den Wählerinnen und Wählern von Grünen (15 Prozent) und FDP (14 Prozent).

Eine überdurchschnittlich atlantizistische Grundorientierung findet sich lediglich bei den Anhängerinnen und Anhängern der FDP, von denen über ein Drittel ein gemeinsames außenpolitisches Vorgehen von Deutschland mit den USA befürwortet. Mehrheitsfähig ist diese Position aber auch hier nicht. Am geringsten ausgeprägt ist der Atlantizismus dagegen unter den Anhängerschaften der AfD (10 Prozent), der Linken (11 Prozent) und der Grünen (11 Prozent).

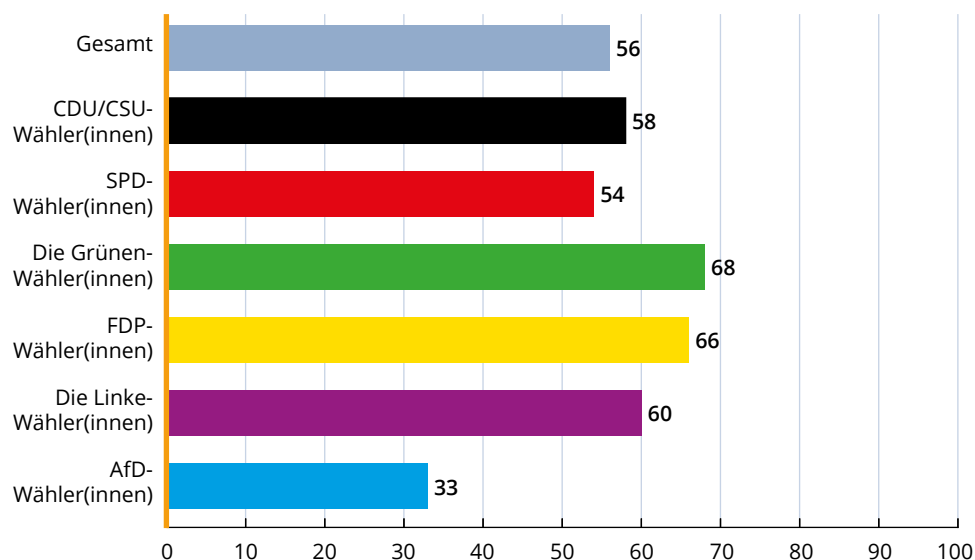
Auch der Multilateralismus findet sich überdurchschnittlich häufig unter den Wählerinnen und Wählern der FDP (85 Prozent). Aber auch die Anhängerschaften der Linken (81 Prozent), von CDU/CSU (77 Prozent) sowie der Grünen (76 Prozent) sind überdurchschnittlich multilateralistisch geprägt. Größere Zurückhaltung gibt es dagegen bei den Wählerinnen und Wählern der AfD, von denen mit 43 Prozent nicht einmal die Hälfte möchte, dass Deutschland außen- und sicherheitspolitisch nur mit Partnern aktiv wird.

Abbildung 26: Sicherheitspolitische Grundorientierung nach Wählerschaft: Militarismus: „Es gibt Situationen, in denen man in anderen Ländern militärisch eingreifen muss“ (Antworten „stimme voll und ganz/eher zu“)



Quelle: Umfrage 1027 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent.
 Frage: Im Folgenden nenne ich Ihnen verschiedene Aussagen zur Außen- und Sicherheitspolitik. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie Ihnen voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils-teils zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

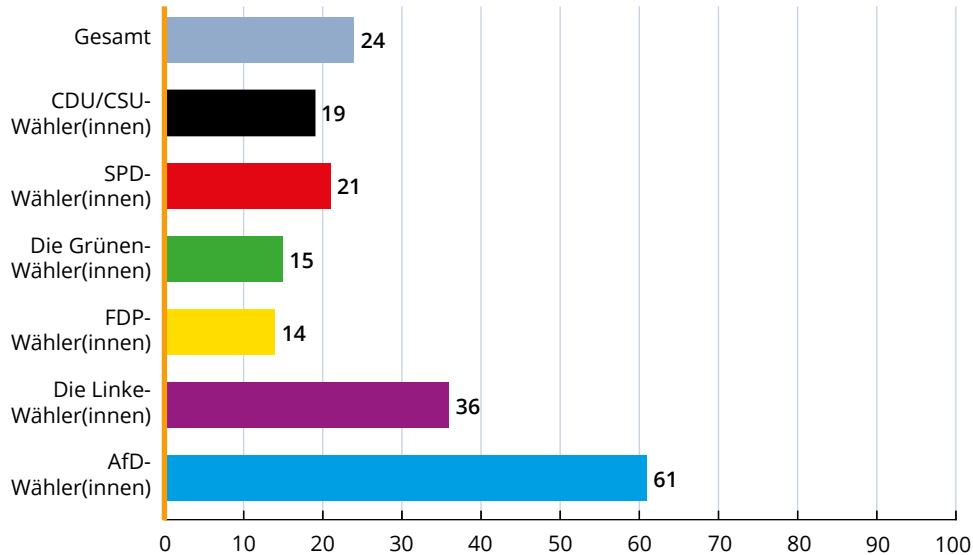
Abbildung 27: Sicherheitspolitische Grundorientierung nach Wählerschaft: Internationalismus: „Deutschland sollte sich in der Weltpolitik stärker engagieren“ (Antworten „stimme voll und ganz/eher zu“)



Quelle: Umfrage 1027 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent.
 Frage: Im Folgenden nenne ich Ihnen verschiedene Aussagen zur Außen- und Sicherheitspolitik. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie Ihnen voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils-teils zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.



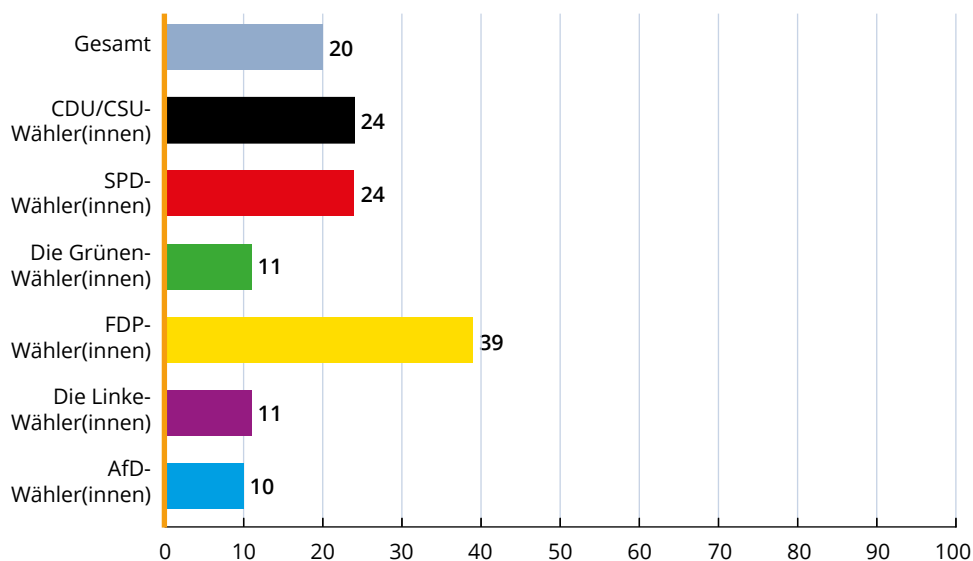
Abbildung 28: Sicherheitspolitische Grundorientierung nach Wählerschaft: Internationalismus: „Bei internationalen Konflikten sollte Deutschland sich grundsätzlich heraushalten“ (Antworten „stimme voll und ganz/eher zu“)



Quelle: Umfrage 1027 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent.

Frage: Im Folgenden nenne ich Ihnen verschiedene Aussagen zur Außen- und Sicherheitspolitik. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie Ihnen voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils-teils zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

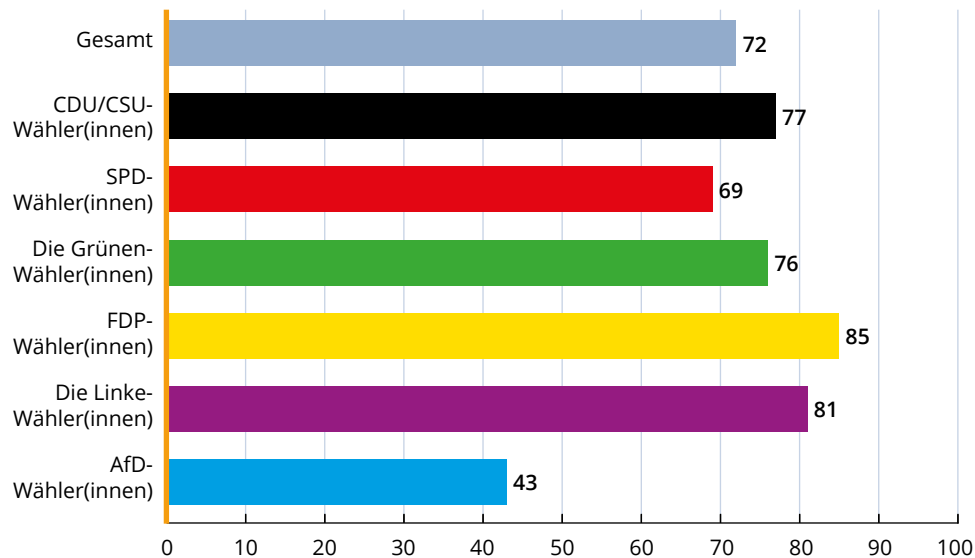
Abbildung 29: Sicherheitspolitische Grundorientierung nach Wählerschaft: Atlantizismus: „In außenpolitischen Fragen sollte Deutschland in Übereinstimmung mit den USA handeln“ (Antworten „stimme voll und ganz/eher zu“)



Quelle: Umfrage 1027 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent.

Frage: Im Folgenden nenne ich Ihnen verschiedene Aussagen zur Außen- und Sicherheitspolitik. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie Ihnen voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils-teils zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

Abbildung 30: Sicherheitspolitische Grundorientierung nach Wählerschaft: Multilateralismus: „Deutschland sollte außen- und sicherheitspolitisch nicht allein, sondern nur mit Partnern aktiv werden“ (Antworten „stimme voll und ganz/eher zu“)



Quelle: Umfrage 1027 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent.

Frage: Im Folgenden nenne ich Ihnen verschiedene Aussagen zur Außen- und Sicherheitspolitik. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie Ihnen voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils-teils zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

Für das persönliche Sicherheitsempfinden ist in multivariaten Analysen lediglich der Multilateralismus von Bedeutung. Eine stärker multilateralistische Grundorientierung geht mit einem höheren persönlichen Sicherheitsgefühl einher. Die anderen Grundorientierungen weisen bei Kontrolle anderer relevanter Faktoren keinen signifikanten Einfluss darauf auf, wie sicher die Menschen sich fühlen.

9 Frühere Studien verwenden zum Teil andere Itemformulierungen und mehr als ein Item pro Grundhaltung (Mader 2015; Steinbrecher et al. 2021). Da die Items jedoch keine reliable Skala bilden, sondern für die weitere Analyse teils einzeln verwendet werden (Steinbrecher et al. 2021: 63), wurde für die vorliegende Studie lediglich der Internationalismus mit zwei Items erhoben, alle anderen Dimensionen mit einem Item.

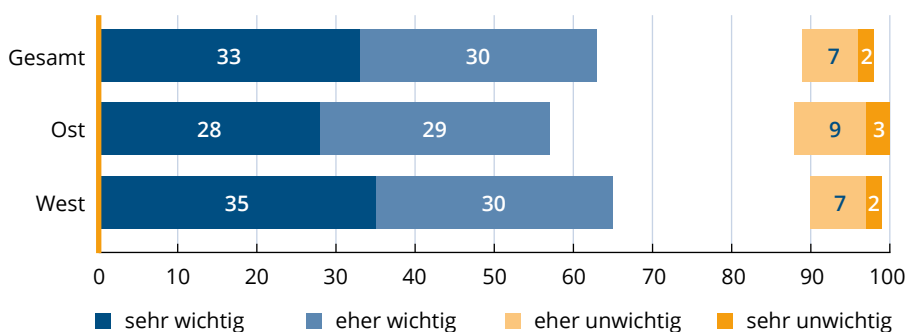


Einstellungen zu Bundeswehr und Verteidigung

Die Bundeswehr unterstützt im Inland immer wieder zivile Strukturen bei der Bewältigung von Naturkatastrophen wie Hochwasser. Auch im Zuge der Corona-Pandemie war die Bundeswehr unterstützend tätig und sichtbar. Auf die wahrgenommene Bedeutung der Bundeswehr hat sich das aber eher nicht ausgewirkt. Zwar meint eine deutliche Mehrheit von 63 Prozent, die Bundeswehr sei sehr wichtig oder eher wichtig für Deutschland, der Anteil ist aber etwas niedriger als in früheren Untersuchungen des ZMSBw, in denen zwischen 70 und 79 Prozent die Bundeswehr als sehr oder eher wichtig ansahen (s. exemplarisch Steinbrecher et al. 2021: 128). Die Unterschiede zwischen der vorliegenden Studie und den Befunden des ZMSBw können allerdings durch unterschiedliche Erhebungsmethoden hervorgerufen worden sein (telefonisch versus face-to-face) und sollten daher nicht überinterpretiert werden.

Westdeutsche halten die Bundeswehr im Mittel für etwas wichtiger als Ostdeutsche. 65 Prozent der Westdeutschen und 57 Prozent der Ostdeutschen meinen, die Bundeswehr sei sehr oder eher wichtig. Dafür geben Westdeutsche seltener „teils-teils“ an (grafisch nicht dargestellt). Der Anteil an Befragten, die die Bundeswehr als eher oder sehr unwichtig empfinden, ist dagegen in Ost und West ähnlich hoch.

Abbildung 31: Bedeutung der Bundeswehr nach Region

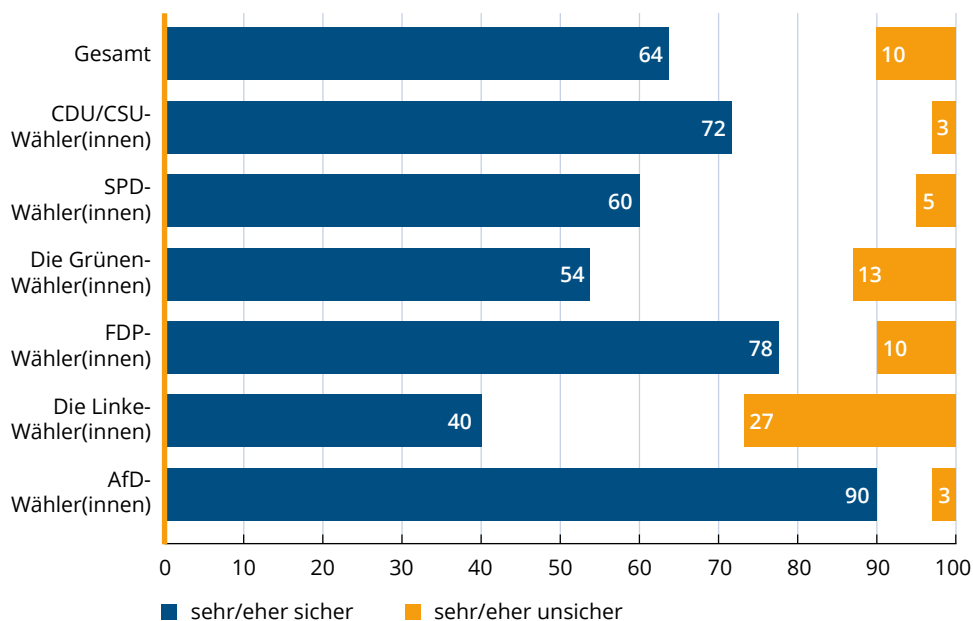


Quelle: Umfrage 1027 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent.
Fehlende Werte zu 100 Prozent „teils-teils“ und „weiß nicht/keine Angabe“.
Frage: Wie wichtig ist die Bundeswehr Ihrer Meinung nach für Deutschland?

Die Bedeutung der Bundeswehr wird in den verschiedenen Parteienanhängerschaften unterschiedlich wahrgenommen. Für besonders wichtig erachten die Anhängerinnen und Anhänger der AfD die Bundeswehr. 90 Prozent der AfD-Wählerinnen und -Wähler halten die Bundeswehr für sehr oder eher wichtig. Auch unter den Anhängerschaften der FDP (78 Prozent) und CDU/CSU (72 Prozent) liegt die Wichtigkeit der Bundeswehr über dem Durchschnitt. Unterdurchschnittlich häufig meinen die Wählerinnen und Wähler der Grünen (54 Prozent) sowie der Linken (40 Prozent), die Bundeswehr sei

wichtig für Deutschland. Zudem finden sich unter den Anhängerinnen und Anhängern der Linken besonders viele Befragte, die die Bundeswehr als eher oder sehr unwichtig erachten (27 Prozent).

Abbildung 32: Bedeutung der Bundeswehr nach Wählerschaft



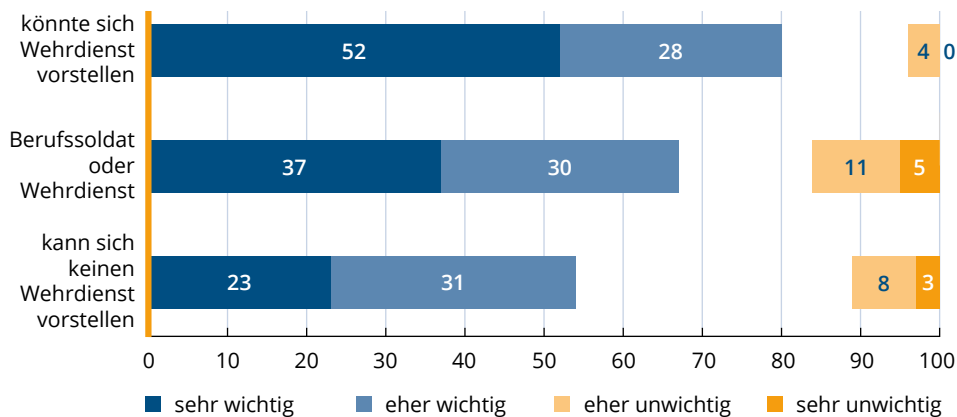
Quelle: Umfrage 1027 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „teils-teils“ und „weiß nicht/keine Angabe“.
Frage: Wie wichtig ist die Bundeswehr Ihrer Meinung nach für Deutschland?

Die Bedeutung der Bundeswehr unterscheidet sich auch danach, ob jemand als Berufssoldat bzw. zum Wehrdienst bei der Bundeswehr ist oder war, ob er oder sie sich zumindest vorstellen könnte, Wehrdienst zu leisten oder ob beides nicht zutrifft.¹⁰ Die meiste Bedeutung messen Personen der Bundeswehr bei, die zwar selbst nicht bei der Bundeswehr sind oder waren, sich aber Wehrdienst hätten vorstellen können. Erst danach folgen Befragte, die selbst als Berufssoldat bei der Bundeswehr sind oder waren bzw. Wehrdienst geleistet haben. Die geringste Bedeutung der Bundeswehr sehen Befragte, die weder bei der Bundeswehr sind/waren noch sich Wehrdienst vorstellen können.

In der Gruppe derjenigen, die nicht bei der Bundeswehr waren, sich aber Wehrdienst hätten vorstellen können, halten 52 Prozent die Bundeswehr für sehr wichtig und weitere 28 Prozent für eher wichtig. Nur 4 Prozent geben an, die Bundeswehr sei eher oder sehr unwichtig. Befragte, die bei der Bundeswehr sind oder waren, halten die Bundeswehr zu 37 Prozent für sehr wichtig und zu 30 Prozent für eher wichtig. 16 Prozent sind dagegen der Meinung, die Bundeswehr sei eher oder sehr unwichtig. Von denjenigen, die weder bei der Bundeswehr waren oder sind noch sich hätten vorstellen können, Wehrdienst zu leisten, halten 23 Prozent die Bundeswehr für sehr wichtig, weitere 31 Prozent für eher wichtig. Auch in dieser Gruppe fällt mit 11 Prozent der Anteil an Befragten gering aus, die die Bundeswehr für eher oder sehr unwichtig halten. Statt-

dessen gibt es in dieser Gruppe besonders viele Personen, die die Bundeswehr teils teils wichtig finden (35 Prozent; grafisch nicht dargestellt).

Abbildung 33: Bedeutung der Bundeswehr nach Erfahrung mit bzw. Bereitschaft zu Wehrdienst



Quelle: Umfrage 1027 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent.

Fehlende Werte zu 100 Prozent „teils-teils“ und „weiß nicht/keine Angabe“.

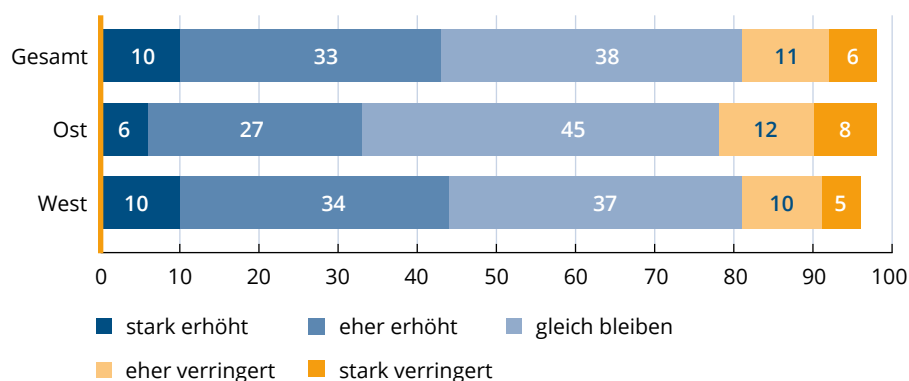
Fragen: Wie wichtig ist die Bundeswehr Ihrer Meinung nach für Deutschland? Sind oder waren Sie selbst Berufssoldat? Oder haben Sie früher einmal Wehrdienst geleistet? Und hätten Sie sich vorstellen können, Wehrdienst zu leisten?

In multivariaten Analysen zeigt sich einmal mehr, dass die Region (Ost/West) keinen signifikanten Einfluss ausübt, wenn andere Merkmale berücksichtigt werden. Dagegen übt das formale Bildungsniveau einen Einfluss auf die wahrgenommene Bedeutung der Bundeswehr aus. Menschen mit einem hohen formalen Bildungsabschluss schätzen die Wichtigkeit der Bundeswehr signifikant niedriger ein als Menschen mit einem niedrigen oder mittleren formalen Bildungsabschluss. Auch die sicherheitspolitischen Grundorientierungen können einen Teil der wahrgenommenen Bedeutung der Bundeswehr erklären. Je stärker Menschen militaristisch, internationalistisch und multilateralistisch eingestellt sind, desto wichtiger ist ihrer Meinung nach die Bundeswehr für Deutschland.

Neben der Bedeutung der Bundeswehr stellt sich auch die Frage, wie gut soll die Bundeswehr finanziell ausgestattet sein. Dass die Verteidigungsausgaben stark oder eher erhöht werden sollen, meinen 43 Prozent der Befragten. 38 Prozent finden, sie sollten gleich bleiben. Lediglich 17 Prozent sind der Meinung, die Ausgaben für die Verteidigung sollten in Zukunft stark oder eher verringert werden.

Zwischen Ost- und Westdeutschland gibt es gewisse Unterschiede. Westdeutsche vertreten häufiger als Ostdeutsche die Auffassung, die Verteidigungsausgaben sollten erhöht werden (44:33 Prozent). Dafür sind Westdeutsche seltener als Ostdeutsche der Meinung, die Ausgaben sollten gleich bleiben (37:45 Prozent) oder verringert werden (15:20 Prozent).

Abbildung 34: Zukünftige Verteidigungsausgaben nach Region



Quelle: Umfrage 1027 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent.

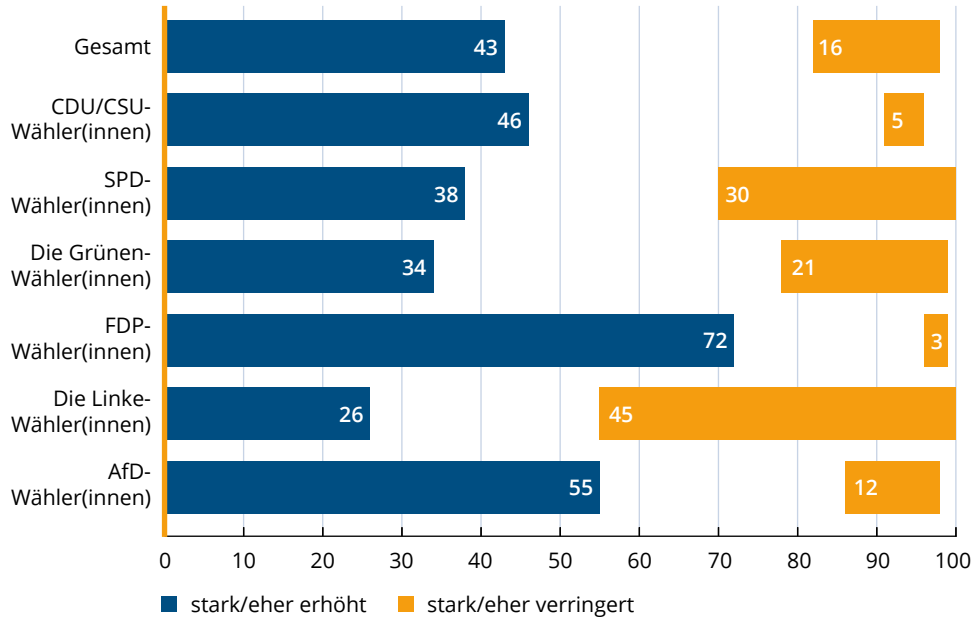
Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.

Frage: Was meinen Sie, sollten Deutschlands Ausgaben für die Verteidigung in Zukunft stark erhöht werden, eher erhöht werden, gleich bleiben, eher verringert oder stark verringert werden?

Unter den Parteianhängerschaften fallen die Wählerinnen und Wähler der FDP und der AfD mit einer überdurchschnittlichen Befürwortung einer Erhöhung der Ausgaben auf. 72 Prozent der FDP-Wählerinnen und -Wähler sowie 55 Prozent der AfD-Wählerinnen und -Wähler sprechen sich dafür aus, die Verteidigungsausgaben zu erhöhen. Eine unterdurchschnittliche Zustimmung findet sich bei den Wählerinnen und Wählern der SPD (38 Prozent), der Grünen (34 Prozent) und der Linken (26 Prozent). In diesen Gruppen gibt es gleichzeitig überdurchschnittlich viele Befragte, die sich für eine Verringerung der Verteidigungsausgaben aussprechen.

Wenig überraschend gibt es einen Zusammenhang zwischen der wahrgenommenen Bedeutung der Bundeswehr und der Haltung zu zukünftigen Verteidigungsausgaben. Je wichtiger die Bundeswehr eingeschätzt wird, desto eher tendieren die Menschen dazu, dass die Ausgaben erhöht werden sollten. Zudem befürworten Menschen mit einer militaristischen Grundhaltung eher eine Erhöhung der Ausgaben.

Abbildung 35: Zukünftige Verteidigungsausgaben nach Wählerschaft



Quelle: Umfrage 1027 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent.
Fehlende Werte zu 100 Prozent „gleich bleiben“ und „weiß nicht/keine Angabe“.
Frage: Was meinen Sie, sollten Deutschlands Ausgaben für die Verteidigung in Zukunft stark erhöht werden, eher erhöht werden, gleich bleiben, eher verringert oder stark verringert werden?

10 23 Prozent der Befragten geben an, als Berufssoldat bei der Bundeswehr zu sein oder früher gewesen zu sein oder Wehrdienst geleistet zu haben. 25 Prozent waren oder sind zwar selbst nicht bei der Bundeswehr, hätten sich aber vorstellen können, Wehrdienst zu leisten. 52 Prozent der Befragten sind und waren nicht bei der Bundeswehr und hätten sich auch nicht vorstellen können, Wehrdienst zu leisten.



Einstellungen zur internationalen Rolle Deutschlands

Deutschland ist Teil von internationalen Bündnissen, wie z. B. der NATO, in deren Rahmen außenpolitisches Engagement erwartet wird. Die Bundeswehr ist entsprechend an verschiedenen Auslandseinsätzen beteiligt. In der Corona-Pandemie hat Deutschland zudem immer wieder andere Länder auf vielfältige Weise unterstützt, beispielsweise mit der Aufnahme von Patientinnen und Patienten oder der Lieferung von Sauerstoff. Die Konrad-Adenauer-Stiftung wollte daher zum einen wissen, wie die Deutschen Deutschlands Rolle in der Welt wahrnehmen. Zum anderen wurde untersucht, wie die Zusammenarbeit mit verschiedenen Partnerländern wahrgenommen wird.

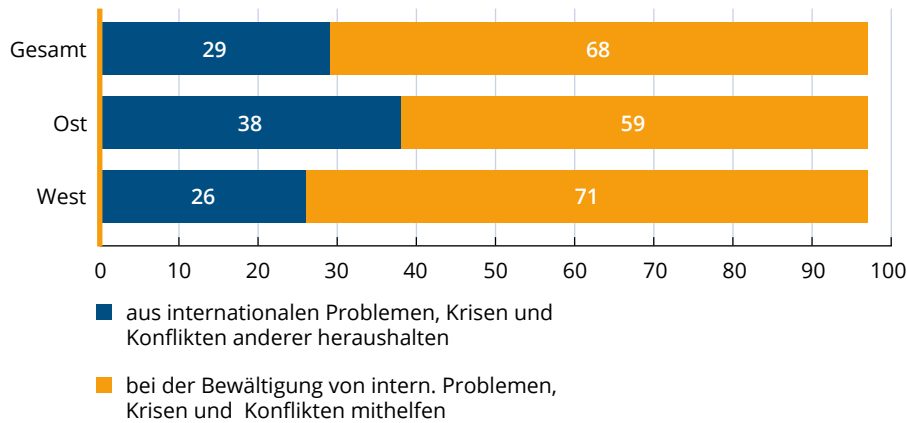
7.1 Internationales Engagement Deutschlands

Partnerländer wie beispielsweise Frankreich oder die USA erwarten von Deutschland immer wieder Engagement bei internationalen Krisen. Eine Beteiligung Deutschlands an der internationalen Politik findet auch in der deutschen Bevölkerung breiten Rückhalt. Gut zwei Drittel meinen, Deutschland sollte eher eine aktive Politik verfolgen und bei der Bewältigung von internationalen Problemen, Krisen und Konflikten mithelfen. Lediglich eine Minderheit von weniger als einem Drittel vertritt die Gegenposition, dass Deutschland sich eher auf die Bewältigung der eigenen Probleme konzentrieren und sich aus internationalen Problemen, Krisen und Konflikten heraushalten sollte.¹¹

In Westdeutschland fällt die Unterstützung für eine aktive Außenpolitik höher aus als in Ostdeutschland. 71 Prozent der West- gegenüber 59 Prozent der Ostdeutschen sprechen sich dafür aus, dass Deutschland bei internationalen Krisen mithelfen sollte.



Abbildung 36: Einstellung zu Deutschlands internationalem Engagement nach Region

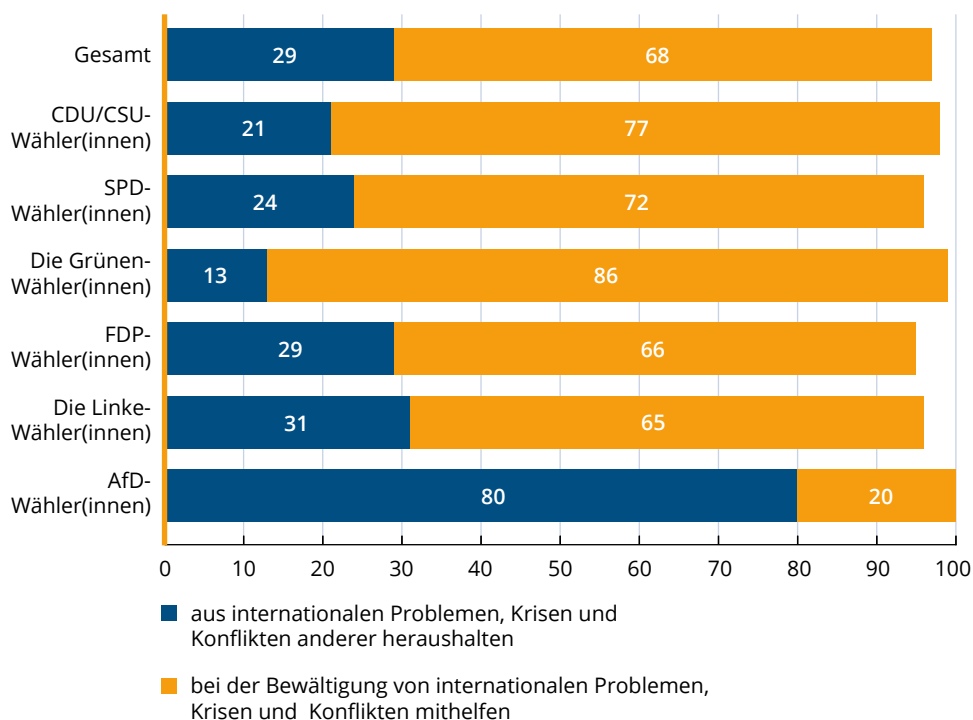


Quelle: Umfrage 1027 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent.
Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.

Frage: Was meinen Sie: Wie sollte sich Deutschland in der internationalen Politik am ehesten verhalten? Antworten: „Deutschland sollte eher eine aktive Politik verfolgen und bei der Bewältigung von internationalen Problemen, Krisen und Konflikten mithelfen“, „Deutschland sollte sich eher auf die Bewältigung der eigenen Probleme konzentrieren und sich aus internationalen Problemen, Krisen und Konflikten anderer heraushalten“.

Auch zwischen den Parteianhängerschaften gibt es gewisse Unterschiede. Die Wählerinnen und Wähler der Grünen (86 Prozent) und der Union (77 Prozent) befürworten überdurchschnittlich häufig eine aktive Außenpolitik, während die Wählerschaften der SPD (72 Prozent), der FDP (66 Prozent) und der Linken (65 Prozent) nur geringfügig vom Gesamtdurchschnitt abweichen. Einzig bei den Wählerinnen und Wählern der AfD spricht sich lediglich eine Minderheit von 20 Prozent für eine aktive Rolle Deutschlands aus. Eine deutliche Mehrheit von 80 Prozent der AfD-Wählerschaft befürwortet dagegen, dass Deutschland sich auf seine eigenen Probleme konzentriert und sich aus internationalen Krisen heraushält.

Abbildung 37: Einstellung zu Deutschlands internationalem Engagement nach Wählerschaft



Quelle: Umfrage 1027 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent.
Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.

Frage: Was meinen Sie: Wie sollte sich Deutschland in der internationalen Politik am ehesten verhalten? Antworten: „Deutschland sollte eher eine aktive Politik verfolgen und bei der Bewältigung von internationalen Problemen, Krisen und Konflikten mithelfen“, „Deutschland sollte sich eher auf die Bewältigung der eigenen Probleme konzentrieren und sich aus internationalen Problemen, Krisen und Konflikten anderer heraushalten“.

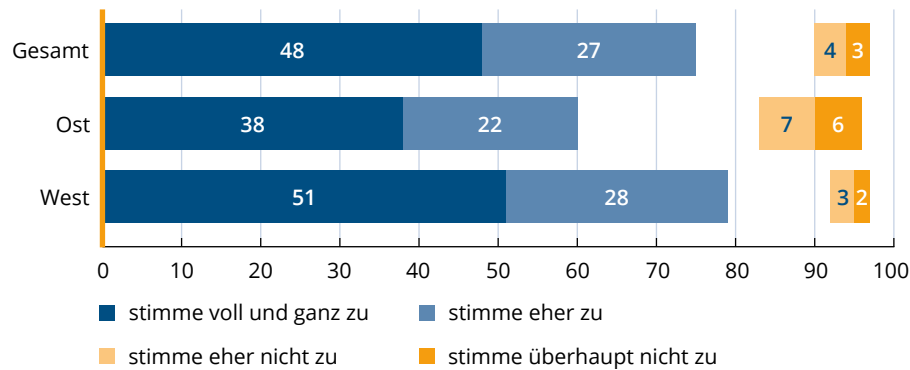
7.2 Deutschlands internationale Zusammenarbeit

Insgesamt zeigt sich bei den Einstellungen zur internationalen Zusammenarbeit ein durchgehender Ost-West-Unterschied. In Westdeutschland ist die Nähe und positive Einstellung zu den USA weiterverbreitet als in Ostdeutschland, während Ostdeutsche sich häufiger positiv und verständnisvoll über Russland äußern als Westdeutsche.

Das spiegelt sich auch in der Haltung zur Mitgliedschaft in der NATO, die grundsätzlich auf eine hohe Zustimmung stößt. Drei Viertel stimmen voll und ganz oder eher zu, dass die Mitgliedschaft in der NATO Deutschlands Sicherheit erhöht. Nur eine verschwindend geringe Minderheit von 7 Prozent stimmt dem nicht zu. Westdeutsche stehen der NATO positiver gegenüber als Ostdeutsche (79:60 Prozent).



Abbildung 38: Einstellung zur Mitgliedschaft in der NATO nach Region



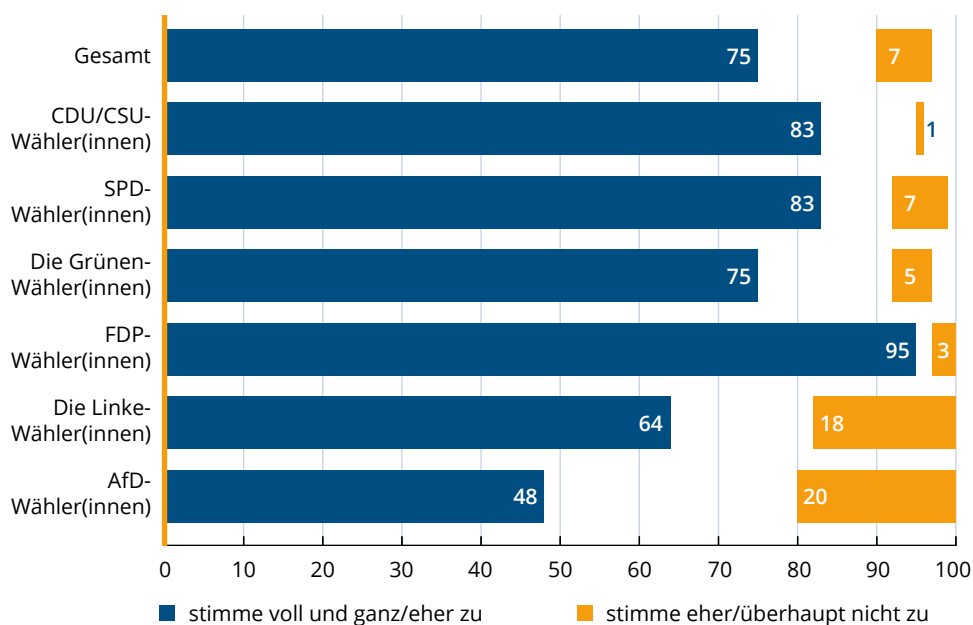
Quelle: Umfrage 1027 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent.

Fehlende Werte zu 100 Prozent „teils-teils“ und „weiß nicht/keine Angabe“.

Frage: Im Folgenden nenne ich Ihnen verschiedene Aussagen zur Außen- und Sicherheitspolitik. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie ihnen voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils-teils zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen. „Die Mitgliedschaft in der NATO erhöht Deutschlands Sicherheit.“

Unter den Parteianhängerschaften gibt es deutliche Differenzen in ihrer Haltung zur NATO-Mitgliedschaft. Die Überzeugung, die Mitgliedschaft in der NATO erhöhe Deutschlands Sicherheit, ist unter den Wählerinnen und Wählern der FDP besonders verbreitet. 95 Prozent stimmen dem voll und ganz oder eher zu. Aber auch die Anhängerschaften der CDU/CSU (83 Prozent) und der SPD (83 Prozent) nehmen die NATO überdurchschnittlich häufig als Sicherheitsgarant wahr. Unterdurchschnittlich fällt dagegen die Zustimmung zur Erhöhung der Sicherheit durch die NATO unter den Wählerinnen und Wählern der Linken (64 Prozent) und vor allem der AfD (48 Prozent) aus. Damit ist die AfD-Wählerschaft mit Abstand am wenigsten überzeugt, die NATO erhöhe Deutschlands Sicherheit.

Abbildung 39: Einstellung zur Mitgliedschaft in der NATO nach Wählerschaft



Quelle: Umfrage 1027 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent.

Fehlende Werte zu 100 Prozent „teils-teils“ und „weiß nicht/keine Angabe“.

Frage: Im Folgenden nenne ich Ihnen verschiedene Aussagen zur Außen- und Sicherheitspolitik. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie ihnen voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils-teils zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen. „Die Mitgliedschaft in der NATO erhöht Deutschlands Sicherheit.“

7.2.1 Sicherheitspolitische Zusammenarbeit

Im internationalen Kontext gibt es sehr unterschiedliche mögliche Partnerländer. Die sicherheitspolitische Grundorientierung des Atlantizismus steht für eine Zusammenarbeit mit den USA, aber es gibt natürlich auch andere mögliche Kooperationspartner. In der vorliegenden Studie wurde für sechs Partnerländer abgefragt, wie eng Deutschland mit ihnen sicherheitspolitisch zusammenarbeiten soll.

Auf Platz eins der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit befindet sich Frankreich. Fast jede und jeder Zweite meint, Deutschland sollte sicherheitspolitisch sehr eng mit Frankreich zusammenarbeiten. Hinzu kommen weitere 43 Prozent, die eine enge Zusammenarbeit mit Frankreich bevorzugen. Insgesamt sprechen sich damit 92 Prozent für eine sehr enge oder enge Zusammenarbeit mit Deutschlands direktem Nachbarland Frankreich aus.

Mit großem Abstand folgen die USA auf Platz zwei. Ein knappes Fünftel wünscht sich eine sehr enge und weitere 55 Prozent eine enge Zusammenarbeit. Insgesamt befürworten also drei Viertel, dass Deutschland mit den USA sicherheitspolitisch eng oder sehr eng zusammenarbeitet.



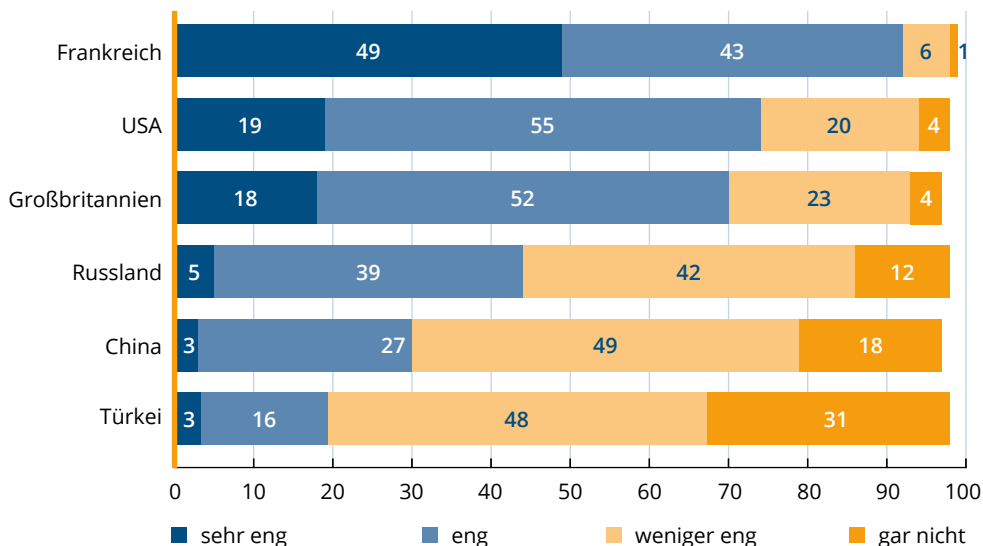
Ähnlich hoch fällt der Anteil bei Großbritannien aus. 18 Prozent wünschen sich eine sehr enge und 52 Prozent eine enge sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit Großbritannien.

Deutlich geringer fällt die Zustimmung zu einer Zusammenarbeit mit Russland im Bereich Sicherheitspolitik aus. Lediglich 5 Prozent wünschen sich eine sehr enge sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit Russland. Zusätzlich möchten 39 Prozent, dass Deutschland eng mit Russland zusammenarbeitet. In der Summe spricht sich damit weniger als die Hälfte der Deutschen für eine enge oder sehr enge sicherheitspolitische Kooperation mit Russland aus. Stattdessen wünschen sich 42 Prozent eine weniger enge Zusammenarbeit.

Auch eine Kooperation mit China ist weniger beliebt. 3 Prozent sprechen sich für eine sehr enge und 27 Prozent für eine enge Zusammenarbeit mit China aus. Knapp jede und jeder Zweite möchte dagegen, dass Deutschland weniger eng mit China kooperiert.

Am wenigsten wünschen sich die Menschen eine sicherheitspolitische Kooperation mit der Türkei. Nur knapp ein Fünftel möchte, dass Deutschland sehr eng oder eng mit der Türkei zusammenarbeitet. Fast die Hälfte spricht sich für eine weniger enge Zusammenarbeit aus und ein knappes Drittel möchte sogar, dass Deutschland sicherheitspolitisch gar nicht mit der Türkei kooperiert.

Abbildung 40: Sicherheitspolitische Zusammenarbeit



Quelle: Umfrage 1027 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent.

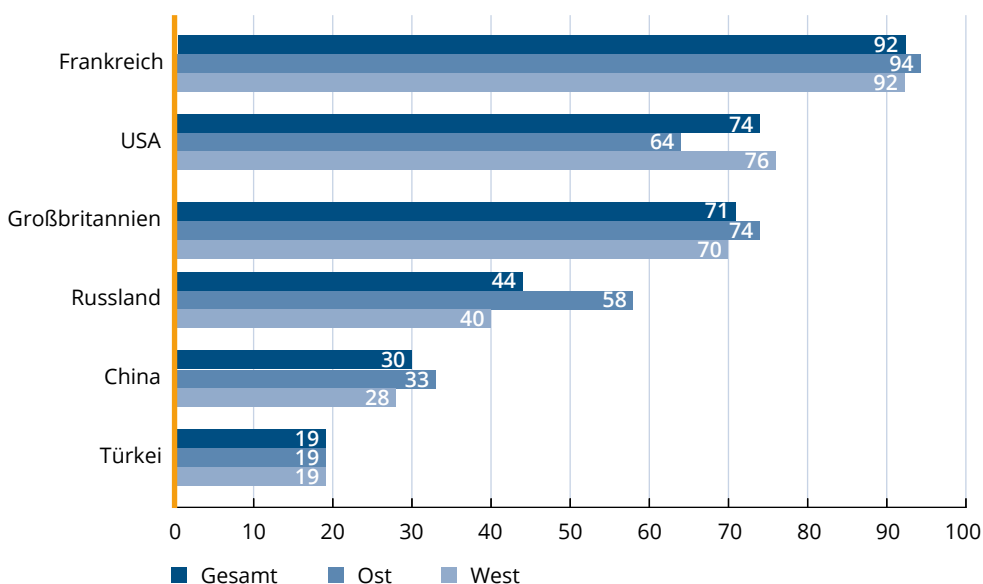
Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“ und „kann ich aufgrund der aktuellen Situation nicht entscheiden“ (nur USA).

Frage: Ich nenne Ihnen jetzt einige Länder. Bitte geben Sie jeweils an, wie eng Deutschland aus Ihrer Sicht mit diesen sicherheitspolitisch zusammenarbeiten sollte. Wie ist das mit ...? Sollte Deutschland mit ... sicherheitspolitisch sehr eng, eng, weniger eng oder gar nicht zusammenarbeiten?

Ost- und Westdeutsche unterscheiden sich vor allem bei der Haltung zur sicherheitspolitischen Zusammenarbeit mit den USA und Russland. Geringere Unterschiede gibt es bei der Einschätzung zu China und Großbritannien. Die Einstellung zu einer Kooperation mit Frankreich und der Türkei unterscheidet sich hingegen nicht zwischen Ost- und Westdeutschen.

Westdeutsche sprechen sich deutlich häufiger als Ostdeutsche für eine enge oder sehr enge sicherheitspolitische Kooperation mit den USA aus (76:64 Prozent), wünschen sich aber deutlich seltener eine (sehr) enge Zusammenarbeit mit Russland (40:58 Prozent). Auch eine enge oder sehr enge Zusammenarbeit mit Großbritannien (70:74 Prozent) und China (28:33 Prozent) wird von Westdeutschen geringfügig seltener befürwortet als von Ostdeutschen.

Abbildung 41: Sicherheitspolitische Zusammenarbeit nach Region
(Antworten „sehr eng“ und „eng“)



Quelle: Umfrage 1027 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent.

Frage: Ich nenne Ihnen jetzt einige Länder. Bitte geben Sie jeweils an, wie eng Deutschland aus Ihrer Sicht mit diesen sicherheitspolitisch zusammenarbeiten sollte. Wie ist das mit ...? Sollte Deutschland mit ... sicherheitspolitisch sehr eng, eng, weniger eng oder gar nicht zusammenarbeiten?

Wie schon bei einigen anderen Einstellungen gibt es auch bei möglichen sicherheitspolitischen Partnerländern deutliche Unterschiede zwischen den Parteianhängerschaften. Eine (sehr) enge Zusammenarbeit mit Frankreich wünschen sich die Anhängerinnen und Anhänger der Union (97 Prozent), der FDP (98 Prozent) und der Linken (98 Prozent) überdurchschnittlich häufig, während die AfD-Anhängerschaft (88 Prozent) das etwas seltener so sieht.

Eine (sehr) enge Kooperation mit den USA im Bereich Sicherheitspolitik wird vor allem von den Wählerinnen und Wählern der Union (85 Prozent), der FDP (85 Prozent) sowie



der SPD (82 Prozent) gewünscht. Die Anhängerschaften der Linken (52 Prozent) und der AfD (53 Prozent) sind dagegen zurückhaltender und sprechen sich deutlich unterdurchschnittlich für eine enge oder sehr enge Kooperation mit den USA aus. Im Vergleich zu den Union-, FDP- und SPD-Anhängerschaften sind das etwa 30 Prozentpunkte weniger bei den Wählerinnen und Wählern der Linken und der AfD. Diese beiden Anhängerschaften waren (zusammen mit den Wählerinnen und Wählern der Grünen) auch besonders zurückhaltend beim Atlantizismus, sodass die Haltung zu einer Zusammenarbeit mit den USA nicht überrascht.

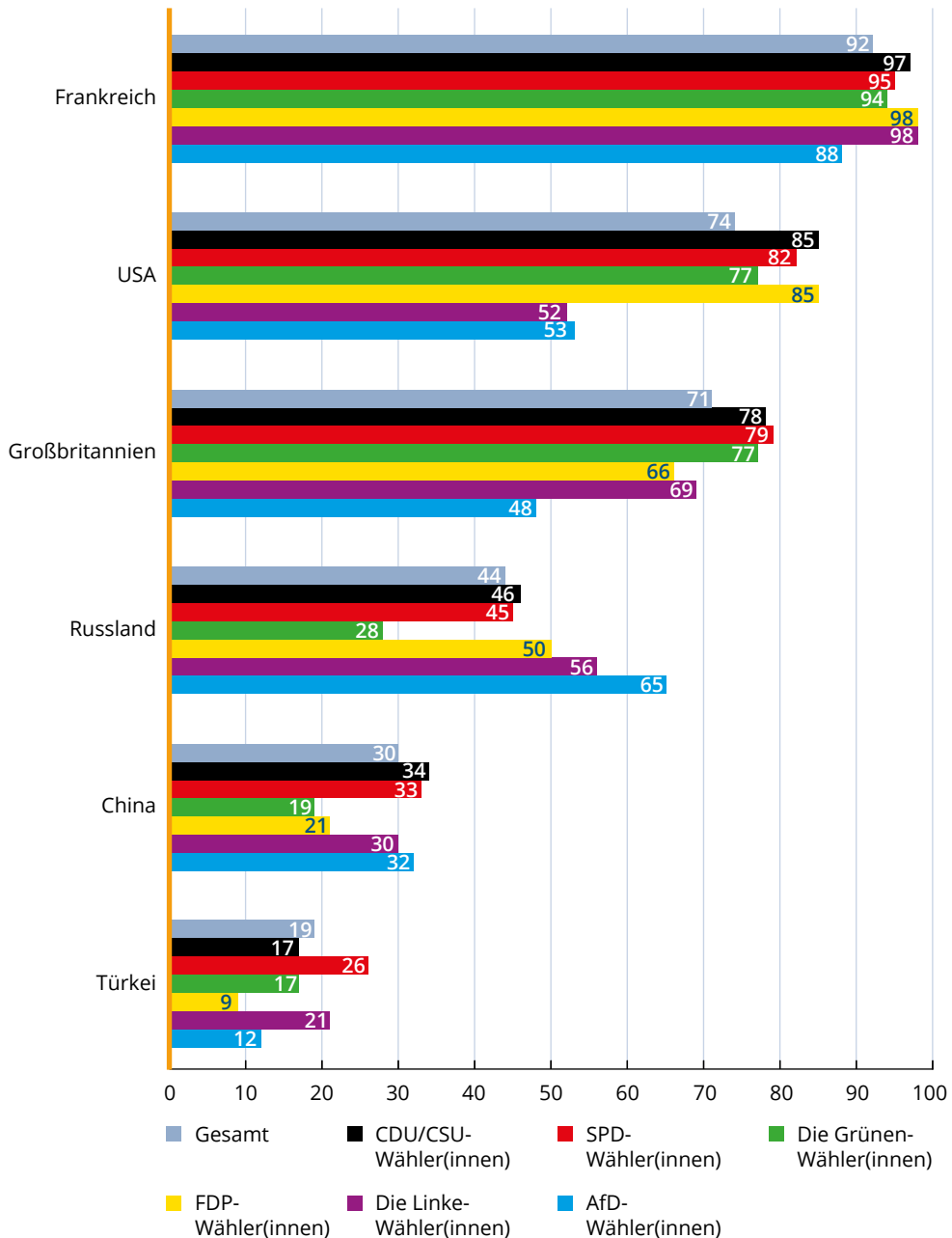
Dass Deutschland eng oder sehr eng mit Großbritannien sicherheitspolitisch kooperieren sollte, meinen überdurchschnittlich häufig die Wählerinnen und Wähler der SPD (79 Prozent), der Union (78 Prozent) und der Grünen (77 Prozent). Leicht seltener als im Mittel finden das die Wählerinnen und Wähler der FDP (66 Prozent). Am geringsten fällt die Zustimmung in der AfD-Anhängerschaft aus. Lediglich 48 Prozent der AfD-Wählerinnen und -Wähler befürworten eine (sehr) enge Zusammenarbeit mit Großbritannien in der Sicherheitspolitik. Das sind erneut rund 30 Prozentpunkte weniger als unter den Anhängerschaften der SPD, der Union und der Grünen.

Ganz anders sieht es bei Russland aus. Deutschland solle mit Russland eng oder sehr eng kooperieren, finden überdurchschnittlich viele Anhängerinnen und Anhänger der AfD (65 Prozent), der Linken (56 Prozent) und der FDP (50 Prozent). Mit Abstand am geringsten fällt dagegen die Zustimmung für eine (sehr) enge Zusammenarbeit mit Russland unter den Wählerinnen und Wählern der Grünen (28 Prozent) aus.

Bei der Bewertung einer Kooperation mit China gibt es weniger Abweichungen vom Durchschnitt. Lediglich die Anhängerschaften der FDP (21 Prozent) und der Grünen (19 Prozent) wünschen sich seltener als der Durchschnitt eine (sehr) enge Zusammenarbeit mit China.

Insgesamt stößt eine sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit der Türkei auf wenig Zustimmung. Am ehesten können sich noch die Wählerinnen und Wähler der SPD (26 Prozent) dafür erwärmen. Die geringste Zustimmung zu einer Kooperation mit der Türkei findet sich dagegen bei den Wählerinnen und Wählern der AfD (12 Prozent) und der FDP (9 Prozent).

Abbildung 42: Sicherheitspolitische Zusammenarbeit nach Wählerschaft
(Antworten „sehr eng“ und „eng“)



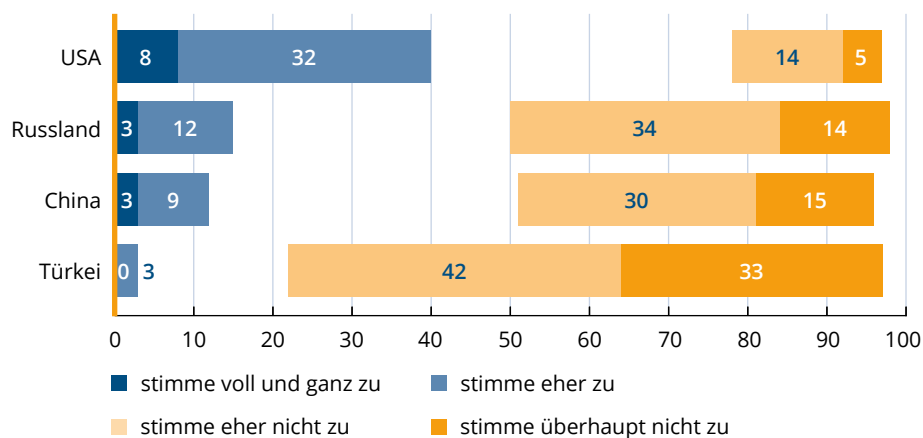
Quelle: Umfrage 1027 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent.
Frage: Ich nenne Ihnen jetzt einige Länder. Bitte geben Sie jeweils an, wie eng Deutschland aus Ihrer Sicht mit diesen sicherheitspolitisch zusammenarbeiten sollte. Wie ist das mit ...? Sollte Deutschland mit ... sicherheitspolitisch sehr eng, eng, weniger eng oder gar nicht zusammenarbeiten?



7.2.2 Zuverlässige Partnerländer

Bei der Frage danach, welches Land ein zuverlässiger Partner Deutschlands sei, liegen die USA deutlich vor anderen Ländern. Da die Trump-Administration zur Zeit der Befragung noch im Amt war, bleibt offen, welche Wirkung der Regierungswechsel bei dieser Frage hat.¹² 40 Prozent stimmen voll und ganz oder eher zu, die USA seien ein verlässlicher Partner. Von Russland meinen das 15 Prozent und von China 12 Prozent. Dass die Türkei ein zuverlässiger Partner Deutschlands sei, glauben dagegen lediglich 3 Prozent.

Abbildung 43: Zuverlässige Partnerländer



Quelle: Umfrage 1027 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent.

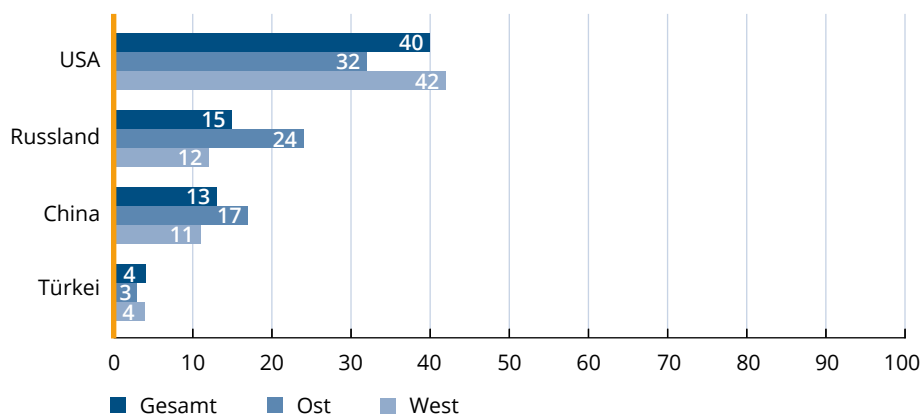
Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“ und „kann ich aufgrund der aktuellen Situation nicht entscheiden“ (nur USA).

Frage: Ich nenne Ihnen jetzt verschiedene Aussagen zu einzelnen Staaten. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie ihnen voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils-teils zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen. „Russland/China/Die Türkei/Die USA ist/sind ein zuverlässiger Partner Deutschlands.“

In Westdeutschland gibt es mehr Zustimmung zu den USA als verlässlichem Partner als in Ostdeutschland (42:32 Prozent). Im Osten dagegen glauben mehr Menschen als im Westen, Russland (24:12 Prozent) und China (17:11 Prozent) seien zuverlässige Partner. Lediglich bei der Türkei fällt die Zustimmung in beiden Landesteilen marginal aus.

Abbildung 44: Zuverlässige Partnerländer nach Region

(Antworten „stimme voll und ganz/eher zu“)



Quelle: Umfrage 1027 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent.

Frage: Ich nenne Ihnen jetzt verschiedene Aussagen zu einzelnen Staaten. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie ihnen voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils-teils zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen. „Russland/China/Die Türkei/Die USA ist/sind ein zuverlässiger Partner Deutschlands.“

Dass die USA ein zuverlässiger Partner für Deutschland seien, meinen überdurchschnittlich viele Anhängerinnen und Anhänger der Union (53 Prozent), der FDP (48 Prozent) und der SPD (46 Prozent). Die Anhängerschaft der Linken (24 Prozent) hält die USA hingegen seltener als der Durchschnitt für zuverlässig.

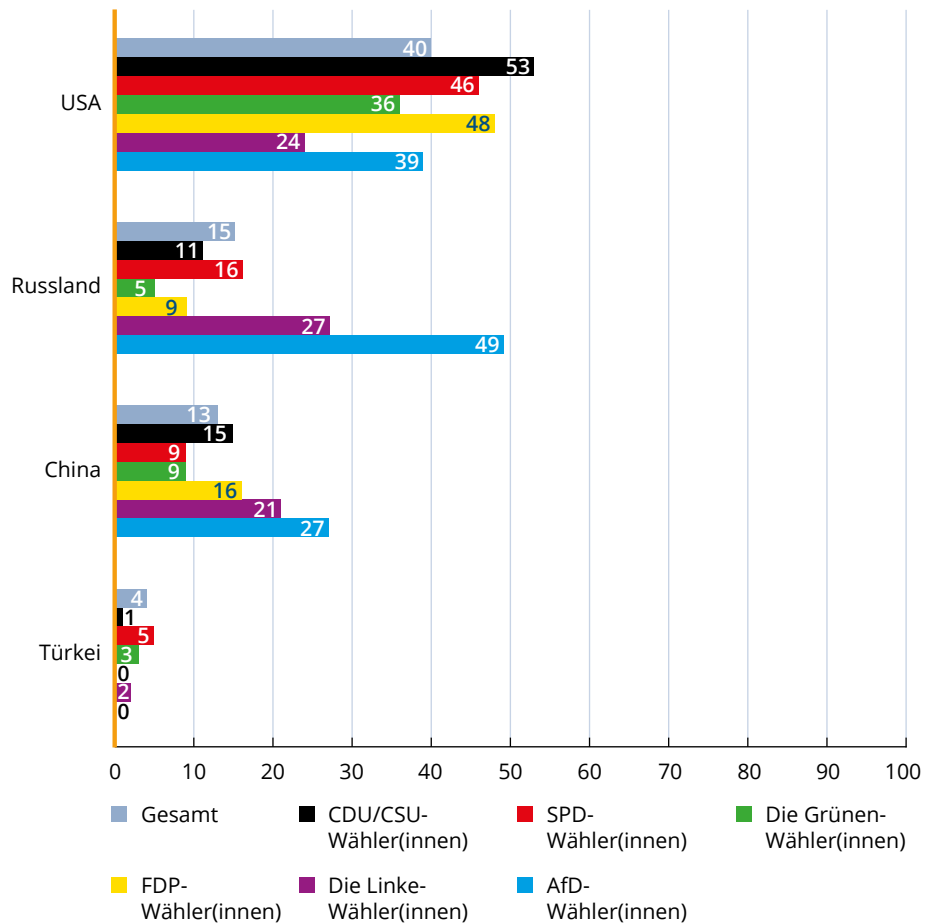
Vor allem die AfD-Anhängerschaft sieht Russland als zuverlässiges Partnerland an. Knapp jede und jeder zweite AfD-Anhängerin und -Anhänger stimmt hier voll und ganz oder eher zu. Auch die Anhängerschaft der Linken (27 Prozent) erachtet Russland überdurchschnittlich häufig als verlässlichen Partner. Unterdurchschnittlich fällt die Zustimmung zu Russland als Partnerland hingegen bei den Anhängerschaften der Grünen (5 Prozent) und der FDP (9 Prozent) aus.

Auch China sehen die Anhängerinnen und Anhänger der AfD (27 Prozent) und der Linken (21 Prozent) überdurchschnittlich häufig als zuverlässigen Partner. Leicht unterdurchschnittlich fällt die Zustimmung bei den Anhängerschaften der SPD (9 Prozent) und der Grünen (9 Prozent) aus.

In Bezug auf die Türkei gibt es in allen Wählerschaften so wenig Zustimmung, dass letztlich keine nennenswerten Unterschiede festzustellen sind.



Abbildung 45: Zuverlässige Partnerländer nach Wählerschaft
(Antworten „stimme voll und ganz/eher zu“)

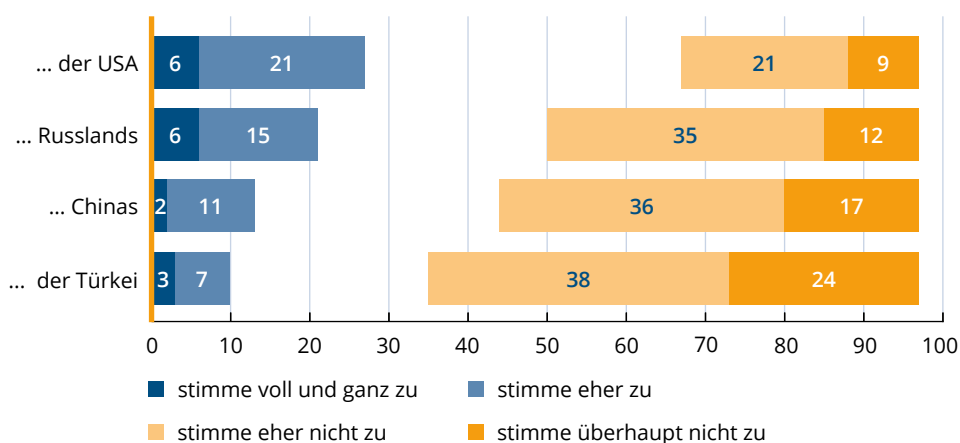


Quelle: Umfrage 1027 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent.
Frage: Ich nenne Ihnen jetzt verschiedene Aussagen zu einzelnen Staaten. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie ihnen voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils-teils zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen. „Russland/China/Die Türkei/Die USA ist/sind ein zuverlässiger Partner Deutschlands.“

7.2.3 Verständnis für Sicherheitsinteressen anderer Länder

Die Meinung, Deutschland sollte mehr Verständnis für die Sicherheitsinteressen anderer Länder haben, ist nicht allzu weitverbreitet, zumindest wenn es um die USA, Russland, China und die Türkei geht. Ein gutes Viertel stimmt voll und ganz oder eher zu, dass Deutschland mehr Verständnis haben sollte für Sicherheitsinteressen der USA. Damit wird diese Forderung noch am häufigsten vertreten. Verständnis für Russlands Sicherheitsinteressen befürwortet ein gutes Fünftel und 13 Prozent sprechen sich für mehr Verständnis gegenüber China aus. Schlusslicht bildet erneut die Türkei. Lediglich 10 Prozent wünschen sich mehr Verständnis für türkische Sicherheitsinteressen.

Abbildung 46: Verständnis für Sicherheitsinteressen



Quelle: Umfrage 1027 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent.

Fehlende Werte zu 100 Prozent „teils-teils“, „weiß nicht/keine Angabe“ und „kann ich aufgrund der aktuellen Situation nicht entscheiden“ (nur USA).

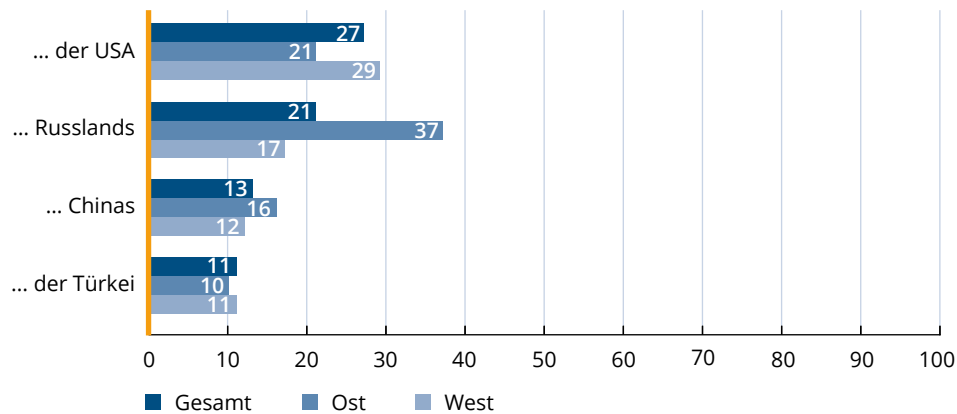
Frage: Ich nenne Ihnen jetzt verschiedene Aussagen zu einzelnen Staaten. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie ihnen voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils-teils zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen. „Deutschland sollte mehr Verständnis für die Sicherheitsinteressen Russlands/der USA/Chinas/der Türkei haben.“

Vor allem bei der Einschätzung zu den Sicherheitsinteressen der USA und Russlands zeigen sich deutliche Ost-West-Unterschiede. Mehr West- als Ostdeutsche befürworten mehr Verständnis für die Sicherheitsinteressen der USA (29:21 Prozent). Umgekehrt verhält es sich bei russischen Interessen, für die sich deutlich mehr Ost- als Westdeutsche mehr Verständnis wünschen. Nur 17 Prozent der Westdeutschen, aber 37 Prozent der Ostdeutschen stimmen hier voll und ganz oder eher zu.



Abbildung 47: Verständnis für Sicherheitsinteressen nach Region

(Antworten „stimme voll und ganz/eher zu“)



Quelle: Umfrage 1027 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent.

Frage: Ich nenne Ihnen jetzt verschiedene Aussagen zu einzelnen Staaten. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie ihnen voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils-teils zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen. „Deutschland sollte mehr Verständnis für die Sicherheitsinteressen Russlands/der USA/Chinas/der Türkei haben.“

Bei allen Ländern gibt es Unterschiede zwischen den Parteianhängerschaften. Verständnis für US-amerikanische Sicherheitsinteressen findet sich überdurchschnittlich häufig unter den Wählerinnen und Wählern der FDP (38 Prozent) und der Union (35 Prozent). Dagegen ist das Verständnis in der Anhängerschaft der Linken deutlich unterdurchschnittlich ausgeprägt (7 Prozent).

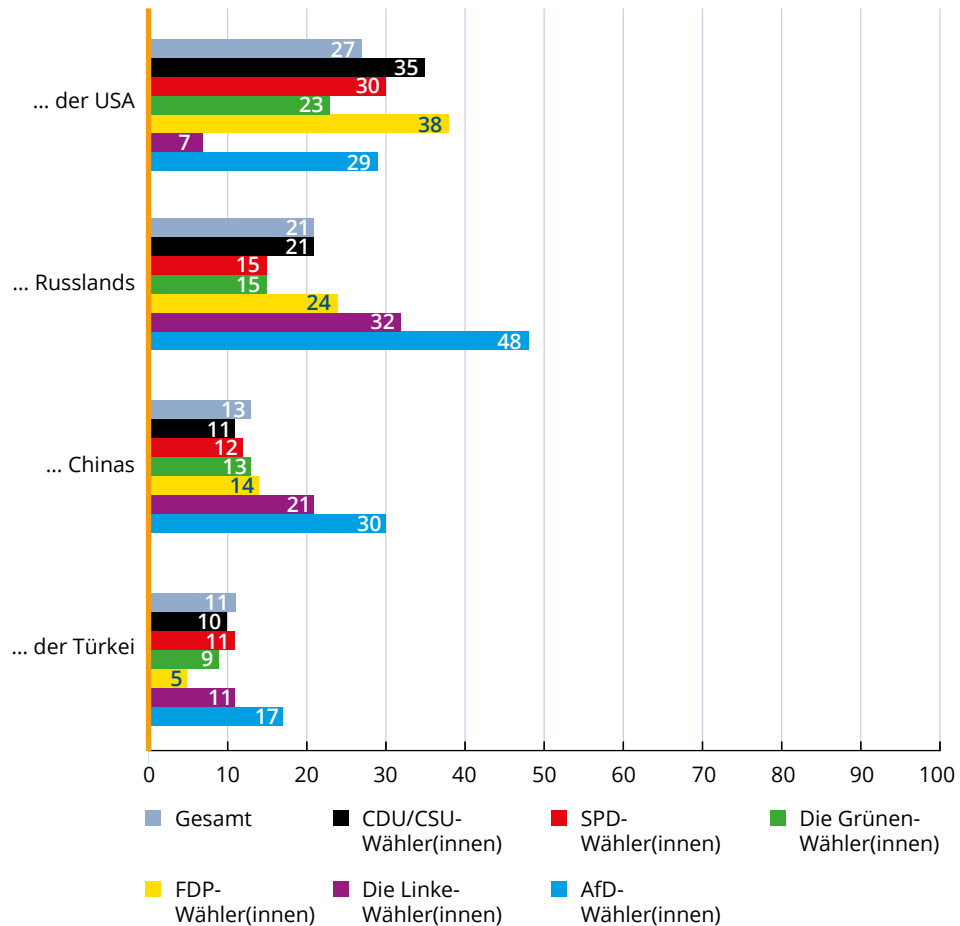
Vor allem die Anhängerinnen und Anhänger der AfD wünschen sich mehr Verständnis für russische Sicherheitsinteressen. Knapp jede zweite Anhängerin und jeder zweite Anhänger der AfD stimmt hier voll und ganz oder eher zu (48 Prozent). Auch die Wählerschaft der Linken bekundet überdurchschnittlich häufig Verständnis für Russland (32 Prozent). Auf der anderen Seite finden sich die Wählerinnen und Wähler der SPD (15 Prozent) und der Grünen (15 Prozent), die sich seltener als der Durchschnitt für mehr Verständnis für die Sicherheitsinteressen Russlands aussprechen.

Ein ähnliches Muster zeigt sich bei der Einschätzung zu China. Die Anhängerschaften der AfD (30 Prozent) und der Linken (21 Prozent) wünschen sich überdurchschnittlich häufig Verständnis für chinesische Interessen. Alle anderen Anhängerschaften liegen etwa im Durchschnitt.

Die Wählerinnen und Wähler der AfD möchten auch überdurchschnittlich häufig, dass Deutschland für die Sicherheitsinteressen der Türkei mehr Verständnis aufbringt (17 Prozent), während die Anhängerschaft der FDP in dieser Hinsicht besonders zurückhaltend ist (5 Prozent). Auch hier liegen alle anderen Parteien nahe am Durchschnitt.

Abbildung 48: Verständnis für Sicherheitsinteressen nach Wählerschaft

(Antworten „stimme voll und ganz/eher zu“)



Quelle: Umfrage 1027 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent.

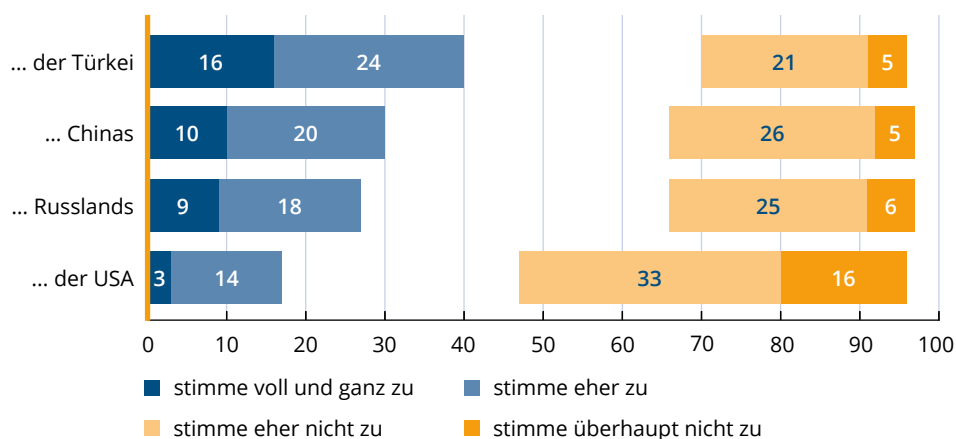
Frage: Ich nenne Ihnen jetzt verschiedene Aussagen zu einzelnen Staaten. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie ihnen voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils-teils zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen. „Deutschland sollte mehr Verständnis für die Sicherheitsinteressen Russlands/der USA/Chinas/der Türkei haben.“



7.2.4 Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands

Die Rangfolge der Länder dreht sich um, wenn nicht nach Verständnis gefragt wird, sondern danach, ob die Außen- und Sicherheitspolitik der Länder eine Bedrohung für Deutschlands Sicherheit darstelle. Die Zustimmung hierzu fällt bei der Türkei am höchsten aus. 40 Prozent der Befragten stimmen voll und ganz oder eher zu, dass die Außen- und Sicherheitspolitik der Türkei Deutschlands Sicherheit bedrohe. 30 Prozent sagen das von der chinesischen und 27 Prozent von der russischen Sicherheitspolitik. Dass die Außen- und Sicherheitspolitik der USA für die Sicherheit Deutschlands eine Bedrohung darstelle, meinen hingegen nur 17 Prozent. In einer internationalen Umfrage aus dem Jahr 2018 lagen die USA bei der Frage, welches Land die größte Bedrohung für Deutschland darstelle, noch auf Platz eins mit 39 Prozent (Krumm et al. 2019: 39). Die Befragung fand jedoch mitten in der Amtszeit Donald Trumps statt, während Trump bei der vorliegenden Umfrage schon abgewählt war. Das könnte ein Grund für die deutliche Veränderung sein.¹³

Abbildung 49: Bedrohung für Deutschlands Sicherheit durch Außen- und Sicherheitspolitik ...



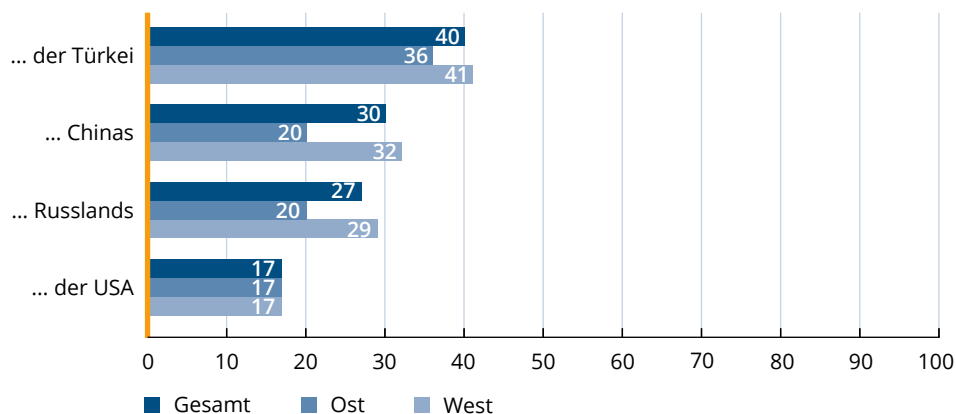
Quelle: Umfrage 1027 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent.

Fehlende Werte zu 100 Prozent „teils-teils“, „weiß nicht/keine Angabe“ und „kann ich aufgrund der aktuellen Situation nicht entscheiden“ (nur USA).

Frage: Ich nenne Ihnen jetzt verschiedene Aussagen zu einzelnen Staaten. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie ihnen voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils-teils zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen. „Die Außen- und Sicherheitspolitik Russlands/der USA/Chinas/der Türkei ist eine Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands.“

Westdeutsche sehen sowohl die Außen- und Sicherheitspolitik der Türkei (41:36 Prozent) als auch Chinas (32:20 Prozent) und Russlands (29:20 Prozent) häufiger als Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands als Ostdeutsche. Lediglich bei den USA unterscheidet sich die Einschätzung nicht zwischen Ost- und Westdeutschland.

Abbildung 50: Bedrohung für Deutschlands Sicherheit durch Außen- und Sicherheitspolitik ... nach Region (Antworten „stimme voll und ganz/eher zu“)



Quelle: Umfrage 1027 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent.

Frage: Ich nenne Ihnen jetzt verschiedene Aussagen zu einzelnen Staaten. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie ihnen voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils-teils zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen. „Die Außen- und Sicherheitspolitik Russlands/der USA/Chinas/der Türkei ist eine Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands.“

Bei den Parteianhängerschaften sehen vor allem die Anhängerinnen und Anhänger der FDP (50 Prozent), der Linken (49 Prozent) und der AfD (48 Prozent), aber auch der Union (45 Prozent) die Politik der Türkei überdurchschnittlich häufig als Bedrohung für Deutschlands Sicherheit an.

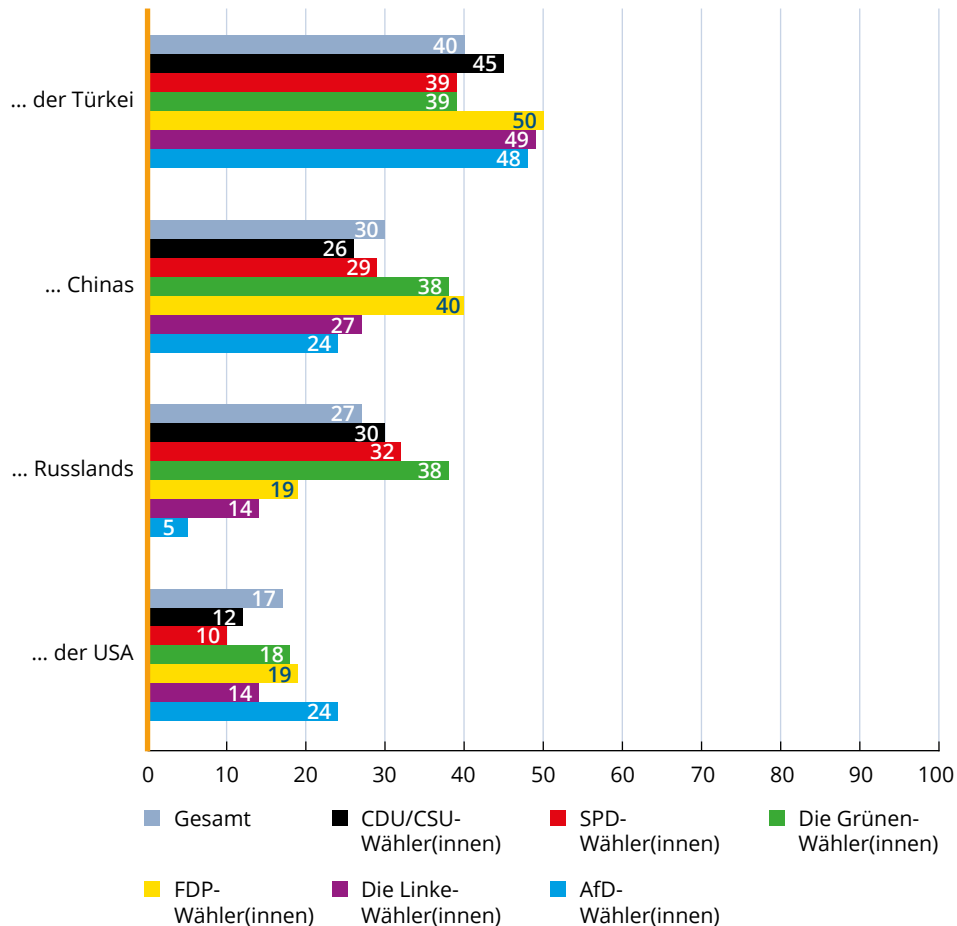
Die Anhängerinnen und Anhänger der FDP (40 Prozent) meinen zusätzlich überdurchschnittlich häufig, die Außen- und Sicherheitspolitik Chinas sei eine Bedrohung. Die Anhängerschaft der Grünen (38 Prozent) stimmt hier ebenfalls überdurchschnittlich häufig zu. Dagegen meinen die Wählerinnen und Wähler der AfD (24 Prozent) seltener als der Durchschnitt, Chinas Sicherheitspolitik bedrohe die Sicherheit Deutschlands.

Dass die russische Außen- und Sicherheitspolitik eine Bedrohung für Deutschland darstellt, meinen überdurchschnittlich viele Grünen- (38 Prozent) und SPD-Anhängerinnen und -Anhänger (32 Prozent). Die Anhängerschaften der FDP (19 Prozent), der Linken (14 Prozent) und der AfD (5 Prozent) nehmen die Politik Russlands dagegen deutlich seltener als der Durchschnitt als Bedrohung wahr.

Anders verhält es sich bei den USA. Nur die Wählerschaft der AfD (24 Prozent) meint häufiger als der Durchschnitt, die Außen- und Sicherheitspolitik der USA bedrohe die deutsche Sicherheit. In den Anhängerschaften der Union (12 Prozent) und der SPD (10 Prozent) ist diese Meinung dagegen unterdurchschnittlich ausgeprägt.



Abbildung 51: Bedrohung für Deutschlands Sicherheit durch Außen- und Sicherheitspolitik ... nach Wählerschaft (Antworten „stimme voll und ganz/eher zu“)



Quelle: Umfrage 1027 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent.

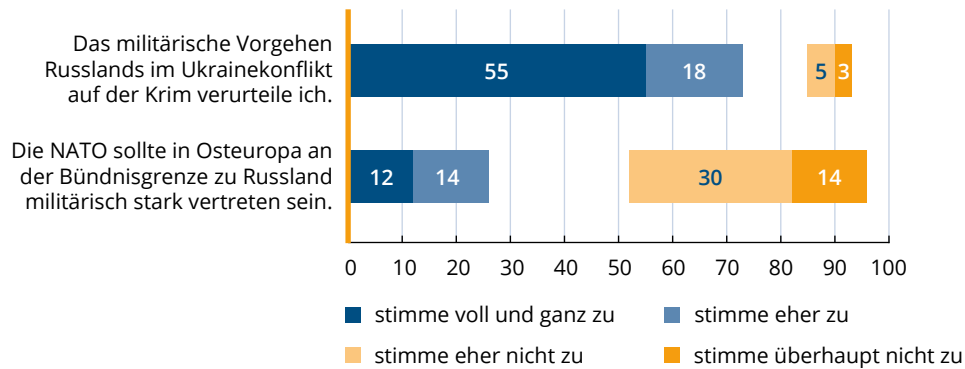
Frage: Ich nenne Ihnen jetzt verschiedene Aussagen zu einzelnen Staaten. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie ihnen voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils-teils zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen. „Die Außen- und Sicherheitspolitik Russlands/der USA/Chinas/der Türkei ist eine Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands.“

7.2.5 Weitere Einstellungen zu Russland

Neben den schon dargestellten Aussagen wurden noch zwei weitere Einstellungen zu Russland erhoben. Die überwiegende Mehrheit stimmt dabei der Aussage zu „Das militärische Vorgehen Russlands im Ukraine Konflikt auf der Krim verurteile ich“. Über die Hälfte stimmt dem voll und ganz zu und weitere 18 Prozent stimmen der Aussage eher zu (Gesamtzustimmung: 73 Prozent). Dabei fällt die Zustimmung in Westdeutschland höher aus als in Ostdeutschland (77:58 Prozent).

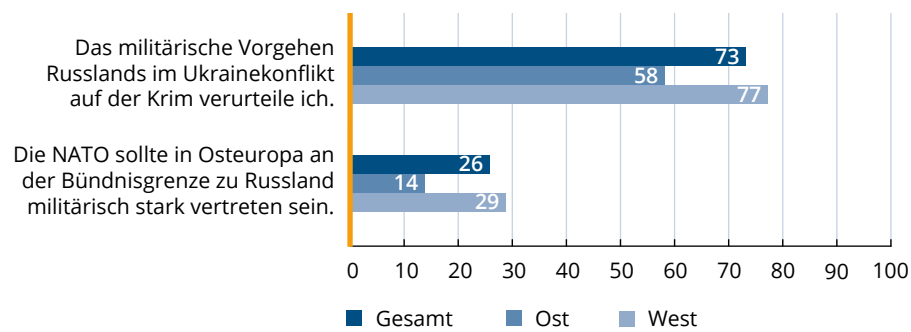
Dass die NATO in Osteuropa an der Bündnisgrenze zu Russland militärisch stark vertreten sein sollte, meinen dagegen nur 26 Prozent der Befragten. 44 Prozent stimmen dem eher nicht oder überhaupt nicht zu. Auch zur Präsenz der NATO an der Bündnisgrenze findet sich in Westdeutschland eine höhere Zustimmung als in Ostdeutschland (29:14 Prozent).

Abbildung 52: Einstellungen zu Russland



Quelle: Umfrage 1027 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent.
 Fehlende Werte zu 100 Prozent „teils-teils“ und „weiß nicht/keine Angabe“.
 Frage: Ich nenne Ihnen jetzt Aussagen speziell zu Russland. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie ihnen voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils-teils zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

Abbildung 53: Einstellungen zu Russland nach Region
 (Antworten „stimme voll und ganz/eher zu“)



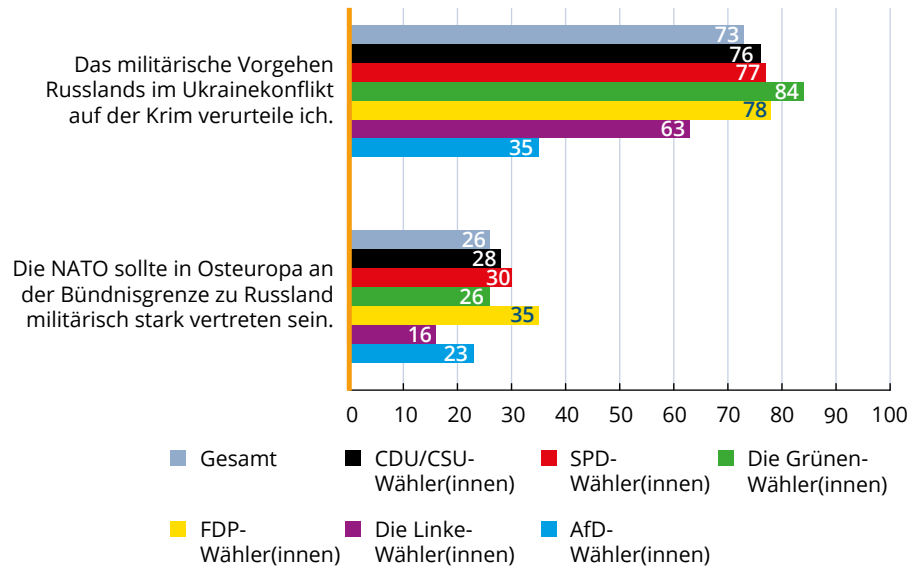
Quelle: Umfrage 1027 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent.
 Frage: Ich nenne Ihnen jetzt Aussagen speziell zu Russland. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie ihnen voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils-teils zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

Die Anhängerschaften der Grünen (84 Prozent) und der FDP (78 Prozent) verurteilen das militärische Vorgehen Russlands auf der Krim überdurchschnittlich häufig. Unter den Anhängerinnen und Anhängern der Linken (63 Prozent) und vor allem der AfD (35 Prozent) ist diese Position dagegen unterdurchschnittlich verbreitet. In der AfD-Anhängerschaft ist eine Verurteilung von Russlands Vorgehen auf der Krim nicht mehrheitsfähig.

Eine starke Präsenz der NATO in Osteuropa befürworten die Anhängerinnen und Anhänger der FDP (35 Prozent) häufiger als der Durchschnitt. Unterdurchschnittlich fällt die Zustimmung hingegen bei der Linken-Anhängerschaft aus (16 Prozent).

Abbildung 54: Einstellungen zu Russland nach Wählerschaft

(Antworten „stimme voll und ganz/eher zu“)



Quelle: Umfrage 1027 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent.

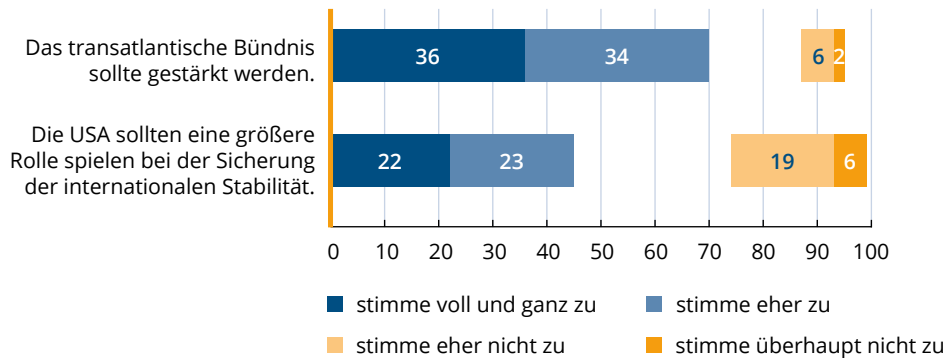
Frage: Ich nenne Ihnen jetzt Aussagen speziell zu Russland. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie ihnen voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils-teils zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

7.2.6 Weitere Einstellungen zu den USA

Auch zu den USA wurden zwei weitere Aussagen abgefragt. Auch wenn der Atlantizismus nicht allzu weitverbreitet ist, wünscht sich doch eine sehr deutliche Mehrheit, das transatlantische Bündnis zu stärken. 70 Prozent stimmen voll und ganz oder eher zu, dass das transatlantische Bündnis gestärkt werden sollte. Nur 8 Prozent stimmen dem eher nicht oder überhaupt nicht zu. Dabei fällt die Zustimmung in Westdeutschland wesentlich höher aus als in Ostdeutschland (74:58 Prozent).

Die Zustimmung zur Aussage „Die USA sollten eine größere Rolle spielen bei der Sicherung der internationalen Stabilität“ fällt mit 45 Prozent geringer aus. Aber auch hier wünschen sich Westdeutsche häufiger als Ostdeutsche eine größere Rolle der USA (47:37 Prozent).

Abbildung 55: Einstellungen zu den USA



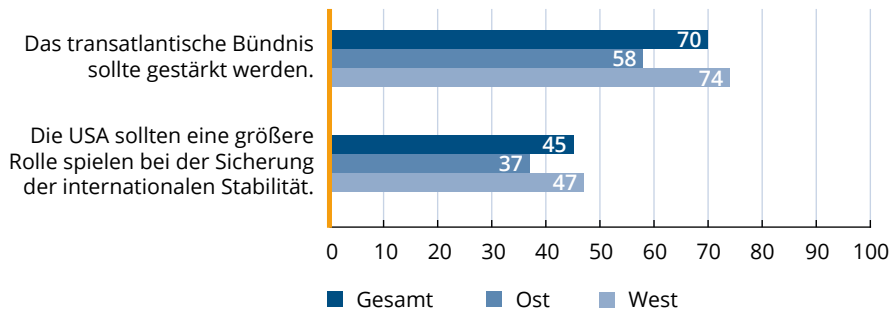
Quelle: Umfrage 1027 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent.

Fehlende Werte zu 100 Prozent „teils-teils“, „weiß nicht/keine Angabe“ und „kann ich aufgrund der aktuellen Situation nicht entscheiden“.

Frage: Und nun einige Aussagen zu den USA. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie ihnen voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils-teils zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

Abbildung 56: Einstellungen zu den USA nach Region

(Antworten „stimme voll und ganz/eher zu“)



Quelle: Umfrage 1027 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent.

Frage: Und nun einige Aussagen zu den USA. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie ihnen voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils-teils zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

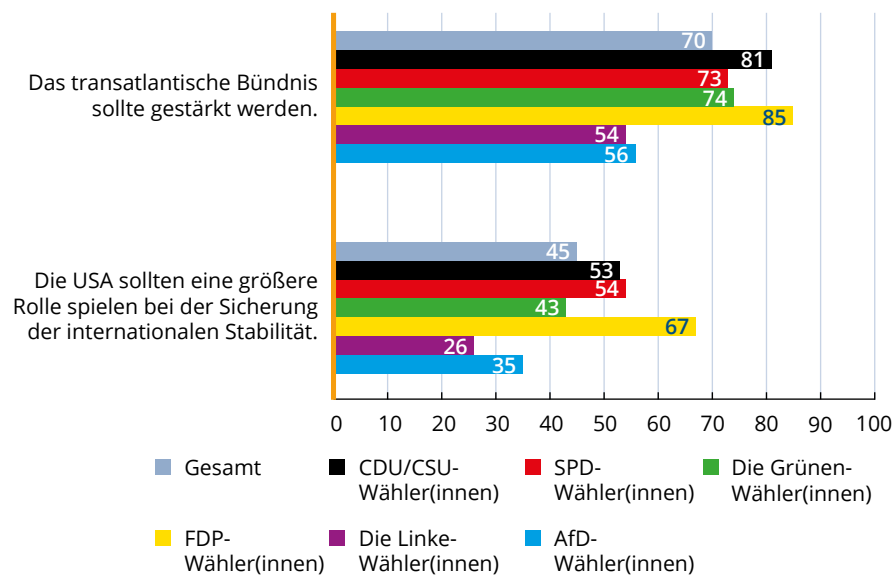
Die Anhängerschaften der FDP (85 Prozent) und der Union (81 Prozent) wünschen sich überdurchschnittlich häufig eine Stärkung des transatlantischen Bündnisses. Auf deutlich weniger Rückhalt stößt diese Forderung bei den Anhängerinnen und Anhängern der AfD (56 Prozent) und der Linken (54 Prozent). Aber selbst in diesen beiden Anhängerschaften stimmt eine knappe Mehrheit zu.

Die Wählerinnen und Wähler der FDP (67 Prozent) wünschen sich mit Abstand am häufigsten, dass die USA eine größere Rolle bei der Sicherung der internationalen Stabilität



spielen. Aber auch unter den Wählerschaften der SPD (54 Prozent) und der Union (53 Prozent) findet sich überdurchschnittlich viel Zustimmung für eine international starke Rolle der USA. Wie schon beim transatlantischen Bündnis sind die Anhänger-schaften der AfD (35 Prozent) und der Linken (26 Prozent) von allen Wählerschaften am skeptischsten gegenüber einer größeren internationalen Rolle der USA.

Abbildung 57: Einstellungen zu den USA nach Wählerschaft
(Antworten „stimme voll und ganz/eher zu“)



Quelle: Umfrage 1027 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent.

Frage: Und nun einige Aussagen zu den USA. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie ihnen voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils-teils zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

- 11 Im Vergleich zu 2020 ist die Unterstützung für eine aktive internationale Politik gestiegen (Steinbrecher et al. 2021: 51). Auch hier gilt aber, dass die Vergleichsumfrage mit einer anderen Erhebungsmethode durchgeführt wurde, sodass unklar ist, ob es sich um inhaltlich bedeutsame oder methodisch bedingte Unterschiede handelt.
- 12 Frankreich und Großbritannien wurden bei dieser Frage nicht erhoben.
- 13 Zusätzlich unterscheiden sich die beiden Frageformulierungen voneinander, sodass beides methodisch nur eingeschränkt vergleichbar ist.



Einstellungen zur Europäischen Union

8.1 Assoziationen zur Europäischen Union (EU)

Schon in einer früheren Umfrage hat die Konrad-Adenauer-Stiftung Assoziationen zur EU erhoben (für alle Vergleichswerte siehe Roose 2019: 6). Drei der vier abgefragten Begrifflichkeiten (Frieden, Sicherheit, Wohlstand und Stärke in der Welt) werden 2021 stärker mit der EU assoziiert als 2018. Gesunken sind vor allem die Anteile der „teils-teils“-Antworten.

Am stärksten verbinden die Menschen immer noch Frieden mit der EU. 72 Prozent geben an, Frieden sehr stark oder stark mit der EU zu verbinden (2018: 61 Prozent). 21 Prozent meinen das teils-teils (2018: 29 Prozent). Nur eine Minderheit von 7 Prozent bringt die EU kaum oder gar nicht mit Frieden in Verbindung (2018: 8 Prozent).

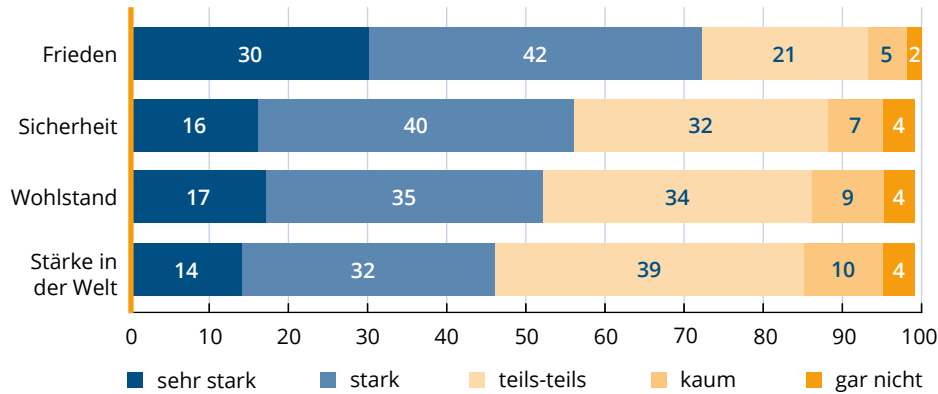
Auf Platz zwei folgt Sicherheit. 56 Prozent meinen, die EU stünde mit Sicherheit in Verbindung (2018: 47 Prozent). Für 32 Prozent trifft das teils-teils zu (2018: 39 Prozent). Lediglich 11 Prozent verbinden die EU kaum oder gar nicht mit Sicherheit.

Wohlstand steht für etwas mehr als die Hälfte der Befragten mit der EU in Verbindung (52 Prozent; 2018: 43 Prozent). 34 Prozent assoziieren die EU teils-teils mit Wohlstand (2018: 41 Prozent). 13 Prozent meinen hingegen, die EU stünde kaum oder gar nicht mit Wohlstand in Verbindung (2018: 15 Prozent).

Lediglich bei der Stärke in der Welt gibt es keine Veränderung zu 2018. 46 Prozent verbinden Stärke in der Welt sehr stark oder stark mit der EU (2018: 45 Prozent). Weitere 39 Prozent meinen das teils-teils (2018: 39 Prozent) und 14 Prozent sehen kaum oder gar keine Verbindung zwischen Stärke in der Welt und der EU (2018: 13 Prozent).



Abbildung 58: Assoziationen zur Europäischen Union



Quelle: Umfrage 1027 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent.

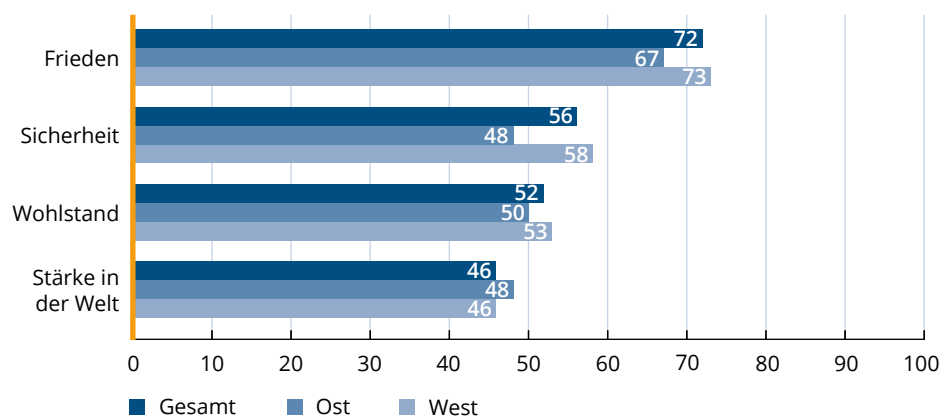
Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.

Frage: Wie stark bringen Sie die Europäische Union mit folgenden Dingen in Verbindung?
Wie ist das mit ... ?

Antworten: „sehr stark“, „stark“, „teils-teils“, „kaum“, „gar nicht“.

Westdeutsche verbinden häufiger als Ostdeutsche mit der EU Frieden (73:67 Prozent) und Sicherheit (58:48 Prozent). Wohlstand und Stärke in der Welt werden in beiden Regionen gleichermaßen mit der EU in Verbindung gebracht.

Abbildung 59: Assoziationen zur Europäischen Union nach Region
(Antworten „sehr stark/stark“)



Quelle: Umfrage 1027 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent.

Frage: Wie stark bringen Sie die Europäische Union mit folgenden Dingen in Verbindung?
Wie ist das mit ... ?

Antworten: „sehr stark“, „stark“, „teils-teils“, „kaum“, „gar nicht“.

In fast allen Parteienanhängerschaften verbinden 2021 mehr Menschen die EU mit Frieden, Sicherheit und Wohlstand als 2018. Nur bei den Anhängerinnen und Anhängern der AfD ist der Anteil, die dies mit der EU verbinden, seit 2018 gesunken.

Das Friedensprojekt EU findet vor allem Rückhalt in den Anhängerschaften der Union (80 Prozent), der SPD (80 Prozent) und der Grünen (80 Prozent). Aber auch unter den Anhängerinnen und Anhängern der FDP (76 Prozent) und der Linken (66 Prozent) verbindet die Mehrheit mit der EU Frieden. In allen diesen Anhängerschaften ist der Anteil seit 2018 gestiegen. Einzig die Anhängerinnen und Anhänger der AfD verbinden nur zu 24 Prozent Frieden mit der EU. Hier ist der Anteil seit 2018 gesunken, damals brachten noch 35 Prozent der AfD-Wählerschaft die EU mit Frieden in Verbindung.

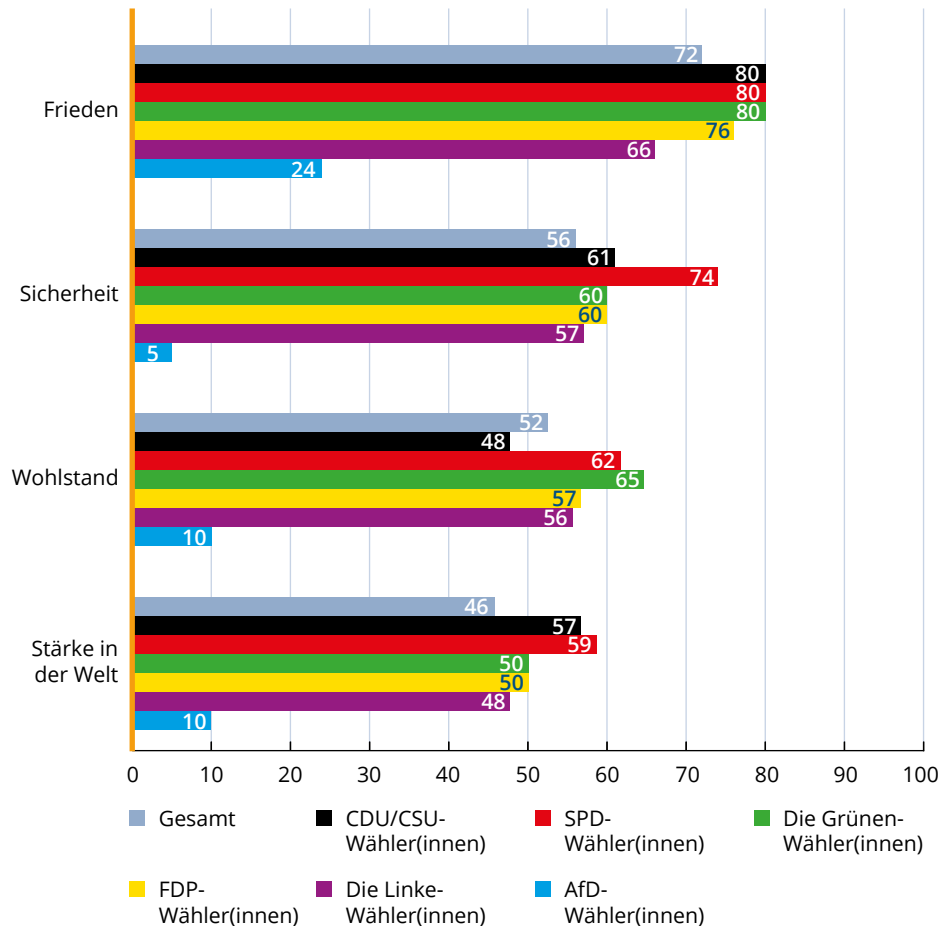
Vor allem die Wählerinnen und Wähler der SPD assoziieren die EU mit Sicherheit (74 Prozent), aber das gilt auch mehrheitlich für die Wählerschaften der Union (61 Prozent), der Grünen (60 Prozent), der FDP (60 Prozent) und der Linken (57 Prozent). Nur in der AfD-Wählerschaft wird Sicherheit lediglich von einer verschwindend geringen Minderheit mit der EU in Verbindung gebracht. Nur 5 Prozent der AfD-Wählerinnen und -Wähler verbinden die EU mit Sicherheit. 2018 lag der Anteil noch bei 17 Prozent.

Dass die EU mit Wohlstand in Verbindung stünde, meinen mehrheitlich die Anhängerinnen und Anhänger der Grünen (65 Prozent), der SPD (62 Prozent), der FDP (57 Prozent) und der Linken (56 Prozent). In diesen Gruppen ist die Zustimmung gestiegen seit 2018. Bei den Unionsanhängerinnen und -anhängern hat sich der Anteil im Vergleich zu 2018 nicht verändert. Knapp die Hälfte der Unionsanhängerschaft verbindet mit der EU Wohlstand (48 Prozent). Dagegen bringen die Anhängerinnen und Anhänger der AfD Wohlstand seltener als alle anderen Anhängerschaften und seltener als 2018 mit der EU in Verbindung (10 Prozent; 2018: 24 Prozent).

Stärke in der Welt verbinden mehrheitlich die Wählerschaften der Union (57 Prozent) und der SPD (59 Prozent) mit der EU. Das Gleiche gilt für etwa die Hälfte der Wählerinnen und Wähler der Grünen (50 Prozent), der FDP (50 Prozent) und der Linken (48 Prozent). Erneut fällt der Anteil unter den AfD-Anhängerinnen und -Anhängern deutlich geringer aus. Nur 10 Prozent der AfD-Anhängerschaft assoziieren mit der EU Stärke in der Welt (2018: 23 Prozent).



Abbildung 60: Assoziationen zur Europäischen Union nach Wählerschaft
(Antworten „sehr stark/stark“)



Quelle: Umfrage 1027 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent.

Frage: Wie stark bringen Sie die Europäische Union mit folgenden Dingen in Verbindung?

Wie ist das mit ... ?

Antworten: „sehr stark“, „stark“, „teils-teils“, „kaum“, „gar nicht“.

8.2 Europäische Integration

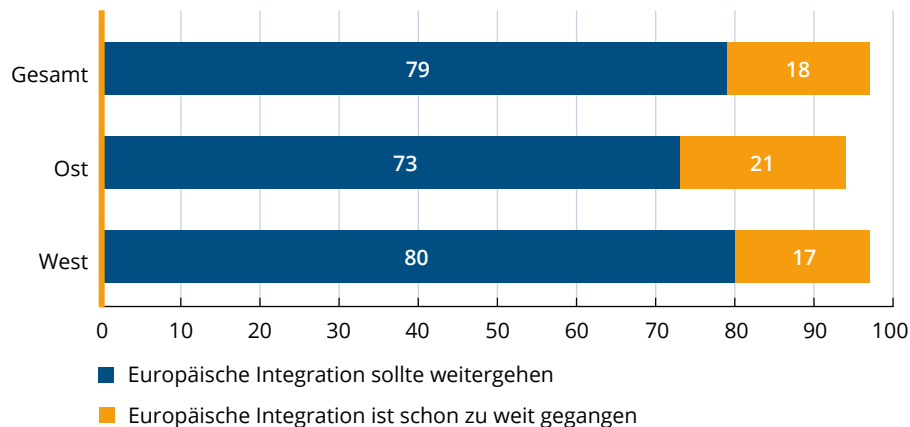
Die positiven Assoziationen zur EU schlagen sich auch in einer positiven Einstellung zur europäischen Integration nieder. 79 Prozent der Befragten meinen, die europäische Integration sollte weitergehen und die Länder sollten in der Europäischen Union noch weiter zusammenwachsen. Lediglich 18 Prozent vertreten die Gegenposition, dass die europäische Integration schon zu weit gegangen sei und die Länder stärker für sich bleiben sollten. In Westdeutschland ist die pro-europäische Haltung etwas weiterverbreitet als in Ostdeutschland (80:73 Prozent).

Abbildung 61: Europäische Integration



Quelle: Umfrage 1027 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent.
 Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.
 Frage: Welcher der beiden folgenden Aussagen stimmen Sie eher zu?

Abbildung 62: Europäische Integration nach Region

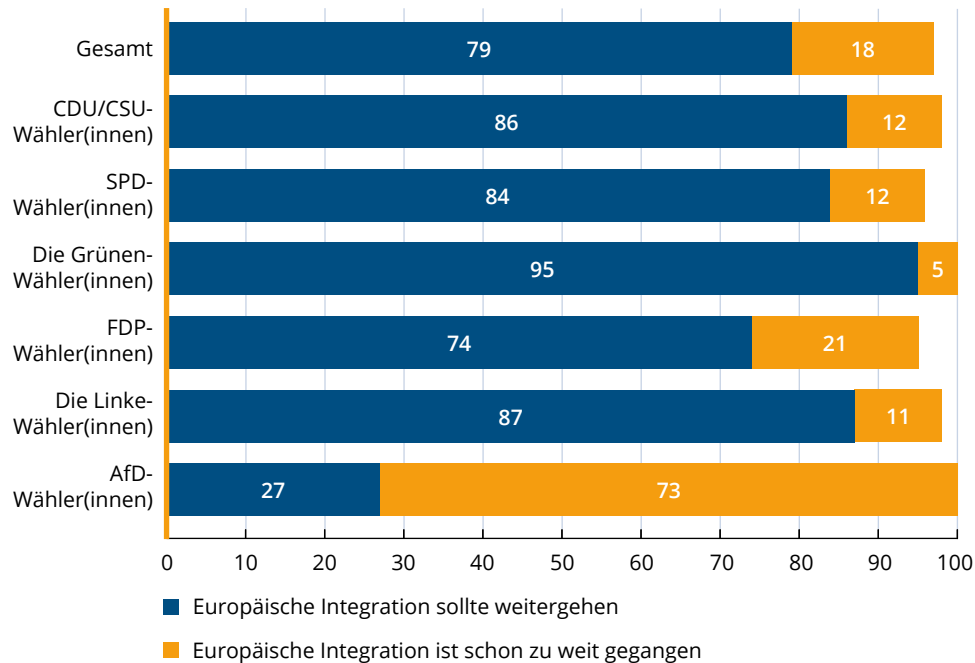


Quelle: Umfrage 1027 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent.
 Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.
 Frage: Welcher der beiden folgenden Aussagen stimmen Sie eher zu?
 Antworten: „Die europäische Integration sollte weitergehen und die Länder sollten in der Europäischen Union noch enger zusammenwachsen.“, „Die europäische Integration ist schon zu weit gegangen und die Länder sollten stärker für sich bleiben.“

Die Wählerinnen und Wähler der Grünen (95 Prozent), der Linken (87 Prozent), der Union (86 Prozent) und der SPD (84 Prozent) sind überdurchschnittlich pro-europäisch eingestellt. Die Wählerinnen und Wähler der FDP (74 Prozent) sind etwas zurückhaltender, aber immer noch mehrheitlich für eine stärkere Integration Europas. Ganz anders sieht es hingegen bei der AfD-Anhängerschaft aus. Nur 27 Prozent sprechen sich für eine stärkere europäische Integration aus, während 73 Prozent der AfD-Anhängerinnen und Anhänger der Meinung sind, die europäische Integration sei schon zu weit gegangen.



Abbildung 63: Europäische Integration nach Wählerschaft



Quelle: Umfrage 1027 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent.
Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.

Frage: Welcher der beiden folgenden Aussagen stimmen Sie eher zu?

Antworten: „Die europäische Integration sollte weitergehen und die Länder sollten in der Europäischen Union noch enger zusammenwachsen.“; „Die europäische Integration ist schon zu weit gegangen und die Länder sollten stärker für sich bleiben.“

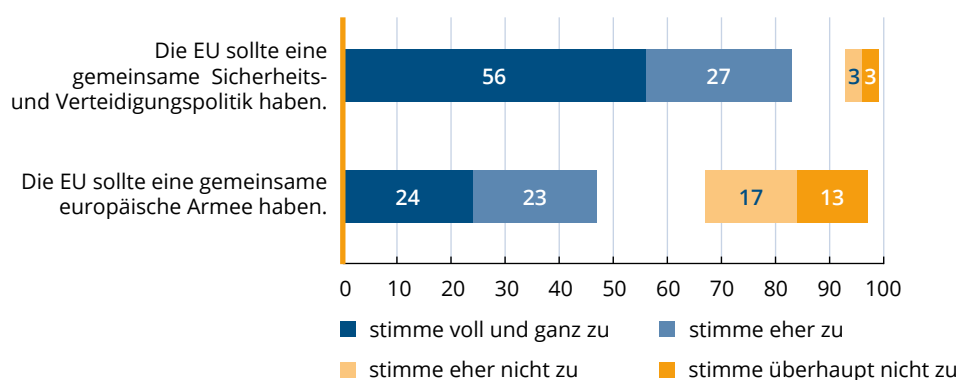
8.3 Europäische Sicherheitspolitik

Die Idee einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik oder zumindest einer militärischen Zusammenarbeit in Europa entstand schon relativ kurz nach dem Zweiten Weltkrieg. Aber erst seit 2004 gibt es ein Kampfgruppen-Konzept mehrerer europäischer Länder und seit 2007 eine „Beistandsklausel [...], die zur gegenseitigen Unterstützung im Falle eines bewaffneten Angriffs verpflichtet“ (Steinbrecher 2018: 221).

In der deutschen Bevölkerung gibt es großen Rückhalt für eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik. 56 Prozent der Befragten stimmen voll und ganz und weitere 27 Prozent eher zu, die EU sollte eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik haben (Gesamtzustimmung: 83 Prozent). Lediglich 6 Prozent stimmen dem eher nicht oder überhaupt nicht zu, 10 Prozent stimmen teils-teils zu (grafisch nicht dargestellt). In Westdeutschland findet eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik geringfügig mehr Anhängerinnen und Anhänger als in Ostdeutschland (85:80 Prozent). Im Eurobarometer 2015 wurde für Deutschland eine ganz ähnliche Zustimmung ermittelt, die im EU-Vergleich im oberen Mittelfeld liegt. Die höchste Zustimmung zu einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik gab es 2015 in Litauen (92,9 Prozent) und Estland (90,4 Prozent). Am wenigsten Zustimmung zeigte sich in Schweden (60,1 Prozent) und Österreich (63,3 Prozent; Steinbrecher 2018: 232f.).

Deutlich geringer fällt die Unterstützung für eine europäische Armee aus. Dass die EU eine gemeinsame europäische Armee haben sollte, meint knapp die Hälfte der Befragten. 24 Prozent stimmen dem voll und ganz, weitere 23 Prozent eher zu. Ein Fünftel stimmt teil-teils zu (grafisch nicht dargestellt), während 30 Prozent der Befragten einer europäischen Armee eher nicht oder überhaupt nicht zustimmen. Westdeutsche stehen einer europäischen Armee offener gegenüber als Ostdeutsche (50:40 Prozent). Auch hier haben sich die Zustimmungswerte im Vergleich zu 2015 kaum verändert. Allerdings sind die Deutschen im EU-Vergleich eher zurückhaltender gegenüber einer gemeinsamen Armee. Die geringste Begeisterung für eine europäische Armee brachten 2015 laut Eurobarometer die Menschen in Schweden (34,8 Prozent) und Großbritannien (35,9 Prozent) auf, die meiste Zustimmung fand sich in Rumänien (75,7 Prozent), Belgien (75 Prozent), Litauen (72,7 Prozent), Polen (72,4 Prozent) und Bulgarien (72 Prozent; Steinbrecher 2018: 233f.).

Abbildung 64: Einstellung zu einer europäischen Sicherheitspolitik



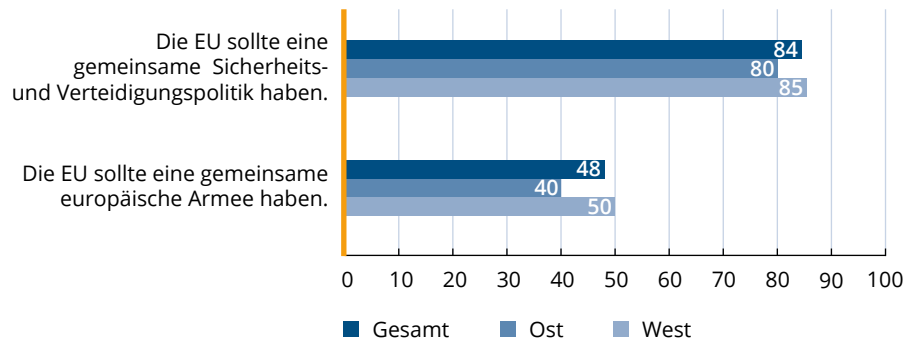
Quelle: Umfrage 1027 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent.

Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.

Frage: Im Folgenden nenne ich Ihnen verschiedene Aussagen zur Außen- und Sicherheitspolitik. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie ihnen voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils-teils zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.



Abbildung 65: Einstellung zu einer europäischen Sicherheitspolitik nach Region
(Antworten „stimme voll und ganz/eher zu“)



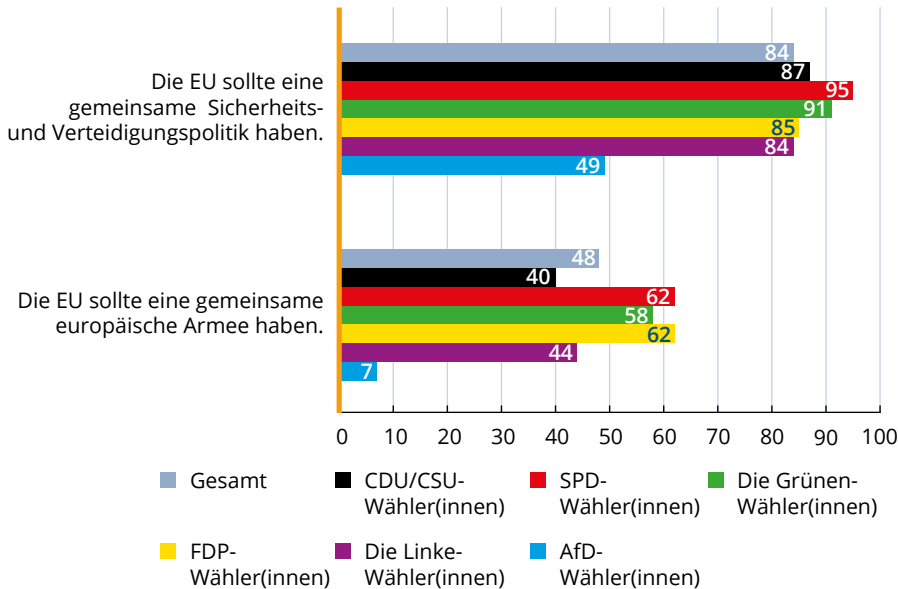
Quelle: Umfrage 1027 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent.

Frage: Im Folgenden nenne ich Ihnen verschiedene Aussagen zur Außen- und Sicherheitspolitik. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie ihnen voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils-teils zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

In den Anhängerschaften der SPD (95 Prozent) und der Grünen (91 Prozent) findet sich überdurchschnittliche Zustimmung für eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU. Die geringste Begeisterung für ein gemeinsames sicherheitspolitisches Handeln der EU weisen die Anhängerinnen und Anhänger der AfD auf (49 Prozent).

Für eine gemeinsame europäische Armee gibt es überdurchschnittlich viel Rückhalt in den Anhängerschaften der SPD (62 Prozent), der FDP (62 Prozent) und der Grünen (58 Prozent). Unterdurchschnittlich beliebt ist diese Idee bei den Anhängerinnen und Anhängern von CDU/CSU (40 Prozent). Am wenigsten Zustimmung bekommt eine europäische Armee von Wählerinnen und Wählern der AfD, von denen nur 7 Prozent meinen, die EU sollte eine gemeinsame Armee haben. Stattdessen stimmen dem 77 Prozent der AfD-Wählerschaft eher nicht oder überhaupt nicht zu (grafisch nicht dargestellt).

Abbildung 66: Einstellung zu einer europäischen Sicherheitspolitik nach Wählerschaft (Antworten „stimme voll und ganz/eher zu“)



Quelle: Umfrage 1027 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent.
 Frage: Im Folgenden nenne ich Ihnen verschiedene Aussagen zur Außen- und Sicherheitspolitik. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie ihnen voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils-teils zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

Insgesamt werden mit einer europäischen Armee eher positive als negative Konsequenzen verbunden. 61 Prozent stimmen voll und ganz oder eher zu, durch die Schaffung einer europäischen Armee könnte die EU besser auf militärische Bedrohungen reagieren. 22 Prozent meinen das teils-teils (grafisch nicht dargestellt) und nur 14 Prozent stimmen dem eher nicht oder überhaupt nicht zu. Westdeutsche sehen häufiger eine bessere Reaktion der EU auf militärische Bedrohungen als Ostdeutsche (63:52 Prozent).

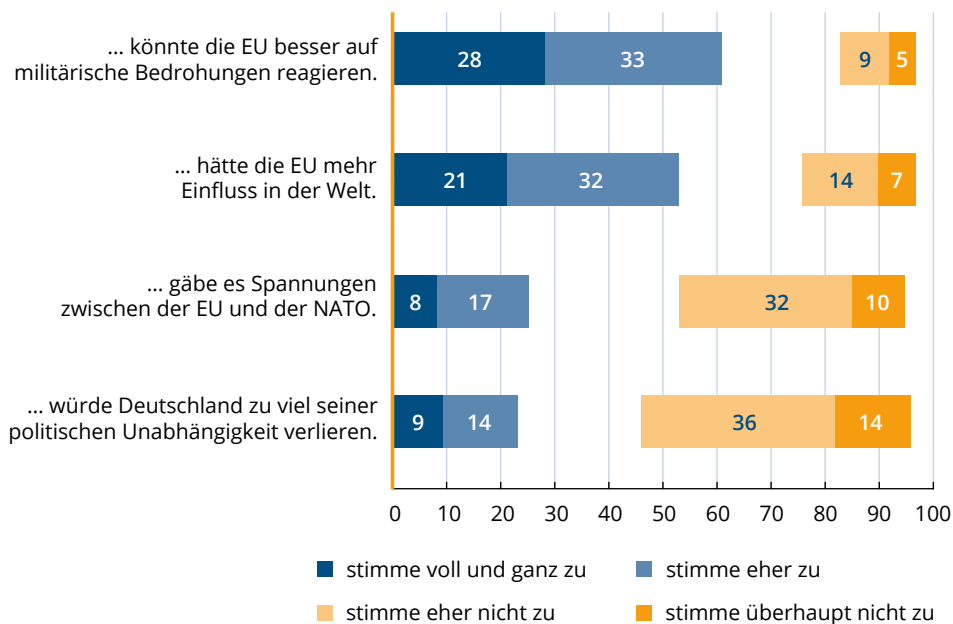
Zudem meinen 53 Prozent, durch eine gemeinsame europäische Armee hätte die EU mehr Einfluss in der Welt. 23 Prozent stimmen teils-teils zu. Rund ein Fünftel sieht keinen Einflussgewinn der EU durch eine gemeinsame Armee (grafisch nicht dargestellt). Westdeutsche meinen häufiger als Ostdeutsche, eine europäische Armee erhöhe den internationalen Einfluss der EU (56:43 Prozent).

Umgekehrt geht nur eine Minderheit von negativen Folgen einer europäischen Armee aus. 25 Prozent meinen, durch eine gemeinsame europäische Armee gäbe es Spannungen zwischen der EU und der NATO. 28 Prozent stimmen dem teilweise zu und 42 Prozent sind nicht dieser Ansicht (grafisch nicht dargestellt). Ostdeutsche befürchten geringfügig häufiger Spannungen zwischen der EU und der NATO als Westdeutsche (28:23 Prozent).



Auch dass Deutschland durch eine gemeinsame europäische Armee zu viel politische Unabhängigkeit verlieren würde, meint nur eine Minderheit von 23 Prozent. Weitere 23 Prozent meinen das teils-teils. 50 Prozent erwarten dagegen nicht, dass Deutschland durch eine gemeinsame Armee zu viel Unabhängigkeit einbüße (grafisch nicht dargestellt). Ostdeutsche machen sich geringfügig häufiger Sorgen um einen Verlust politischer Unabhängigkeit als Westdeutsche (28:22 Prozent).

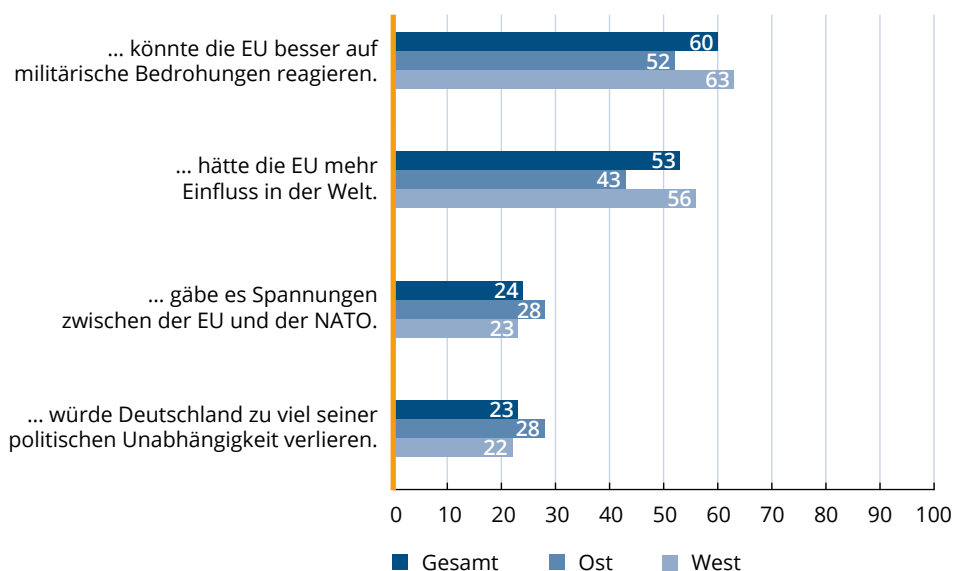
Abbildung 67: Durch die Schaffung einer gemeinsamen europäischen Armee ...



Quelle: Umfrage 1027 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent.
Fehlende Werte zu 100 Prozent „teils-teils“, „weiß nicht/keine Angabe“.

Frage: Seit geraumer Zeit wird in der Politik über eine gemeinsame europäische Armee diskutiert. Im Folgenden nenne ich Ihnen hierzu einige Aussagen. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie ihnen voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils-teils, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen. „Durch die Schaffung einer europäischen Armee hätte die EU mehr Einfluss in der Welt/könnte die EU besser auf militärische Bedrohungen reagieren/gäbe es Spannungen zwischen der EU und der NATO/würde Deutschland zu viel seiner politischen Unabhängigkeit verlieren.“

Abbildung 68: Durch die Schaffung einer gemeinsamen europäischen Armee ... nach Region (Antworten „stimme voll und ganz/eher zu“)



Quelle: Umfrage 1027 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent.

Frage: Seit geraumer Zeit wird in der Politik über eine gemeinsame europäische Armee diskutiert. Im Folgenden nenne ich Ihnen hierzu einige Aussagen. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie ihnen voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils-teils, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen. „Durch die Schaffung einer europäischen Armee hätte die EU mehr Einfluss in der Welt/könnte die EU besser auf militärische Bedrohungen reagieren/gäbe es Spannungen zwischen der EU und der NATO/würde Deutschland zu viel seiner politischen Unabhängigkeit verlieren.“

Die Differenzierung nach Parteianhängerschaften zeigt, dass die Anhängerschaften fast aller Parteien mehrheitlich die positiven Seiten einer europäischen Armee wahrnehmen. Lediglich die Anhängerinnen und Anhänger der AfD stimmen häufiger möglichen negativen als positiven Folgen zu.

Die Wählerschaften der Grünen (70 Prozent) und der Linken (69 Prozent) stimmen überdurchschnittlich häufig zu, dass die EU mit einer gemeinsamen Armee besser auf militärische Bedrohungen reagieren könnte. Unter den Anhängerinnen und Anhängern der AfD glaubt das nur eine Minderheit (24 Prozent).

Dass die EU mit einer gemeinsamen Armee an internationalem Einfluss gewänne, meinen überdurchschnittlich viele Wählerinnen und Wähler der Grünen (66 Prozent) sowie von CDU/ CSU (61 Prozent). Die Wählerschaften der SPD (44 Prozent) und der AfD (32 Prozent) stimmen dem seltener zu als der Durchschnitt.

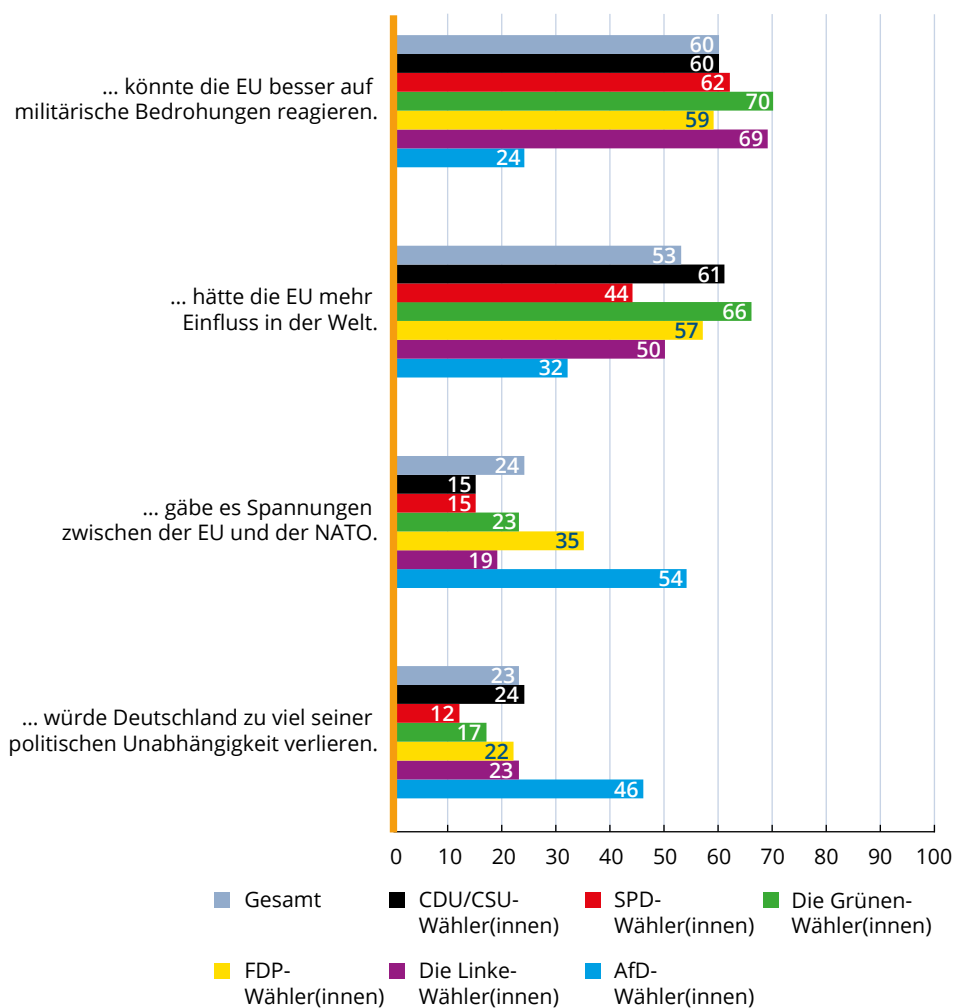
Spannungen zwischen der EU und der NATO befürchten vor allem die Wählerinnen und Wähler der AfD (54 Prozent), aber auch überdurchschnittlich viele FDP-Anhängerschaften und -Angehänger (35 Prozent). Dagegen machen sich die Wählerschaften der Linken (19 Prozent), der Union (15 Prozent) und der SPD (15 Prozent) unterdurch-



schnittlich häufig Sorgen, dass eine gemeinsame europäische Armee zu Spannungen zwischen EU und NATO führen könnte.

Die Wählerschaft der AfD (46 Prozent) meint mit Abstand am häufigsten, Deutschland verlöre mit einer gemeinsamen europäischen Armee zu viel politische Unabhängigkeit. Am seltensten findet sich diese Sorge bei den Wählerinnen und Wählern der Grünen (17 Prozent) und der SPD (12 Prozent).

Abbildung 69: Durch die Schaffung einer gemeinsamen europäischen Armee ... nach Wählerschaft (Antworten „stimme voll und ganz/eher zu“)



Quelle: Umfrage 1027 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent.

Frage: Seit geraumer Zeit wird in der Politik über eine gemeinsame europäische Armee diskutiert. Im Folgenden nenne ich Ihnen hierzu einige Aussagen. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie ihnen voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils-teils, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen. „Durch die Schaffung einer europäischen Armee hätte die EU mehr Einfluss in der Welt/könnte die EU besser auf militärische Bedrohungen reagieren/gäbe es Spannungen zwischen der EU und der NATO/würde Deutschland zu viel seiner politischen Unabhängigkeit verlieren.“



Fazit

Auch wenn das Interesse an Sicherheits- und Verteidigungspolitik in der Bevölkerung nicht stark ausgeprägt ist, handelt es sich um einen Politikbereich mit weitreichenden Konsequenzen. Das persönliche Sicherheitsgefühl der Deutschen ist hoch und die Sorge vor Krieg oder internationalen Spannungen ist gering. Stattdessen bereitet den Menschen inmitten einer weltweiten Pandemie mit großen Einschränkungen für die eigene Lebensführung vor allem der weltweite Klimawandel Sorgen. Erst auf Platz zwei der Bedrohungen liegen die Folgen der Corona-Pandemie. Auf Platz drei folgt mit der Angst vor einem rechtsextremistischen Terroranschlag allerdings ein genuin sicherheitspolitisches Thema. Indirekt ist die Sicherheits- und Verteidigungspolitik also sehr wohl im Bewusstsein der Menschen vorhanden.

In der Bevölkerung gibt es in den unterschiedlichen Wählergruppen, aber auch in Ost- und Westdeutschland wiederkehrende Einstellungsmuster: So nehmen häufig die Anhängerschaften der Linken und Grünen auf der einen Seite und der AfD auf der anderen Seite dezidierte Positionen ein, während die Anhängerinnen und Anhänger von SPD und Union eher abwägende Positionen einnehmen. Die Anhängerschaft der FDP changiert und ist nicht eindeutig zuzuordnen. In der Anhängerschaft der Union gibt es die größte Zustimmung zur Transatlantikpolitik. Auch zwischen den Ost- und Westdeutschen gibt es Unterschiede, die nach wie vor als Folge der Einbindung der Bundesrepublik und der DDR in die westliche und die östliche Verteidigungsarchitektur bewertet werden können. Die Unterschiede sind zwar nicht groß, weisen aber ein stetiges Muster auf.

Literatur

- B Biehl, Heiko/Rothbart, Chariklia, 2018:** Die Bundeswehr als Sicherheitsgarant? Sicherheitsbewertungen und Bedrohungswahrnehmungen der deutschen Bevölkerung, in: Steinbrecher, Markus/Biehl, Heiko/Bytzek, Evelyn/Rosar, Ulrich (Hrsg.), Freiheit oder Sicherheit? Ein Spannungsverhältnis aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger. Wiesbaden: Springer VS, S. 101–139.
- I Institut für Demoskopie Allensbach, 2021:** Sicherheitsreport 2021. IfD-Umfrage 12029. https://www.glh-online.com/wp-content/uploads/PM_Sicherheitsreport_2021_Schaubilder.pdf [letzter Abruf 17.05.2021].
- K Krumm, Reinhard/Dienes, Alexandra/Weiß, Simon/Starystach, Sebastian/Schröder, Hans-Henning/Bär, Stefan, 2019:** Wake-up call for Europe! Security radar 2019. Wien: Friedrich-Ebert-Stiftung/FES Regionalbüro für Zusammenarbeit und Frieden in Europa.
- M Mader, Matthias, 2015:** Grundhaltungen zur Außen- und Sicherheitspolitik in Deutschland, in: Biehl, Heiko/Schoen, Harald (Hrsg.), Sicherheitspolitik und Streitkräfte im Urteil der Bürger. Theorien, Methoden, Befunde. Wiesbaden: Springer VS, S. 69–96.
- S Steinbrecher, Markus/Graf, Timo/Biehl, Heiko/Irrgang, Christina, 2021:** Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsbild in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse und Analysen der Bevölkerungsbefragung 2020. Forschungsbericht 128. Potsdam: Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr.
- Steinbrecher, Markus, 2018:** Einigkeit macht stark! Erklärung von Einstellungen zur Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU, in: Steinbrecher, Markus/Biehl, Heiko/Bytzek, Evelyn/Rosar, Ulrich (Hrsg.), Freiheit oder Sicherheit? Ein Spannungsverhältnis aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger. Wiesbaden: Springer VS, S. 217–251.
- Steinbrecher, Markus/Biehl, Heiko/Höfig, Chariklia/Wanner, Meike, 2016:** Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsklima in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse und Analysen der Bevölkerungsbefragung 2016. Forschungsbericht 114. Potsdam: Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr.
- R Roose, Jochen, 2021 (im Erscheinen):** Wenn es Nacht wird in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage zu Kriminalitätsangst und der Akzeptanz von Maßnahmen gegen Kriminalität. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Roose, Jochen, 2019: Union – Die Europapartei. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage zu Werten Europas und europapolitischer Parteikompetenz. Analysen und Argumente Nr. 345. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Z **Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw), Potsdam (2020).** Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsbild in Deutschland 2017. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA7627 Datenfile Version 1.0.0, <https://doi.org/10.4232/1.13510>.

Zick, Andreas, 2021: Hinführung zur Mitte-Studie 2020/2021, in: Zick, Andreas/ Küpper, Beate (Hrsg.), Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21. Bonn: Dietz.


Die Autorin

Dr. Sabine Pokorny studierte Soziologie, Englische und Italienische Philologie in Köln und Florenz. Von 2007 bis 2011 war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Freien Universität Berlin. Seit September 2011 war sie Koordinatorin für Empirische Sozialforschung in der Hauptabteilung Politik und Beratung und seit Januar 2020 ist sie Referentin in der Abteilung Wahl- und Sozialforschung in der Hauptabteilung Analyse und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Sabine Pokorny
Wahl- und Sozialforschung
Hauptabteilung Analyse und Beratung
T +49 30 / 26 996-3544
sabine.pokorny@kas.de

Postanschrift:
Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
10709 Berlin



Das Thema Sicherheitspolitik ist vielschichtig und komplex, das Gleiche gilt für die Bedrohungslagen. Zu militärischen Konflikten kommen terroristische Anschläge, zu wirtschaftlichen Auseinandersetzungen gesellen sich Hacker-Angriffe. Dazu bestimmt die Corona-Pandemie die Weltpolitik und der Klimawandel ist allseits präsent. Die vorliegende Studie untersucht deshalb, welche Bedrohungslagen die Menschen wahrnehmen und welche ihnen mehr oder weniger Sorgen bereiten. Zudem beschäftigt sich die vorliegende Studie mit sicherheitspolitischen Grundorientierungen und Einstellungen zur Europäischen Union. Auch die Haltung zu Deutschlands internationaler Rolle wird untersucht.